

ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN UND SOZIALISTEN IN DEUTSCHLAND

Das russische Wunder

Anfang der 60er Jahre wurden Buch und Film „Das Russische Wunder“ von Annelie und Andrew Thorndike ein internationaler Erfolg. Das literarisch-optische Epos der beiden DDR-Dokumentaristen schilderte den schweren, opferreichen und zugleich grandiosen Weg der Sowjetunion, die wie Phönix aus der Asche den Trümmern des alten Rußlands entstieg war.

Heute gibt es – unter gänzlich gewandelten politischen und gesellschaftlichen Bedingungen – einen abermaligen Aufstieg Rußlands. Nach der etliche Länder des Sozialismus zugrunderichtenden und die Welt ins Ungewisse stürzenden Höllenfahrt der UdSSR unter den imperialistischen Marionetten verwandelten einstigen KPdSU-Steilflugkarrieristen Gorbatschow und Jelzin kann man mit Blick auf das riesige Land inzwischen wieder Hoffnung schöpfen.

Nicht, daß wir uns von Wunschenken, Übertreibungen oder Illusionen leiten ließen. Eine zweite Sowjetunion wird es nicht geben. Das heutige Rußland ist kein Staat der Arbeiter und Bauern. Doch eines ist unverkennbar: Die Talsohle der Erniedrigung und Demütigung einer großen Nation und der in der Russischen Föderation lebenden Völkerschaften ist offenbar durchschritten. Die „Oligarchen“ – ein Abschaumprodukt der Konterrevolution – haben nicht mehr wie unter Jelzin das alleinige Sagen. Die russische Industrie, deren staatlicher Sektor in den Putin-Jahren um etwa 20 % gewachsen ist, hat sich merklich entwickelt. Die Betriebe der Landesverteidigung wurden reorganisiert. Sie erzeugen neue Waffen für den Schutz Rußlands – auch gegen nukleare Raketensysteme, die im Zuge der NATO-Einkreisung von den USA in Polen und Tschechien stationiert werden. Die Armee, deren Offizierskader zum Teil noch in den sowjetischen Streitkräften ausgebildet wurden, ist nach einer Phase politisch-moralischer Verwahrlosung und materieller Vernachlässigung zu einem Faktor geworden, den sich als Freunde ausgebende Gegner des Landes in Rechnung stellen müssen. Inzwischen fanden gemeinsame Manöver mit der chinesischen Volksbefreiungsarmee und der indischen Armee statt. Das atomare Abschreckungspotential Rußlands kommt insofern dem Weltfrieden zugute, als es kriegslüsterne Kreise des Imperialismus zu zügeln vermag.

Putins Kreml läßt sich nicht länger als Trophäe des Westens vorführen. Moskau gestaltet seine Innen- und Außenpolitik wieder selbst. Das bewies die Rede des

russischen Präsidenten in München, die Abfuhr, die er einer außer Rand und Band geratenen Angela Merkel in Togliatti erteilte, sein selbstbewußtes Auftreten in Heiligendamm, wo er Bush mit dem Vorschlag gemeinsamer Nutzung einer Basis in Aserbaidschan bei Verzicht auf die Version Polen – Tschechoslowakei überraschte, und seine Festigkeit bei der jüngsten Visite in den USA. Rußland setzt auch im Innern auf politische Stabilität, indem es die durch bestimmte Geheimdienste angekurbelte „Opposition“ um den CIA-Agenten Kasparow im Zaum hält. Die weitgehende Wiederherstellung der russischen Großmacht grenzt fast an ein Wunder.

In Betracht ziehen sollte man, daß der euro-asiatische Staat zu den Gründern der anfangs wenig beachteten Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit zählt, der neben China und Rußland auch vier frühere Sowjetrepubliken Mittelasiens angehören. Indien, Pakistan, die Mongolei, Iran und weitere Staaten nehmen an ihrer Arbeit teil. Ein USA-Beitrittsansinnen verfiel der Ablehnung.

Die Bush-Administration setzt weiter auf eine unipolare, nur von den Vereinigten Staaten beherrschte Welt. Doch solche Pläne sind auf Sand gebaut. Der unaufhaltsame Vormarsch der Volksrepublik China in der Anfangsphase von Sozialismus, die frapperende Wiedergeburt Rußlands als starker Staat, der unverkennbare Aufstieg Indiens, die gegen Washingtons Diktat gerichteten Umwälzungen in Lateinamerika lassen erkennen, daß an die Stelle von Unipolarität, für die sich nach dem Zusammenbruch der UdSSR Chancen eröffneten, die von China, Rußland und weiteren Mächten geforderte und geförderte Multipolarität treten wird.

Wenn man vom einstmaligen sowjetischen Raum spricht, darf man die Republik Belarus keinesfalls außer Betracht lassen. Unter Präsident Lukaschenko bewahrte sie Unabhängigkeit, Solidität und Würde. Große Leistungen wurden von ihr vollbracht, wichtige Errungenschaften aus sozialistischen Tagen behauptet. Nicht zufällig findet das diesjährige Welttreffen kommunistischer und Arbeiterparteien in der belarussischen Hauptstadt Minsk statt. Anschließend werden dessen Teilnehmer nach Moskau reisen, um dort den 90. Jahrestag der Oktoberrevolution zu begehen.

Übrigens, der Filmschöpferin Annelie Thorndike gilt unser herzlicher Gruß, ist sie doch seit Jahren eine treue Leserin des RF.

Klaus Steiniger



INHALT

1955: Entlassene Kriegsverbrecher auf der Fahrt nach Friedland	S. 2
Braune Lava in deutschen Landen	S. 3
Reverenz an alle wahren Hitlergegner	S. 4
BRD-Militaristenklüngel will „Mölders-Entehrung nicht hinnehmen	S. 4
In den Schuhen von Goebbels	S. 5
CDU-General Pofalla will Linke in Bismarcks Zeiten zurückwerfen	S. 6
Wie BRD-Schnäppchenjäger den DDR-Bürgern ihr Eigentum entrissen	S. 7
GLD gegen Mehdorns miese Masche	S. 8
DB-Fahrpersonal gab das Signal	S. 8
Alle drei Monate ein Einfamilienhaus	S. 8
Vor 90 Jahren wurden Albin Köbis und Max Reichspietsch erschossen	S. 9
Können Kategorien des Kapitalismus dem Sozialismus dienen?	S. 10
Als die „Blauen Spatzen“ aufspielten	S. 10
Zwischenruf	S. 10
Man muß das Fahrrad nicht neu erfinden	S. 11
Neues aus Clara Zetkins Geburtsort	S. 11
„Rezivilisierung einer Brache“	S. 12
Wie die Hauptverursacher des Klimawechsels taktische Haken schlagen	S. 13
Die Privatisierung des Durstes	S. 14
Der Gauckler auf Reisen	S. 15
André Brie bläst zum Halali gegen Lafontaine	S. 15
Über Ignoranz und Kulturlosigkeit	
Hallescher Denkmalstürmer	S. 16
■ Absage an Zauberformeln	Extra I-IV
Folter ohne Ende	S. 17
Türkei: Zusammenprall zweier Fraktionen der Bourgeoisie	S. 18
Venezuela: Klassenkampf im Äther	S. 19
Kubanischer Germanist über Goethe	S. 19
Wie man in China den „demokratischen Sozialismus“ sieht	S. 20
Griechenlands Reaktion will die Rolle der Befreiungsarmee kleinreden	S. 21
Sudans Öl im Visier	S. 22
Das Scheitern der Kollektivierung	S. 23
Aus der Chronik des Ruhrbergbaus	S. 24
Timmy und ein halbes Jahrhundert der Geschichte	S. 25
Warum Kuba standhielt	S. 25
Dichter und Tribun: Friedrich Wolf	S. 26
W. Ruge: Über allen Gräbern ist Ruh	S. 26
In der DDR geschätzt und geehrt:	
Der Würzburger Leonhard Frank	S. 27
Bulgarien: RF-Varna erhielt Struktur	S. 27
Wie ich in ein Schlangennest geriet	S. 28
Leserbriefe	S. 29
Anzeigen / Impressum	S. 32

Bereits acht Wochen nach meiner Einstellung in die Transportpolizei (ich war damals 17 Jahre alt) bekam ich bei Dienstbeginn auf dem Leipziger Hauptbahnhof eine Liste mit Adressen in die Hand gedrückt. Es handelte sich um die Anschriften von Menschen, denen ich mitteilen sollte, daß in den nächsten Tagen ein Transport entlassener Kriegsgefangener aus der Sowjetunion eintreffe. Ihre Angehörigen seien dabei. Das war wohl im März 1953. Die Aufgabe erwies sich als nicht unangenehm. Die aufgesuchten Väter, Mütter und Geschwister freuten sich riesig, es gab Tränen und für mich nicht selten Kaffee und Kuchen. Die zur Entlassung Anstehenden waren meist als ganz junge Männer in Gefangenschaft geraten, deren lange Dauer dem Umstand geschuldet war, daß die Wehrmacht das überfal-

getroffen hatte. Es ging dabei um Personen, die wegen in der Sowjetunion begangener Straftaten verurteilt worden waren. Die sowjetische Seite betrachtete die Betroffenen nicht als Kriegs-, sondern als Strafgefangene. Ob die vielleicht recht summarischen Bestrafungen durch die Militärjustiz kurz nach dem Krieg immer rechtsstaatlichen Regeln entsprachen, steht auf einem anderen Blatt. (Nicht selten wurde vermutlich eher pauschal vorgegangen. Bei welcher Einheit warst du ..., wo warst du eingesetzt ..., wann war das ..., an welchem Ort ..., da gab es Massenerschießungen ... usw.) Das Ergebnis: Gerichtsverfahren und Arbeitslager. Die Betroffenen konnten ihre Teilnahme an Massenerschießungen zwar abstreiten, doch die Zahl der tatsächlich Schuldigen war riesig. So fehlte es unter den Lagerin-

ging zum Lokführer auf die Maschine, um etwas über die Passagiere in Erfahrung zu bringen. Der sagte nur: „Junge, mit diesem Transport gab nichts als Ärger. Selbst die Polen haben sich nicht getraut, die Losungen abzumachen. In Frankfurt/Oder gab es einen Tumult auf dem Bahnsteig. Da fiel ein hoher Offizier von euch glatt um. Der wollte wahrscheinlich die Eintreffenden begrüßen, brach aber plötzlich zusammen und blieb erst einmal liegen. Zu allem Unglück wurde gerade ein Truppentransportzug der Kasernierten Volkspolizei mit Kfz, Radschleppern und 152 mm Haubitzen auf ein Nachbargleis geschoben. Die armen Schweine, die auf den Plattenwagen in ihrer den Uniformen der Sowjetarmee ähnlichen Kluft standen, wußten gar nicht, was ihnen geschah. Sie wurden beschimpft und bedroht.“

Naiverweise versuchte ich dennoch, mit einem der Rückkehrer ins Gespräch zu kommen. Ich wurde von ihm im Kommißton zusammengebrüllt, denn er hatte einen höheren Dienstgrad. Immer wieder hieß es: „Wenn wir in Frankfurt ein Maschinengewehr gehabt hätten, wäre die ganze Bande von uns erschossen worden!“ Über den Buschfunk erfuhr ich später, es seien auch faschistische Generäle mit im Transport gewesen. Es dauerte eine Ewigkeit, bis die Lok wieder an den Zug ankoppelte, alle eingestiegen waren und das Abfahrtsignal ertönte. Da fiel mir ein Stein vom Herzen. Auf der Rückfahrt mit dem LKW dachte ich: Wenn die 500 Mann Waffen gehabt hätten, wäre mit ihnen nicht einmal ein Garderegiment der Sowjetarmee fertig geworden. So schlimm war der geballte Haß dieser Ewiggestrigen.

45 Jahre später durchblätterte ich in unserer Leipziger Kaufhalle das dort ausliegende Monatsheft „Der Landser“ mit Erlebnisberichten aus dem II. Weltkrieg. Unter „Militärhistorische Persönlichkeiten“ fand ich den Namen von Oberst Harry Herrmann samt Lebenslauf. Der ehemalige Polizist (seit 1933) war bis zum Kriegsende bei den Fallschirmjägern und auf mehreren Kriegsschauplätzen eingesetzt. In der Schlacht um Berlin befahl er die 9. Fallschirmjägerdivision im VI. Panzerkorps. Am 2. Mai 1945 geriet er in sowjetische Gefangenschaft. Die Militärjustiz der UdSSR verurteilte den Mann Hitlers zu 25 Jahren Arbeitslager.

Doch hier endete nur die erste Karriere des Obristen. Seine zweite begann er als Abteilungsleiter „Luftlandwesen“ im Truppenamt der Bundeswehr. Dann wurde Herrmann Kommandeur der Luftlandetruppschule. Aus der Schrift erfuhr ich auch, daß seine Rückkehr über das Grenzdurchgangslager Friedland erfolgt sei. Er könnte also zu dem Transport gehört haben, den ich in Leipzig-Wiederitzsch absichern mußte und der mir in so übler Erinnerung geblieben ist.

Einige Seiten weiter wurde dem Leser des „Landsers“ mitgeteilt, daß 700 Ritterkreuzträger die Bundeswehr aufgebaut und zu einem verlässlichen Partner im NATO-Rahmen gemacht haben.

Klaus Pinkau

1955: Entlassene Kriegsverbrecher auf der Fahrt nach Friedland „Wir danken Dr. Adenauer!“

lene Land in Trümmern zurückgelassen hatte. Von seiten der Benachrichtigten gab es kein böses Wort, vielleicht lag das daran, daß ich Polizist war.

1953/54 (immer kurz vor Weihnachten) erhielt ich den Befehl, auf dem Bahnhof Leipzig-Wiederitzsch mit zwei weiteren Genossen den betriebsbedingten Halt eines Transports mit aus der UdSSR entlassenen Kriegsgefangenen abzusichern. Der Zug bestand aus Personenwagen, es können auch Mannschaftstransportwagen mit Sitzbrettern und einem Kanonenofen in der Mitte dabei gewesen sein. Wiederum handelte es sich um junge Menschen. Sie rochen kräftig nach Machorka und drehten sich aus der „Prawda“ recht gekonnt Zigaretten in Tütenform. Alle trugen alte Watteklamotten der Armee.

Die von uns Angesprochenen waren auskunftsbereit, keiner von ihnen sah besonders unterernährt aus (dicke Menschen gab es in jener Zeit noch nicht!) und alle trugen eine riesige Freude in sich ... Endlich ... Sind wir bis Weihnachten zu Hause? Es gab keine Vorwürfe, keine Beschimpfungen und keine aggressiven Gesten. Bei solchen Einsätzen trugen wir keine Waffe. Die Transporte standen beim Lokwechsel und bei der Wasseraufnahme etwa eine Stunde, wir verabschiedeten uns von den Heimkehrern mit Handschlag und Daumendrücken für die Zukunft.

Von den Verhandlungen, die 1955 zwischen Adenauer und Chruschtschow in Moskau geführt worden waren, wußte ich wenig. Mir war nur bekannt, daß man eine Vereinbarung über die Freilassung der letzten deutschen Kriegsgefangenen

sassen nicht an echten Tätern. Millionen ermordete Sowjetbürger hatten sich doch nicht selbst umgebracht!

Im Spätherbst 1955 waren wir erneut als Transportpolizisten auf dem Bahnhof Leipzig-Wiederitzsch zur Absicherung des Betriebshaltes eines Zuges eingesetzt. Um welchen Personenkreis es sich diesmal handelte, bemerkten wir erst, als der Zug einfuhr. Drei oder vier uns bekannte Kriminalisten der Trapo standen etwa 50 m von uns entfernt. Der Transport hielt gerade erst, da sprangen seine Insassen bereits mit dem Ruf „Das ist die Staatssicherheit!“ heraus und rannten auf unsere Genossen zu. „Schlagt sie tot!“, brüllten andere. Die Kripo-Angehörigen brachten sich rasch in Sicherheit.

Innerlich war ich auf einen Transport wie in den vergangenen Jahren mit entlassenen Kriegsgefangenen, die sich über ihre lang ersehnte Heimkehr freuen, eingestellt. Doch hier handelte es sich um Typen eines ganz anderen Schlages. Ich bemerkte, daß an mehreren Waggons weiße Transparente mit großer schwarzer Schrift hingen, welche die geistige Haltung der Rückkehrer ausdrückten: „WIR DANKEN DR. ADENAUER!“, „DEUTSCHLAND, DEUTSCHLAND ÜBER ALLES!“, „WIR KOMMEN WIEDER!“ Es können auch noch andere „Sprüche“ gewesen sein. Aber diese drei habe ich mir besonders eingeprägt.

Als wir den Versuch unternahmen, mit den Ankömmlingen ein Gespräch anzuknüpfen, schlug uns eine Welle des Hasses entgegen. Auch diese Leute trugen alte Watteklamotten und rochen nach Machorka. Ich

Für die Schaffung einer Ehrenlegion der „Kriegsverräter“ Braune Lava in deutschen Landen

Die Überschrift „Union diffamiert „Kriegsverräter““ zu einer ND-Meldung schöpft das Maß dieser Infamie noch nicht aus. Die Erben des Dritten Reiches scheuen sich heute nicht, mit Wortschöpfungen aus Urteilen der Nazi-Justiz ihnen nicht genehme Deutsche als „verwerfliche Elemente“ zu schmähen. Wir sollten diese völkischen Eliten – die Henker und späteren Verlierer – mit diesem „Sammelbegriff“ beim Wort nehmen. Ein klassischer Fall von doppelter Negation: Ein verbrecherischer Krieg – negativ – wird durch Kriegsgegner „verraten“ – nochmals negativ. Das ergibt zwangsläufig etwas Positives, auf das wir alle, da wir keine Kriegsgewinnler waren, nur stolz sein können.

Warum nun ist der Begriff von den Rechtskonservativen mit ihren „heutigen Maßstäben“, die sie zu „Maßstäben der zivilisierten Welt“ erheben, dennoch negativ belegt worden? Weil es sich nach deren Lesart um eine einfache Negation handelt: Negativ besetzt ist bei ihnen nur das Wort Verräter. Heute, 62 Jahre später, nach Millionen ermordeter Polen, Millionen vergaster Juden, der Exekution jedes vierten Bewohners von Belorussland, vielen Millionen gemeuchelter Russen, hunderten ausgelöschter Städte von Guernica über Coventry, Lidice, Oradour-sur-Glane, Smolensk, Minsk und Rotterdam bis zu Stalingrad betrachten diese Herrschaften den verlorenen Krieg immer noch als etwas Positives. In ihrem Wahn ist ihnen entgangen, daß auch eine Millionen-Generation junger Deutscher in den Tod gehetzt wurde.

Der ehemalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker sieht das eindeutig anders. Er hat sich dazu anlässlich des

40. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus am 8. Mai 1985 – im Unterschied zu diesen ewigen Marschierern – unmißverständlich geäußert: „Der 8. Mai ist für uns vor allem ein Tag der Erinnerung an das, was Menschen erleiden mußten. Er ist zugleich ein Tag des Nachdenkens über den Gang unserer Geschichte. ... Und dennoch wurde von Tag zu Tag klarer, was es heute für uns alle gemeinsam zu sagen gilt: Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung, Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.“

Mit diesen Worten, vor 22 Jahren ausgesprochen, näherte sich der Alt-Bundespräsident bedenklich den Kriterien eines

Der Nestor unserer ständigen Autoren Walter Ruge, der am 7. Juni sein 92. Lebensjahr vollendete, ließ sich an jenem Tage nicht persönlich gratulieren, da er gerade in Ungarn war. Bevor er nach kurzem Aufenthalt in seiner Potsdamer Heimat schon wieder an den Baikalsee flog, übergab er uns diesen bewegenden Beitrag.

„Kriegsverrätters“. Wir erinnern uns, daß das Echo auf diese bedeutsame Rede sehr zurückhaltend war. Der 8. Mai ist bis heute durch die BRD nicht zum der Tag Befreiung erklärt worden, während man in Japan den Tag des Gedenkens an Hiroshima eingeführt hat. In diesem Jahr gedachten eher kleine Gruppen der Beendigung des wahnwitzigen Gemetzels vor 62 Jahren. Die Saat der Kriegsverlierer von damals ist vorerst nur in den

Kameradschaften der Neofaschisten aufgegangen.

Ohne abzuwarten, bis wir uns auf „gemeinsamen“ Pritschen wiederfinden, sollten wir alle in die Kategorie der „Kriegsverräter“ aufnehmen, die diesem mörderischen Krieg die Stirn geboten haben. Das sind über die Deserteure hinaus Menschen wie die mit den amerikanischen Divisionen zurückgekehrte Marlene Dietrich, die in Deutschland keifend empfangen wurde, um dann nach Paris zu gehen. Stefan Doernberg und Konrad Wolf, die mit der Roten Armee heimkamen; auch viele jüdische Bürger, die den Mut hatten, es mit „den Deutschen“ noch einmal zu versuchen. Albert Einstein und Lion Feuchtwanger trauten den vollmundigen „Demokraten“ nicht so recht über den Weg, haben aber den Ehrentitel „Kriegsverräter“ verdient. Unvergeßlich bleiben uns die unlängst bei einer Straßenbenennung bewußt übergangene Ruth Werner, Richard Sorge, Artur Becker und tausende Kämpfer der Internationalen Brigaden, die „Rote Kapelle“, die Geistlichen Pater Delp und Dietrich Bonhoeffer, der Kreisauer Kreis mit Graf Moltke, York v. Wartenberg, von der Schulenburg. Es ist unmöglich, sie alle aufzuzählen. Die Lebenden sollten im Gedenken an Millionen Tote fest zusammenstehen – als Ehrenlegion der „Kriegsverräter“, die niemand diffamieren kann, schon gar nicht die Nachfahren einstiger „Herrenmenschen“ aus der christlichsten aller Unionen. Deshalb sind alle Initiativen zur Ehrung oder auch nur zur Rehabilitierung der „Kriegsverräter“ zu begrüßen – sei es im Bundestag oder anderswo.

Walter Ruge



**Blut und „Ehre“ derer, die keine „Kriegsverräter“ waren: Wehrmachtsangehörige wüteten in der Sowjetunion
Aus: Ret og Vrang, Dänemark**

Warum die Geschichtsrevisionisten den deutschen Widerstand verfälschen

Reverenz an alle wahren Hitlergegner

Der von den in der BRD Herrschenden einseitig vereinnahmte und interpretierte Widerstand gegen den deutschen Faschismus bestand in deren Sicht vor allem aus Offizieren. Dabei werden die Ereignisse vom 20. Juli 1944 herausgehoben, überbewertet und als symbolhaft für den gesamten Kampf gegen Hitler dargestellt. Nachgewiesenermaßen waren deren Akteure mehrheitlich treue Hitleranhänger gewesen, die die Befehle des „Führers“ bis „5 Minuten vor 12“ ausgeführt hatten. Sie nahmen an sämtlichen Mordfeldzügen der Faschisten teil und setzten Hitlers Welteroberungspläne in die Praxis um. Die Militärs konnten deshalb auf keinen Fall den Kern des deutschen Widerstandes gegen das Naziregime verkörpern. Ihre hohen Ränge kamen aus den Reihen der Großgrundbesitzer und des Großbürgertums, also jener Klassen, die Hitler 1933 an die Macht gebracht hatten, um die revolutionäre deutsche Arbeiterbewegung zu ersticken. Zivile und militärische Berater aus diesem Milieu unterstützten den „Nationalsozialismus“, solange er ihre Klasseninteressen erfolgreich bediente. Als diese in Gefahr gerieten, sprangen etliche von ihnen ab.

Zum geschichtlichen Zusammenhang: Als sich immer deutlicher abzeichnete, daß die UdSSR und deren Rote Armee das Ende der faschistischen Barbarei herbeiführen würden, entschlossen sich die westlichen Alliierten im Juni 1944, ihre lange hinausgezögerte Invasion in der Normandie endlich zu beginnen. Bis dahin hatten sie abgewartet und darauf gesetzt, daß die sowjetischen Streitkräfte und die Truppen Hitlers aneinander verbluten würden. Doch es kam anders: Im Sommer 1944 waren das Ende des Krieges und die Niederlage der Faschisten bereits absehbar. Deren Vernichtung bei Stalin-

grad und die Aktivitäten des Nationalkomitees Freies Deutschland (NKFD) an der Front verfehlten ihre Wirkung nicht. Wenn es Hitler und seinen Militärs 1941 gelungen wäre, Moskau einzunehmen und den Sieg über die Rote Armee davonzutragen, hätten sich die unzufriedenen Teile des Militärs und das Großbürgertum ganz anders verhalten als im Sommer 1944. Wohl kaum einer hätte auch nur gezuckt. In einem solchen Falle wäre es um die Verteilung der Beute – die Ländereien, das Erdöl, die Bergwerke, die Fabriken – gegangen. Antikommunistische Ressentiments und Klassenvorurteile, Befangenheit in deutschnationalen Traditionen erwiesen sich als zählebig, waren von den meisten nicht zu überwindende Barrieren im Denken und Handeln.

All das wollen die heutigen Geschichtsrevisionisten vergessen machen. Nach dem 20. Juli 1944 rechneten die Nazis überwiegend mit Leuten aus jenen Klassen ab, die ihre Machtbasis waren. Dabei wurden gravierende Unterschiede deutlich, die vor allem zwei Personen verkörperten: der Rechtskonservative Carl Friedrich Goerdeler, Leipzigs früherer Oberbürgermeister, welcher geistig und politisch auf Positionen eines autoritären Obrigkeitsstaates verharrte, und Claus Graf Schenk von Stauffenberg, der sich zum entschiedenen Gegner des Faschismus entwickelt hatte. Stauffenberg und sein engerer Kreis waren tatsächlich Teil des deutschen Widerstandes. Ihnen gebührt unser Respekt. Auch die DDR würdigte diese tapferen Männer des Kampfes gegen Hitler.

Den eigentlichen Kern jener Kräfte, die schon vor Hitlers Machtantritt Alarm getrommelt und sich dem Faschismus widersetzt hatten, bildeten die Genossen der KPD, linke Sozialdemokraten, fortschritt-

liche Christen und aufrechte Intellektuelle. Sie brachten die meisten Opfer. Erst nach der Zerschlagung der über 300 000 Mitglieder zählenden Partei Ernst Thälmanns war der Weg für den Terror gegen alle Andersdenkenden frei. Nicht vergessen darf man in diesem Zusammenhang das antifaschistische Wirken politischer Emigranten und den Heroismus der Interbrigadisten in Spanien, die gegen Franco, Hitler und Mussolini antraten.

Hier muß der Widerstand deutscher Militärs um Stauffenberg und anderer Menschen aus bürgerlichen Kreisen, die den Kontakt zur antifaschistischen Linken suchten und sich über antikommunistische Vorurteile zu erheben vermochten, fair eingeordnet werden.

Die heute betriebene Verfälschung des historischen Geschehens erlebte nach der konterrevolutionären „Wende“, die das Zurückfallen in den Kapitalismus bedeutete, einen neuen Höhepunkt. Die Revanche zeigte sich nicht zuletzt auch in der Tilgung von Straßennamen, in der Umbenennung von Schulen, Sportstätten und anderen Einrichtungen, die an antifaschistische Helden erinnerten. Gedenktafeln und Monumente wurden geschleift. Auch die Bücher-„entsorgung“ war – wie einst unter Hitler – wieder an der Tagesordnung. Sogenannte Bürgerrechtler spielten bei dieser „Säuberung“ eine führende Rolle.

Die politische Umwidmung des Widerstandes und die Verabsolutierung ihrer bürgerlich-militärischen Komponente gehören zu diesem Szenarium. Um so mehr gilt es, allen wahren Hitlergegnern und jenen Männern und Frauen, die an den verschiedenen Fronten des Kampfes gegen Faschismus und Krieg gefallen sind, unsere Reverenz zu erweisen.

Gert Thiede, Suhl

BRD-Militaristenklüngel will „Mölders-Entehrung“ nicht hinnehmen

Gedenkfeier in Zell

Wir werden die Entehrung unseres Namensgebers Werner Mölders nicht hinnehmen“, verkündete beim diesjährigen Treffen der Mölders-Vereinigung deren Bundesvorsitzender Oberst a. D. Helmut Ruppert. Zwei Jahre nach dem erzwungenen Verzicht des Geschwaders auf den Namen des als „Fliegeraß“ der Nazis bekannten Mölders durfte sich der Traditionsverein wieder am Gedenkstein auf der Luftwaffenbasis Zell versammeln. Im Offiziersheim hängt weiterhin das Bild des einstigen Piloten, der sich seine „Sporen“ in der Franco im Jahre 1936 von Hitler zu Hilfe gesandten Legion Condor erwarb. Oberst Ruppert bezichtigte „Kräfte der SED-Nachfolgepartei PDS“, den Neubur-

ger Verband der Bundesluftwaffe „ins Gerede gebracht“ zu haben. „Wir werden uns nachdrücklich für eine Rehabilitierung von Werner Mölders einsetzen, versicherte der frühere Commodore. Dazu sei es wichtig, daß Ehemalige und Freunde des Geschwaders ihre Stimme erheben und bei den politischen Mandatsträgern ihre Meinung kundtäten. „Für uns ist und bleibt Werner Mölders ein Vorbild“, erklärte der BRD-Offizier. Der hochdekorierte Nazi-Flieger sei nicht nur ein erfolgreicher Soldat, sondern auch ein untadeliger Mensch, gläubiger Christ und fürsorglicher Vorgesetzter gewesen. Das ist der Geist, aus dem der Bundeswehrverband als Traditionspflegeverein der Armee des deutschen Imperialismus

Tag für Tag gespeist wird. Das faschistische Idol Mölders steht dort ebenso hoch im Kurs wie der Kriegsverbrecher Molinari. **R. F., gestützt auf Pressemeldungen aus Neuburg**

Wir machen alle Mitglieder des „RotFuchs“-Fördervereins noch einmal darauf aufmerksam, daß am **Sonnabend, 22. September 2007**, im Berliner ND-Gebäude, Franz-Mehring-Platz 1, um **10 Uhr**, die **Gesamtmitgliederversammlung des RF-Fördervereins** beginnt.

Alle Genossinnen und Genossen sind herzlich eingeladen.

Wo Kriegspropaganda als „Friedfertigkeit“ verkauft wird In den Schuhen von Goebbels

Unlängst lieferte das Staatsfernsehen ZDF seinem Publikum „Das Goebbels-Experiment“ ins Wohnzimmer. Der britische „Guardian“ äußerte sich dazu folgendermaßen: „Eine wichtige, sorgfältig gefertigte Illustration der Macht politischer Manipulation.“ Es fehlte in dieser „sorgfältig gefertigten Illustration“ für die Anhänger der NPD und andere rechtsradikale Zuschauer nur noch die Goebbelsche Seligsprechung Adolf Hitlers.

„Deutschland hat eine wahrhaft europäische Mission zu erfüllen; es ist auf dem Wege, Bannerträger eines neuerwachten Europas zu werden“, schrieb die „Greifswalder Zeitung“, das NSDAP-Blatt für den „Gau Pommern“, im Februar 1937. „Die Verteilung der Erde ist keine von Gott gewollte, sondern eine von den Menschen durchgeführte. Sie ist jederzeit veränderbar“, verkündete Goebbels in seinem Machwerk „Das eherne Herz“.

So und nicht anders versteht sich der „Gestaltungsanspruch“ im Entwurf des aktuellen CDU-Grundsatzprogramms. Dort heißt es nämlich: „Die Auseinandersetzung um den Zugang zu natürlichen Ressourcen und Energiequellen, von denen auch der Wohlstand und die Freiheit Deutschlands abhängen, birgt Risiken für den Frieden in der Welt.“ Gemeinsam verkünden Merkel und Struck die Ideologie des zügellosen Expansionismus. „Deutschlands Freiheit wird auch am Hindukusch verteidigt!“, erklärte bekanntlich der heutige SPD-Fraktionsvorsitzende. Immerhin muß man dort erst eine Infrastruktur schaffen, um die Bodenschätze erschließen zu können; Steinkohle, Erdöl, Eisen, Chrom, Kupfer, Blei, Zinn, Salz, Schwefel, Bauxit, Mangan und Gold. Sie vermutet man in der Erde Afghanistans. Nicht zufällig sieht der Haushaltsentwurf der Bundesregierung für 2008 eine Stei-

gerung der Ausgaben zu „Verteidigungszwecken“ um 0,9 Milliarden Euro auf 29,3 Mrd. vor. Die deutsche Rüstungsindustrie boomt wie in alten Zeiten. Sie hat vom scheinheiligen Exportverbot in Spannungsgebiete längst Abschied genommen. In der März-Ausgabe des Magazins „Junge Soldaten“ lesen wir: „Laut Regierungsbericht hat es 11 858 Einzelgenehmigungen gegeben, aber nur 58 Ablehnungen. Das entspricht einer Genehmigungsquote von 99,5 Prozent. Bestätigt wurden Rüstungsexporte in einem Gesamtwert von mehr als 800 Millionen Euro. Sie gehen nach Südafrika, Pakistan, Indien, Indonesien, die Türkei und Tunesien. Staaten des Nahen Ostens wie Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate und Katar erhielten Kriegswaffen im Wert von jeweils mehreren Millionen Euro.“ Hinzu kommt die Lizenzproduktion, an der deutsche Rüstungsfirmen ebenso profitieren. So gestattet „die Firma Heckler & Koch die Produktion der deutschen Gewehre G3 und MP5 in Pakistan, Saudi-Arabien, Mexiko, Iran, in der Türkei und auf den Philippinen“.

Zugleich streitet man wacker für den Frieden. Allen voran die CDU. Wie heißt es doch gleich in ihrem Grundsatzprogramm? „Wir treten ein für die Fortsetzung der weltweiten Abrüstung, die Stärkung der Rüstungskontrolle und eine europäisch koordinierte restriktive Handhabung der Rüstungsexporte. Unser Ziel bleibt: Neuen Bedrohungen angemessen zu begegnen und gleichzeitig Frieden zu schaffen mit immer weniger Waffen.“ Wer behauptet, bei diesem Wortschwall handle es sich um pure Heuchelei, tut der Partei Angela Merkels bitteres Unrecht. Auch Goebbels und seinesgleichen waren in der Verbindung von Aggressionsvorbereitungen und Friedensbeteuerungen sehr versiert. Noch am 28. April 1939 beschwor Hitler vor dem Reichstag seine angebliche Friedenspolitik: „Ich darf noch einmal feststellen, daß ich erstens keinen Krieg geführt habe, daß ich zweitens seit Jahren meiner Abscheu vor einem Krieg und allerdings auch meiner Abscheu vor

einer Kriegshetze Ausdruck verleihe, und daß ich drittens nicht wüßte, für welchen Zweck ich überhaupt einen Krieg führen sollte.“ Doch seit dem 3. April 1939 lag der Plan für den Überfall auf Polen (Fall Weiß) fix und fertig in der Schublade.

Krieg mit „geistigen Waffen“ ist schon zu allen Zeiten geführt worden. Ein gewisser Oberstleutnant von Belli, 1936 Verfasser des Titels „Der Krieg der Zukunft im Urteil des Auslands“, forderte damals: „Die verschiedenen Ministerien, die sich mit Propagandafragen zu befassen haben, vor allem das Auswärtige Amt und die Wehrmacht, müssen eng zusammenarbeiten. Erreicht wird die Einheitlichkeit des Handelns am besten durch die Schaffung eines eigenen Propagandaministeriums.“ Sein Soldgeber – Hitler – wußte um das Wie: „Der Sieg einer Idee wird um so eher möglich sein, je umfassender die Propaganda die Menschen in ihrer Gesamtheit bearbeitet hat und je ausschließlicher, straffer und fester die Organisation ist, die den Kampf praktisch durchführt“, schrieb er in „Mein Kampf“. Und Goebbels assistierte: „Ich kannte den völligen Mangel an kritischem Geist in der Masse, der sie Widersprüche nicht sehen läßt. Ich wußte, daß die Masse dem Appell an Haß und nationale Ehre, an kurzschlüssige Tat und Begeisterung leichter folgt als dem Ruf nach Einsicht und Vernunft, daß sie durch Gewöhnung und Dressur zu allem zu bewegen ist, selbst zum Kriege, für den wir sie gewinnen mußten“, hielt der Propagandachef in seinem Tagebuch fest.

Heute tröpfelt man den Massen die Ablenkung eines Intrigenspiels „Wege zum Glück“ ins Hirn und jubelt dieses zum Fernsehhit hoch. Zugleich unterstützt man gewollt die „Dressur“ der Bevölkerungsmehrheit zu kritiklosem Verhalten, während sich der Staat zum Vorteil der Konzerne rapide aufrüstet. Wie urteilte der Londoner „Guardian“ über den eingangs erwähnten Goebbels-Film? „Eine wichtige, sorgfältig gefertigte Illustration der Macht politischer Manipulation.“

Hans Horn



Grafik: Karlheinz Effenberger

Am **13. September um 16 Uhr** findet in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Kapaunenstraße 10, die **erste Leserversammlung des „RotFuchs“ in Greifswald** statt.

Prof. Dr. **Götz Dieckmann**, stellvertretender Vorsitzender des RF-Fördervereins, spricht über das Thema

Ursachen und Hintergründe des Sieges der Konterrevolution

Die **RF-Regionalgruppe Jena-Weimar-Rudolstadt** lädt für den **15. September um 10 Uhr** in das Stadtteilzentrum „LISA“, Werner-Seelenbinder-Straße 28 a in Jena-Lobeda/West, ein.

RA **Ralph Dobrawa** spricht über das Thema

Friedrich Karl Kaul – sein Leben als Kommunist, Anwalt und Schriftsteller in der DDR

Der Redner war ein enger Vertrauter des großen Strafverteidigers.

CDU-General Pofalla will Linke in Bismarcks Zeiten zurückwerfen Pathologischer Haß

Nach der Gründung der Partei „Die Linke“ überboten sich Politiker aus fast allen Lagern in böartigen Stellungnahmen. So sprach der FDP-Vorsitzende Westerwelle in der FAZ von „Bedrohung“. Hessens Ministerpräsident Koch (CDU) äußerte, die SPD habe in den 90er Jahren durch ihre Bündnisse mit der PDS „die Grenzen zwischen demokratischen Parteien und solchen, die man in der Demokratie nicht haben will, verwischt“. BND-Außenminister Steinmeier, zugleich ein Vize des SPD-Vorsitzenden Beck, verkündete: „Mit der Außenpolitik der Linkspartei wären unsere Hauptverbündeten bald nicht mehr Frankreich und die Vereinigten Staaten, sondern Venezuela und Bolivien.“ (Es ist anzunehmen, daß der Minister gar nicht ahnt, wieviel diese Idee für sich hat!) Stoiber und Beckstein (beide CSU) erklärten, „Die Linke“ stehe „in der Tradition von Ulbricht, Mauer und Stacheldraht“. (Offenbar sind die Bilder von Heiligendamm und Rostock nicht bis nach Bayern gelangt!) Den Vogel aber schoß CDU-Generalsekretär Pofalla ab. Gegenüber Radio Berlin-Brandenburg gab er zum besten: „Für Postkommunisten ist in Deutschland kein Platz!“

Dieser Satz ist ein Programm. Um seine Tragweite zu verstehen, sollte man sich der Geschichte erinnern: Am 21. Oktober 1878 trat das „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ – das Sozialistengesetz – in Kraft. Bismarck, das Großbürgertum und die Junker hofften, die unter Führung der Sozialdemokratie in dieser Zeit erstarrende deutsche Arbeiterbewegung damit niederwerfen zu können.

Während der Beratung im Reichstag kam es zum offenen Schlagabtausch zwischen August Bebel und Bismarck. Dieser erklärte, daß er erst im Mai 1871 durch Bebels „Kommunerede“ die wahre Natur der Sozialdemokratie erkannt habe. Als Internationalist hatte der Sozialistenführer wiederholt die historische Bedeutung der Pariser Kommune (18. März bis 28. Mai 1871) verteidigt. Den besonderen Haß Bismarcks hatte sich Bebel zugezogen, weil er dessen schändliche Rolle bei der Unterstützung des blutigen Rachefeldzugs der französischen Reaktion gegen die erste Arbeitermacht der Welt anprangerte. Bebel schrieb in seinen Erinnerungen: „Sobald das Gesetz verkündet und in Kraft getreten war, fielen die Schläge hageldicht.“ Innerhalb von Tagen wurden die Partei- und Gewerkschaftspresse verboten, Hunderte Parteimitglieder – die bekanntesten zuerst und nicht selten mehrmals – ausgewiesen und mit ihren Familien in bitterste Not gestürzt.

Offenbar schwebt dem Christdemokraten Pofalla ein solches Herangehen vor,

wenn er an Linke denkt: Alles, was er dafür hält, soll, wie unter Bismarck, zu „vaterlandslosen Gesellen“ erklärt werden! 2006 jährte sich zum 50. Mal das von Adenauer angestrebte Verbot der Kommunistischen Partei Deutschlands durch das Bundesverfassungsgericht, das heute seine schützende Hand über die NPD hält. Die BRD stellte sich damit an die Seite Franco-Spaniens, Salazar-Portugals und der griechischen Monarchofaschisten. In den Jahren 1949 bis 1968 fand eine regelrechte Hetzjagd gegen Kommunisten und Sozialisten, aber auch gegen die westdeutsche Friedensbewegung statt. Nach amtlichen Angaben waren drei unter fünf Mitgliedern der KPD von gerichtlicher oder polizeilicher Verfolgung betroffen. Das zog ernsteste soziale Folgen für den Einzelnen und dessen Angehörige nach sich: Berufsverbote wurden ausgesprochen, Haftentschädigungen verweigert, die Renten der Opfer des Faschismus aberkannt, bereits erbrachte Leistungen zurückgefordert. Eine Rehabilitation der Opfer dieses repressiven Antikommunismus und die Aufhebung des KPD-Verbots stehen bis heute aus!

Übrigens: 1952 schrieb Adenauer über seine eigene Haftzeit 1944/45 im KZ-Außenlager Messe Köln, der kommunistische Lagerälteste Eugen Zander habe „seinerzeit als Kapo sehr viel Gutes getan. Ich glaube, daß er mir das Leben gerettet hat“. Das hielt den Kanzler aber in keiner Weise davon ab, bereits 1951 den Antrag auf ein Verbot der KPD stellen zu lassen und den Altnazi Hans Ritter von Lex – er war von 1933 bis 1945 Oberregierungsrat

in Hitlers Reichsinnenministerium – zum Beauftragten der Bundesregierung für Verbotssprozeß zu ernennen.

Selbst die Bedenken Hermann Höpker-Aschoffs, des Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, gegen die Legalität des Verfahrens stießen bei Adenauer auf taube Ohren. Der spätere BRD-Innenminister Maihofer (SPD) äußerte 1964, die Zahl der Ermittlungsverfahren gegen Kommunisten hätte „einem ausgewachsenen Polizeistaat alle Ehre gemacht“.

Seine Fortsetzung fand das KPD-Verbot dann im „Radikalerlaß“ Willy Brandts, den uns Lafontaine jetzt als Leitfigur empfiehlt. Er trat in den siebziger Jahre in Kraft. Schließlich gipfelte der antikomunistische Wahn in der „juristischen Aufarbeitung des DDR-Unrechts“ ab 1990. Als Pofalla am 15. Mai 1959 in Weeze (Nordrhein-Westfalen) zur Welt kam, war die KPD bereits einige Jahre verboten. Wie kommt ein „christlicher“ Nachwuchspolitiker ohne eigene Erfahrungen zu einem derart pathologischen Haß? Es ist vor allem die Kontinuität der gesellschaftlichen Verhältnisse, unter denen sich solche Vorstellungen und Haltungen reproduzieren. Bereits als 16jähriger wurde Pofalla Mitglied der CDU. Über einen sogenannten Beratervertrag erhielt er schon als Student eine monatliche Unternehmens-„Beihilfe“ von 1 200 bis 1 300 DM, um sein Jurastudium zu finanzieren. Er wurde systematisch aufgebaut. Ab 1990 Bundestagsabgeordneter, ist er seit 2000 Vorsitzender des CDU-Bezirksverbandes Niederrhein. 2004 wurde er stellvertretender Fraktionsvorsitzender der „Union“

und im Dezember 2005 deren Generalsekretär. Eine stromlinienförmige Karriere im Dunstkreis des Kapitals. Aufschlußreich ist, daß Pofalla während der Spenden-Affäre – einem der größten Korruptionsskandale, die es in der BRD-Politik je gegeben hat – den Kontakt zu Kohl, den er als eines seiner großen Vorbilder bezeichnet, aufrechterhielt.

Hinzuzufügen ist: Es war der CDU-Generalsekretär, der sich im Vorjahr dafür aussprach, Kinder sollten für ihre arbeitslosen Eltern haften. Die Opposition bezeichnete das als „Sippenhaft“. Und weil „der deutsche Staat auf christlichen Werten beruht“, sprach sich Pofalla im Interesse der Gewissensfreiheit dafür aus, die Klassenzimmer der Schulen in der gesamten BRD mit Kreuzfixen zu schmücken. Marx schrieb am 12. April 1871 an Kugelmann: „Man vergleiche mit diesen Himmelsstürmern von Paris die Himmelsklaven des deutsch-preußischen heiligen römischen Reichs ..., duftend nach Kaserne, Kirche, Krautjunkertum und vor allem Philistertum.“

Hans Gebhardt



In den Jahren 1989/90 haben große Teile der DDR-Bevölkerung die goldenen Berge, die ihnen westliche Politiker und Medien versprochen hatten, für bare Münze genommen. Sie sind auf die Verlockungen und Lügen der konterrevolutionären Kräfte hereingefallen. Jetzt stellen immer mehr ehemalige DDR-Bürger fest, daß sie all das, was für ein sicheres und zukunftsorientiertes Leben des Menschen unverzichtbar ist, verloren und sich als „Gegenleistung“ permanente Existenzunsicherheit, nur teilweise wegretuschierte Massenarbeitslosigkeit, verschärfte Ausbeutung der Beschäftigten, wachsende Armut breiter Bevölkerungsschichten und besonders von Kindern, Bildungsnotstand, Renten Kürzungen und Verlust gewohnter Gesundheitsleistungen eingehandelt haben. Das Volkseigentum in Stadt und Land ist in die Hände des westdeutschen Großkapitals übergegangen, einschließlich der internationalen Abnehmer hochwertiger DDR-Exporte und der nicht unerheblichen finanziellen Außenstände anderer Länder gegenüber der DDR. Auch die wertvollen Immobilien in der ganzen Welt (z. B. sämtliche Botschaftsgebäude) wurden von der BRD „übernommen“. Enorme DDR-Investitionen im Ausland wie die Erdgasstrasse „Drushba“ wurden über Nacht BRD-Eigentum, ohne daß die ostdeutsche Bevölkerung dafür in irgendeiner Weise entschädigt worden wäre.

Der gesamte technische Bestand der Nationalen Volksarmee der DDR, der nach den Vereinbarungen des Warschauer Vertrages standardisiert und einsatzbereit zur Verfügung stand, fiel an den neuen Besitzer, die BRD. Es handelte sich hierbei um Hochleistungswaffen einschließlich der dazugehörigen Logistik zu Lande, zu Wasser und in der Luft. Diese modernste Militärausrüstung, die der Bewaffnung der Bundeswehr gleichwertig oder auf einer Reihe von Gebieten sogar überlegen war, wurde Käufern in vielen Ländern für riesige Summen angeboten. Es handelte sich bei der Ausstattung der NVA um die beste sowjetische Militärtechnik, die zum Schutz der Westgrenzen des sozialistischen Lagers in der DDR stationiert war. Teile davon wurden auch in der DDR und anderen sozialistischen Ländern in Lizenz hergestellt, z. B. das Sturmgewehr

Wie BRD-Schnäppchenjäger den DDR-Bürgern ihr Eigentum entrissen Der große Fischzug

AK-47 im VEB Fahrzeug- und Jagdwaffenwerk „Ernst Thälmann“ Suhl. Nach Schätzungen des Autors besaß die DDR etwa eine Million Stück von dieser international führenden Infanteriewaffe. Allein in den Arsenalen der Kampfgruppen der Arbeiterklasse befanden sich rund 300 000. Das aufeinander abgestimmte Waffensystem der NVA und der anderen Armeen des Warschauer Vertrages hatte Spitzengerät im Bestand. Dazu gehörte z. B. die 152 mm Kanonenhaubitze D-20 als schwerstes Kaliber in der Rohrartillerie der NVA.

Bundesdeutsche Waffen dieser Herkunft gelangten auf Kriegsschauplätzen in aller Welt zum Einsatz. Das ist eine seit anderthalb Jahrzehnten belegte Tatsache. Damit werden offizielle Aussagen der BRD-Führung Lügen gestraft, man lasse sich von einer besonders restriktiven Rüstungsexportpraxis leiten. Beispielsweise übernahm die Bundesregierung Darlehensbürgschaften für Rüstungsgeschäfte mit Indonesien im Wert von 561 Millionen DM. Größter Posten waren 425 Millionen für Reparatur und Modernisierung der dorthin gelieferten Schiffe der DDR-Volksmarine. 136 Millionen DM wurden für deren Ausstattung mit Siemens-Fernmeldeausrüstung in digitaler Technik bereitgestellt.

Der damalige indonesische Diktator Suharto, inzwischen vor Gericht, präsentierte den Kauf der NVA-Schiffe als seine gemeinsame Initiative mit Bundeskanzler Kohl.

Am besten log übrigens der letzte „DDR-Verteidigungsminister“, Pfarrer Rainer Eppelmann (CDU). In einem Tagesbefehl vom 2. 10. 1990 versicherte dieser dem Gegner seit langem verpflichtete Heuchler: „Sie, als Soldaten und Zivilbeschäftigte der Nationalen Volksarmee, gehören mit dem Wirksamwerden des Beitritts entsprechend dem Einigungsvertrag zur Bundeswehr. Unter Ihrer Mitwirkung vollzieht sich ein historischer Akt.“ Von den 100 000 NVA-Angehörigen (und 45 000 Zivilbeschäftigten) wurden knapp 3 000 übernommen. Das geschah nicht aus Großmut, sondern nur deshalb, weil

man Spezialisten auf Zeit brauchte, die die NVA-Waffen bedienen konnten. Offiziere wurden um einen oder mehrere Dienststränge zurückgestuft und trugen keinerlei besondere Verantwortung.

Auch der zweite Golfkrieg von 1990 bis 1991 hat erheblich dazu beigetragen, die an den deutschen Imperialismus gefallenen NVA-Bestände zu verpulvern. Material im Wert von 1,2 Mrd. DM, zum großen Teil „Beutestücke“, wurde den USA für deren Aggression zur Verfügung gestellt. Wer zählt dabei die zig Millionen, die als „Provision“ in die Taschen korrupter Politiker und Rüstungs-Lobbyisten der BRD geflossen sind?

Das, was für das Vermögen der NVA galt, betraf auch sämtliche Volkswirtschaftszweige der DDR. Es handelte sich um einen „legalen Raub“ gigantischen Ausmaßes. Der eigentliche Eigentümer dieser Werte ging nach dem Anschluß der DDR an die Bundesrepublik leer aus: die Bevölkerung des zweiten deutschen Staates.

Hunderttausende frühere DDR-Bürger wurden um Grundstücke und Häuser gebracht, die ihnen als Eigenheime dienten. In ihren rechtmäßigen Besitz hatten sie oftmals jahrzehntelang Zeit, Kraft und Geld investiert. In vielen anderen Fällen zwang man sie dazu, die Immobilien ein zweites Mal – jetzt gegen Zahlung horrender Summen – zu erwerben. Die damit verbundene Verschuldung führte nicht selten zur teilweisen oder gänzlichen Vernichtung der wirtschaftlichen Existenz. Die hohen Sparguthaben der ostdeutschen Bevölkerung lösten sich weitgehend auf und verwandelten sich in Kreditschulden.

Als Fazit ist festzustellen, daß die Bürger der DDR fast ihr gesamtes gesellschaftliches Eigentum und häufig auch einen großen Teil ihres persönlichen Besitztums an westdeutsche Schnäppchenjäger verloren. Jene, die 1989/90 auf „bessere Zeiten“ gehofft hatten, haben sich in den Finger geschnitten und tatsächlich das Gegenteil des von ihnen Erwarteten eingehandelt.

Dr. Gerhard Steinmüller

Dr. Norbert Podewin im Norden!

Der Historiker und Autor spricht am **6. September um 15 Uhr** in **Bergen** (Rügen), Bahnhofstraße 34 a, auf einer RF-Veranstaltung über das Thema

Ohne Globke kein Eichmann Zur Neuauflage des Braunbuchs gegen Nazi- und Kriegsverbrecher

Am **7. September um 15 Uhr** ist er in **Wismar-Wendorf**, Hanno-Günther-Straße (Begegnungsstätte der Volkssolidarität), beim RF zu Gast. Er stellt sein Buch

Bernhard Quandt – ein Mecklenburger Urgestein!

vor und spricht über das kämpferische Leben des Kommunisten.

Grafik:
Lydia Kuhnt



Unabhängig vom Ausgang der Schlacht: ein mutiger Kampf GDL contra Mehdorns miese Masche

Die Fahrpersonalgewerkschaft GDL ist ob ihrer kämpferischen und durchsetzungswilligen Haltung in aller Munde. Viele meiner Freunde und ich verfolgen die Aktivitäten dieser Gewerkschaft mit Respekt und Sympathie, weil wir meinen, daß so manche Gewerkschaft heute vor den Konzernen kuscht, sich mit Almosen abspesen läßt und das noch als „Gewerkschaftserfolg“ ihren Mitgliedern schmackhaft zu machen versucht. Die GDL ist da in vielem anders und deshalb wird ihr vom mächtigen DB-Konzern, der zur Börse drängt und das öffentliche Eigentum an private Aktionäre verschleudern will, gedroht. Man erpreßt sie und ist bestrebt, sie außerhalb der Legalität zu stellen. Ein williger Nürnberger Arbeitsrichter hat die Vorlage dazu geliefert. Und es gibt auch eine Reihe von Zeitgenossen, die – obwohl sie selbst am Rande des Existenzminimums leben – in das Gemütere des Bahnvorstandes einstimmen und jene beschimpfen, welche bereit sind, für einen gerechten Lohn und bessere Arbeitsbedingungen auch mit den Mitteln des Streiks zu kämpfen. Was ist denn an der Forderung des Fahrpersonals nach einer 30%igen Lohnerhöhung und einem eigenen Tarifvertrag so „unverschämt“? Die deutschen Lokführer

erhalten mit ihren knapp 2 000 Euro brutto deutlich weniger als ihre Kollegen in Europa. In Frankreich beispielsweise verdient ein Lokführer 2 770 Euro, in Spanien 3 140 Euro und in der Schweiz umgerechnet gar bis zu 4 985 Euro! Ist da die Forderung der GDL nach einem Einstiegshalt von 2 500 Euro überzogen?

Ich meine nein, wenn man bedenkt, daß das Fahrpersonal in den letzten Jahren Lohneinbußen von mehr als 10 % hinnehmen mußte, während sich der Bahnvorstand 2005/2006 großzügig Gehaltserhöhungen von 62 % genehmigte. Ich glaube, die Unverschämten sitzen ganz woanders, nur nicht in den Zügen! Beschimpft wird auch die GDL durch die Führung der mehrdornhörigen Gewerkschaft TRANSNET und der Beamtenbund-Gewerkschaft“ GDBA, weil diese sich mit einer Lohnerhöhung von 4,5 % und einer Einmalzahlung von 600 Euro abspesen ließen, was nicht einmal dem großangekündigten Plus von monatlich 150 Euro entspricht. Diese Herrschaften, die so schlecht verhandelten und die die GDL jahrelang in der damals noch bestehenden Tarifgemeinschaft austricksten und es duldeten, daß vertragliche Regelab-sprachen des Vorstandes mit der GDL gebrochen wurden, klagen nun darüber, daß sich diese aus einer solchen „Gemein-

schaft“ verabschiedete, um die Interessen ihrer Kollegen nun selbst und kämpferisch zu vertreten. Von „Spaltung“ schwätzten sie und riefen alle Eisenbahner zu einem „Votum der Solidarität“ auf. Hätten sie nur früher Solidarität mit der GDL geübt und nicht mitgeholfen, daß sich die Arbeitsbedingungen des Fahrpersonals stetig verschlechterten. Tatsächlich haben sie auf die besondere Verantwortung und Belastung dieser Kollegen durch den Vorstand keinerlei Rücksicht genommen, von deren Reallohnverlust ganz zu schweigen.

Ein ganz persönlicher Grund, warum auch ich als Nichteisenbahner am Erfolg der GDL interessiert bin, besteht darin, daß ich als Rentner wegen der niedrigen Lohnentwicklung mehrere „Nullrunden“ in Kauf nehmen mußte. Nach offizieller Lesart folgen Rentenerhöhungen dem gestiegenen Einkommen aller Lohnabhängigen. Billiglöhne, 1-Euro-Jobs u. a. senken das Lohnniveau und bringen uns Rentnern nur Nullrunden ohne Inflationsausgleich. An diesen Hungerlöhnen verdienen lediglich Wirtschaftbosse und Aktionäre. Auch das sollte mancher Rentner bedenken, wenn er gedankenlos auf die streikenden Bahnmitarbeiter und deren GDL schimpft.

Wolfgang Meyer, Weimar

Nicht nur den Mund spitzen, sondern auch pfeifen DB-Fahrpersonal gab das Signal

Als Gewerkschafter stehe ich im Arbeitskampf bei der Deutschen Bahn natürlich auf der Seite der Lokführer, Zugbegleiter und des Gastro-Personals, auch wenn ich dafür als reisender Erschwernisse in Kauf nehmen muß. Nach langer streikloser Zeit war die Geduld der Kollegen des Fahrpersonals erschöpft. Der Bahnvorstand hatte eine hinreichende Frist, den Streik dadurch abzuwenden, daß er seinen Kollegen ein vernünftiges Angebot unterbreitete und kein Ultimatum stellte. Ich finde es empörend, wie Herr Mehdorn und seine Personalchefin Frau Suckale den Streikwilligen mit Disziplinarmaßnahmen und Entlassung drohten, nachdem sie unter Mißachtung des Beschlusses des Amtsgerichts Mainz diese Arbeitskämpfmaßnahmen für il-

legal erklärt und Schadensersatzklagen angedroht hatten.

Nach dem Grundgesetz sind den Gewerkschaften Lohnkämpfe gestattet. Wollte Herr Mehdorn das GG aushebeln, Streikrecht und Koalitionsfreiheit (Art. 9 Abs. 3) in Frage stellen? Sein Vorgehen war der bisher schwerste Angriff auf gewerkschaftliche Rechte.

Ich kann mich noch gut an die Besuche von DGB-Delegationen bei uns in den 70er und 80er Jahren erinnern. Manchmal kamen wir DDR-Gewerkschafter uns ganz klein vor, wenn die westdeutschen Kollegen von einer 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich sprachen. Oder wie

jubelte man in der BRD darüber, als die Solidarnosc in Polen der Regierung Löhne abpreßte, die nichts mit dem Niveau der Arbeitsproduktivität zu tun hatten und eigentlich unbezahlbar waren? Doch nach dem Wegfall der Systemkonkurrenz gilt das alles nicht mehr und die polnischen Arbeiter, bekommen, sofern sie überhaupt noch Arbeit haben, weit weniger als vor 1980.

Soll das jetzt das neoliberale Konzept auch für unsere Arbeitskräfte sein? Da ist es ermutigend, daß es noch Gewerkschaften wie die GDL gibt, die sich nichts bieten lassen und dem ihren Widerstand entgegenstellen. **Manfred Haupt, Erfurt**

Alle drei Monate ein Einfamilienhaus

Einer der vielen Systemfehler der BRD ist, daß ein unverschämt Reicher darüber befinden darf, was Arme zu verdienen haben. Laut BILD vom 6. 5. 2004 schiebt Bahnchef Hartmut Mehdorn Monat für Monat 54 000 Euro ein. Mit diesem Einkommen könnte er praktisch alle drei oder vier Monate ein kleines Einfamilienwohnhaus bauen. Dafür verschuldet sich ein gewöhnlicher Arbeiter fast ein Leben lang. Wenn man sich das Einkommen eines Lokomotivführers ansieht, so kann man sich nicht vorstellen, daß er es wagen könnte, auch nur an eine Eigentumswohnung zu denken.

So, wie es jetzt ist, schieben sich die Me-gaspitzenverdiener die Posten gegenseitig

zu und saugen das Maximum aus dem Volksvermögen heraus. Die einen sahen ab, die andern dürfen arbeiten.

Da wird einem erwachsenen Mann ein Zug mit Hunderten von Menschen und einem Materialwert von einigen Millionen Euro anvertraut. Damit rast er mit bisweilen über 300 km/h durch die Gegend. Er trägt eine ungeheure Verantwortung. Der Gegenwert, den er dafür erhält, ist lächerlich, wenn man bedenkt, daß sich diese „zivilisierte Gesellschaft“ rund 800 000 Vermögensmillionäre und eine erhebliche Anzahl Milliardäre leistet.

Theo Wik, St. Johann



Aus ver.di.News

Vor 90 Jahren wurden Albin Köbis und Max Reichpietsch erschossen Märtyrer der Flotte

Vor dreißig Jahren schrieben Horst Westphal und ich – wir dienten damals als Militärjournalisten in der Volksmarine – nach umfangreichen Recherchen in Archiven und der Befragung zahlreicher Zeitzeugen, darunter ehemalige rote Matrosen, die mit Albin Köbis und Max Reichpietsch seit 1912, teils in den gleichen Decks und auf den gleichen Gefechtsstationen, gelebt, gedient und gelitten hatten, das Buch „Rebellion in der Hölle“, über die revolutionäre Matrosenbewegung in der Hochseeflotte im Sommer 1917.

Erst unlängst erinnerte ich mich daran, was uns seinerzeit Frau Gertrud Zimpel gesagt hatte. In den 50er/60er Jahren habe es in Westberlin Bestrebungen gegeben, dem 1947 so benannten Reichpietsch-Ufer wieder seinen ehemaligen Namen Tirpitz-Ufer zurückzugeben. Leute, denen nach dem KPD-Verbot die Zeit gekommen schien, wieder auf die alten chauvinistischen und militaristischen Traditionen zu setzen, steckten dahinter. Frau Zimpel hatte sich energisch dagegen gewandt, das Andenken ihres Bruders erneut vergessen zu machen.

Leider werden auch heute noch Halbwahrheiten, Verdrehungen und Verleumdungen über jene Ereignisse verbreitet. Da gelten Köbis und Reichpietsch nach wie vor als Meuterer und Landesverräter. Häufig bezeichnet man beide „als Organisatoren des Wilhelmshavener Matrosenaufstandes“. Allerdings konnten ein unabhängiger Gutachter, der Justizrat des Reichsmarineamtes und die Officialverteidiger keinen Aufstand bestätigen, was drei der Todeskandidaten eine Begnadigung bescherte.

Der Prozeß war eine Farce. Bestellte Zeugen der Anklage und Spitzel durften während der Verhandlung ihre Lügen und Haßtiraden verbreiten. Aussagen von Beschuldigten und Zeugen waren teils zuvor mit Drohungen erpreßt worden. Die von Max Reichpietsch geforderte Vorladung von Reichstagsabgeordneten der USPD, zu denen er Kontakt hatte und die die Matrosen hätten entlasten können, unterblieb. Die Militärjustiz wollte den Prozeß ohne Aufsehen durchpeitschen, um die schon feststehenden Urteile durchsetzen zu können, und weil sie fürchtete, daß die schändliche Behandlung der Mannschaften durch viele Offiziere, die Hungerrationen für die Matrosen und Heizer und das Wohlleben von Offizieren auf Kosten der ohnehin kärglichen Mannschftsverpflegung im ganzen Reich publik werden und zu Protesten und Aufruhr auch in der Bevölkerung führen könnten.

Das genannte Rechtsgutachten hatte Admiral Capelle, Staatssekretär des RMA, von seinem juristischen Berater de Batry anfertigen lassen. Der erhob darin schwere Bedenken gegen die Todesurteile, die Admiral Scheer ausdrücklich anerkannte. Trotzdem bestätigte er sie für Köbis und Reichpietsch, wegen „kriegsverräterischer Aufstandserregung“ und änderte nur die Todesstrafen gegen Wilhelm Weber, Willi Sachse und Hans Beckers wegen des gleichen Vergehens „unter Annahme

eines minderschweren Falles“ in 15jährige Zuchthausstrafen um. Die Kriegsgerichte verurteilten auch Kurt Biber und Robert Linke zu 10 Jahren Zuchthaus. Sie sprachen in weiteren 47 Prozessen bis 1917 Zuchthausstrafen von insgesamt 181 Jahren und einem Monat sowie Gefängnisstrafen von weiteren 180 Jahren aus. Immer wieder verbreiten bürgerliche Historiker die Version, daß es sich bei der Matrosenbewegung lediglich um Hungerrevolten gehandelt habe. Besonders beliebt ist auch die These, daß die Mannschaften nur „mangels kriegerischer Betätigung“ auf „dumme Gedanken“ gekommen seien. Selten wird der wichtigste Grund für Ungehorsam, für Dienststreiks und Essenverweigerungen und schließlich auch für den Ausmarsch der „Prinzregenter“, der mit einer Antikriegskundgebung in Rüstertiel endete, genannt: daß nämlich die Mannschaften den ganzen Krieg satt hatten, der ihnen und ihren Familien, ja dem gesamten Volk unendliches Leid, Elend und Hunger gebracht hatte und der, wie sie immer deutlicher erkannten, nicht zu gewinnen war.

Die Hochseeflotte hatte mehr als zehn Jahre lang stur nach den Vorgaben ihres Gründers und Halbottes Tirpitz überraschende Vorstöße von Kampfschiff-Gruppierungen aus den Flußmündungen heraus auf die erwartete „enge“ Blockadelinie der Briten zwischen Borkum, Helgoland und Sylt trainiert. Dabei sollte jeweils eine örtliche und zeitliche Überlegenheit geschaffen werden, um so Stück für Stück Glieder aus der Bewachungskette herauszubrechen, und schließlich nach und nach einen Kräfteausgleich zwischen der Hochseeflotte und der weit überlege-

nen britischen Homefleet zu erreichen, die man dann in einer Generalschlacht restlos zu vernichten hoffte. Als die Engländer eine Fernblockade errichteten, waren Überraschungsangriffe mit örtlich überlegenen Kräften nicht mehr denkbar. Die Skagerrackschlacht endete zwar mit einem taktischen Erfolg der Kaiserlichen Marine, der jedoch nichts an ihrer strategischen Gesamtmisere änderte.

Die Matrosen wollten den Frieden. Sie warben Mitglieder für die USPD, deren Führung Reichpietsch so vertraut und auf deren Hilfe er gesetzt hatte. 5 000 Mann schrieben sich ein. Die Vertrauensleute der Mannschaften wollten während des internationalen sozialistischen Friedenskongresses, der für den 15. August 1917 in Stockholm angesagt war, eine Demonstration in Wilhelmshaven oder Kiel mit den 5 000 Heizern und Matrosen durchführen, um zu bekunden, daß auch die Angehörigen der deutschen Streitkräfte mit den Friedensforderungen übereinstimmen. Die revolutionären Matrosen wurden von den Funktionären der USPD Haase, Dittmann und Vogtherr, im Stich gelassen. Kaiserlicher Justizterror machte ihren Bestrebungen ein Ende. Reichpietsch und Köbis wurden am 5. September 1917 ermordet. Doch die Blaujacken lernten aus der Niederlage und machten es ein Jahr später besser. Sie folgten dem von Reichpietsch beschworenen „russischen Beispiel“ (gemeint war der Sturz des Zaren in der Februarrevolution) und gaben das Signal zum Beginn der Novemberrevolution in Deutschland.

**Dr. Robert Rosentreter,
Fregattenkapitän a. D.**



Können Kategorien des Kapitalismus dem Sozialismus dienen?

Lösungswege im „Zwischenstadium“

In seiner Schelte gegen Leute, die Markt und Plan gegenüberstellen, beruft sich Prof. Fred Matho im Juni-„RotFuchs“ auf die Marxsche Dialektik. Marx selbst hat Dialektik allerdings immer nur konkret praktiziert, sei es z. B. in der ökonomischen Analyse oder in der Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus. Laut Matho stellen „Markt, Konkurrenz und Wertgesetz keineswegs etwas Negatives“ dar, sondern sind für die „Gestaltung des Sozialismus“ in der Form „sozialistischer Ware-Geld-Beziehungen“ auszunutzen. Bei Marx selbst liest sich das etwas anders. In seiner Analyse bilden die genannten Kategorien, und zwar zusammengekommen mit Kapital, Lohnarbeit, Profit, Grundrente usw. das System der kapitalistischen Produktionsweise, die sich ihrerseits auf das Privateigentum an den Produktionsmitteln gründet. Daran hat sich, trotz aller Veränderungen, die der Kapitalismus durchgemacht hat, bis heute nichts geändert.

Die zu prüfende Frage wäre, ob es tatsächlich möglich ist, einzelne Kategorien aus diesem Zusammenhang herauszulösen und in ein von Grund auf anders strukturiertes sozialökonomisches System einzupflanzen. Mit der Synthese von Plan und Markt hat der Realsozialismus genau diese Operation versucht und damit Schiffbruch erlitten. Lag das nun an der Unfähigkeit oder am mangelnden Geschick der verantwortlichen Akteure oder doch an der fehlerhaften Konstruktion des Ganzen?

Die Entwicklungsgeschichte des Kapitalismus belegt, daß die sogenannte einfache Warenproduktion mit der Ablösung der für sie charakteristischen zwerghaften und zersplitterten, in isolierter Privathand befindlichen Produktionsmittel durch solche industriellen Charakters, die nur noch gesellschaftlich anwendbar sind, unvermeidlich und gesetzmäßig in kapitalistische Warenproduktion übergehen muß. Hinter sie gibt es kein Zurück,

sondern nur noch ein Darüberhinaus, nämlich zur höheren und in sich einheitlichen kommunistischen Produktions- und Gesellschaftsstufe.

Da jedoch der Sozialismus nicht per Dekret „eingeführt“ werden kann, sondern der Vorschaltung einer Übergangsperiode oder eines „Zwischenstadiums“ (Marx) bedarf, bleibt nur eine Alternative: Unter Voraussetzung veränderter Macht- und Eigentumsverhältnisse das warenkapitalistische System als solches insgesamt zu übernehmen und gleichzeitig so zu modifizieren, daß es den Interessen und Entwicklungsbedürfnissen des neuen Gemeinwesens dienstbar gemacht werden kann. Man könnte eine derartige Konstruktion „Staatskapitalismus der außergewöhnlichen Art“ nennen, wie Lenin seinerzeit die Neue Ökonomische Politik (NÖP) definierte, oder auch „sozialistische Marktwirtschaft“, wie die chinesische KP ihr Projekt bezeichnet. In beiden Fällen hat die Praxis die Richtigkeit dieser Lösung bestätigt. **Manfred Höfer, Leipzig**

Erinnerungen eines Absolventen der FDJ-Jugendhochschule „Wilhelm Pieck“

Als die „Blauen Spatzen“ aufspielten

Am 1. Oktober 1962 erhielt ich als A18jähriger die Möglichkeit, an der höchsten Bildungseinrichtung des sozialistischen Jugendverbandes der DDR ein Studium aufzunehmen. Bereits der äußere Eindruck des Areals und des Gebäudekomplexes unweit von Wandlitz am Bogensee versetzte mich als eine aus der Magdeburger Börde stammende „Dorfjake“ und gelernten Betonbauer mit wenigen Jahren ehrenamtlichen Mitwirkens in der Jugendorganisation in unglaubliches Erstaunen.

Der 13. Jahreslehrgang für FDJ-Funktionäre wurde von entsprechenden Kursen für Abgesandte der Weltjugend aus Afrika, Lateinamerika und nordeuropäischen Staaten flankiert. Noch heute „spüre“ ich den ersten Händedruck mit einem jungen Schwarzen. Er bewegte mich zutiefst. Das Studium der Geschichte der Arbeiterbewegung, der Philosophie, der Pädagogik sowie der Politischen Ökonomie des Kapitalismus wie des Sozialismus haben mich sehr gefordert. Die Wissenswelt, in die ich mit der Zeit Schritt für Schritt einzudringen begann, hat mir bei meinem weiteren Lebensweg geholfen, dem Wesen und dem Inhalt des Marxismus-Leninismus auf die Spur zu kommen.

Nebenher erhielt ich am Bogensee die Möglichkeit, meinem Hobby nachzugehen. Die sechs Musikanten der „Blauen Spatzen“, deren Leiter ich dann wurde, erfreuten nicht nur die Hörer und Mitarbeiter der Jugendhochschule, sondern auch die Genossenschaftsbauern der LPG Prenden



und die Teilnehmer so mancher Feste anderswo. Ich erinnere mich an stürmisch verlaufene Freundschaftstreffen in Bernau, einen Kulturwettbewerb in Berlin und die Teilnahme am Studentenaustausch, der uns nach Prag führte. Wir spielten auch auf, als Walter und Lotte Ulbricht unsere Einrichtung spontan besuchten. Noch lange nachdem ich den Lehrgang abgeschlossen hatte und die unterschiedlichsten Tätigkeiten ausübte, betrachtete ich mein Studium als eine „Schule fürs Leben“.

Mein Kontakt zu dieser Bildungseinrichtung hat Jahrzehnte bestanden. Als Bauleiter habe ich mit meinen Arbeitskollektiven vom Spezialbaukombinat Magdeburg in den 70er Jahren umfangreiche Sanierungsarbeiten in den Häusern am Bogensee ausgeführt. Immer wieder wurde später der Wunsch an mich herangetragen, die Jugendhochschule als Ziel von Exkursionen zu wählen.

Allen einstigen Mitarbeitern – von den Küchenfrauen bis zum Direktor – möchte ich danken und versichern: Euer „Heinz“ lebt noch! Er ist der Sache treu geblieben. Natürlich grüße ich alle Mitabsolventen, die sich heute noch mit der gleichen Freude an ihr Studium erinnern.

Während der Kuba-Krise haben wir geschworen, den Kampf gegen unsere gemeinsamen Feinde niemals einzustellen. Dabei soll es bleiben.

Heinz-Joachim Maaßberg, Magdeburg

Zwischenruf

Als es die DDR noch gab, wurden gesellschaftskritische Äußerungen in Westdeutschland oft mit dem Rat abgeburstet, doch „nach drüben“ zu gehen, wenn es einem in der Bundesrepublik nicht passe. Heutzutage äußert sich gehobene Gesellschaftskritik zum Beispiel in Pressemitteilungen wie dieser: „Im Netto-Gehaltsvergleich liegt Deutschland auf Platz 19 – abgeschlagen hinter Saudi Arabien, Rußland und der Türkei“ (Verfasser: ein gewisser Bodo Bimboese). Da möchte man der einen oder anderen heimischen Spitzenkraft mit ihrer – von der Unternehmensberatung Hay Group wie auch immer errechneten – Durchschnittskraft von beklagenswerten 122 427 US-Dollar doch raten: Wenn es in China, in der Ukraine und in den Vereinigten Arabischen Emiraten so schön ist, dann nichts wie hin! Wir kommen hier auch allein zurecht.

Henrik Müller
in ver.di News vom 28. 7. 07

Man muß das Fahrrad nicht neu erfinden Ohne Scheu und Ignoranz

Wieder hat im Land der Dichter und Denker ein neues Schuljahr begonnen. Heutzutage ist es allerdings mit Köpfen in der föderalistischen Bildungspolitik nicht so weit her. Da empört man sich über kritische PISA-Studien zu den Lernergebnissen, blickt hoffnungsvoll auf Finnlands Schulstrukturen und „sieht den Wald vor lauter Bäumen nicht“. Die Unternehmen rufen nach besserer Vorbereitung auf Wissenschaft und Technik, Intellektuelle vermissen Kunst und Musik in der Schule, die fehlende Vermittlung humanistischer Werte wird als Defizit beklagt. Daß nur ein Fünftel der BRD-Hochschulabsolventen Kinder arbeitender Eltern sind, aber über 70 Prozent aus Beamtenkreisen kommen, ist ein Jammer.

Was ist nur in den Jahren nach der sogenannten Wende auf uns zugekommen? Nie gekannte Brutalität junger Leute, Fanschlachten in den Stadien, Zunahme der Kindesmißhandlungen durch Väter oder Mütter, Drogen- und Alkoholexzesse Jugendlicher – all das gehört zum Alltag. Lehrer und Eltern fürchten „amerikanische Verhältnisse“ und fühlen sich allein gelassen.

Was ist die Ursache dieser negativen Entwicklung, einer solchen Mißachtung von Bildung und Erziehung? Gab es das auch schon früher in der alten BRD oder gar in der DDR? Da phantasiert jemand von der „Proletarisierung“ im Osten, ein anderer meint, das mangelnde Verständnis von

Freiheit trage die Schuld, ein Dritter ruft nach mehr Polizei.

Als Lehrer in der DDR wollten wir vielseitig gebildete, selbständig denkende, verantwortungsbewußt handelnde Persönlichkeiten erziehen und hatten dafür ein – wenn auch oftmals politisch überzogenes – Konzept, eine Erziehungswissenschaft und Didaktik, die uns halfen, Richtiges zu tun. Wir besaßen die Anerkennung des Staates, der Eltern und Betriebe, die uns unterstützten. Wir wußten, daß Lehren und Lernen auf Leistung beruhen, daß Kreativität und Individualität im Unterricht gefördert werden müssen, daß Elternhaus und Schule gemeinsam Verantwortung tragen. Eine soziale Auswahl nach Herkunft und Vermögen der Eltern, wie sie heute mit den Privatschulen gefördert wird, war uns völlig fremd. Daß viele unserer einstigen Schülerinnen und Schüler als Ärzte, Wissenschaftler, Techniker usw. inzwischen in der BRD und im Ausland Anerkennung gefunden haben, bestätigt die Richtigkeit unseres Bildungsweges. Warum nicht davon lernen ohne die Herkunft des als Positiv Erkannten zu verschweigen? Warum sollte das ein Makel sein?

Natürlich wurde und wird auch von uns einstigen DDR-Pädagogen manches kritisch gesehen. Ja, wir hatten einheitliche und verbindliche Lehrpläne und Unterrichtshinweise, doch wären weniger dogmatische Starrheit und mehr Variie-

rungsmöglichkeiten für die Lehrenden und Lernenden nützlicher gewesen. Wir förderten natürlich die Arbeiter- und Bauernkinder, aber die religiös und bürgerlich erzogenen Kinder hätten wir nicht, wie mitunter geschehen, hintenansetzen dürfen. Wir legten großen Wert darauf, daß alle Schüler das Klassenziel erreichten, doch es gab auch ungerechtfertigtes Durchschleppen, damit der Statistik und dem Ruf der Schule Genüge getan wurde. Wir huldigten der Partei und ihren Funktionären, hatten aber zu wenig Mut, Falsches beim Namen zu nennen und dazu offen unsere Meinung zu sagen. Unter uns Lehrenden gab es viel zu viel Opportunismus.

Aus all dem gilt es die richtigen Lehren zu ziehen, ohne neue Ignoranz, ohne Scheu vor dem Spiegel der Zeit. Das Gute, das Vorwärtsweisende gilt es zu behaupten. Immerhin zeigen sich trotz Kleinstaaterei und Konservatismus da und dort Ansätze, die auf DDR-Erfahrungen zurückgehen. Also war unser Mühen nicht umsonst! Ich muß lächeln, wenn Politiker aus dem Westen bewährte „Ostprodukte“ wie Bildung und Erziehung im Kindergarten, ganztägige Lebensgestaltung der Schüler, das Gymnasium als gezielte Hochschulvorbereitung neu erfinden. Sollte Die Linke diese Lehren aus unserer Geschichte nicht offensiver vertreten?

Dr. Horst Parlow, Neubrandenburg

In Wiederau atmet die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung Neues aus Clara Zetkins Geburtsort

Wilhelm Pieck sagte von ihr: „Wollt ihr einen großen Menschen unseres Volkes kennenlernen, wollt ihr wissen, was wirkliches Menschentum ist, Clara Zetkin hat es uns vorgelebt.“ Ich danke für die Würdigung dieser Frau und ihrer historischen Rolle in der RF Juli-Ausgabe. Seit 17 Jahren erleben wir, daß 40 Jahre DDR ausgelöscht werden sollen. In unserer Zeit geschaffene Denkmäler und Gedenkstätten werden vernichtet oder „umgewidmet“.

Da ich in der Nähe von Clara Zetkins Geburtsort, dem heutigen Königshain-Wiederau, wohne, war es für mich ein beglückendes Gefühl zu erfahren, wie sich Menschen heute dort um ihr Andenken bemühen.

Der „Verein Heimat und Natur Königshain-Wiederau“ hat seit April dieses Jahres im Museum des Ortes „Alte Dorfschule“, dem Elternhaus Claras, die noch vorhandene kleine Ausstellung über sie erweitert und für die Öffentlichkeit neu gestaltet. Drei Frauen des Vereins waren mit dieser Aufgabe im Rahmen einer ABM-Maßnahme betraut.

Es war Johannes R. Becher, der erste Kulturminister der DDR, der am 5. Juli 1952 die Gedenkstätte anlässlich des 95. Geburtstages von Clara Zetkin eröffnete. 1975 wurde eine von dem Chemnitzer

Künstler Harald Stephan geschaffene Statue Clara Zetkins im Zentrum des Ortes – anstelle des Kriegerdenkmals – aufgestellt. Nur einmal seit dieser Zeit mußte sie ihren Standort wechseln. In Erwartung der „blühenden Landschaften“ wurde auch dieses Denkmal geschleift. Weiterdenkende Menschen haben die Skulptur geborgen und an einer fast sicheren Stelle nahe dem Museum wieder aufgestellt.

Zum 150. Geburtstag Clara Zetkins ist eine ihr würdige Ausstellung entstanden. Es wurde für die heutige Zeit Großartiges geschaffen. Auch das Motto „Zwischen Ablehnung und Verehrung“ kann Claras Bedeutung nicht schmälern. Fast 200 Menschen waren am 7. Juli zu der vom Verein organisierten Feierstunde gekommen. Es wurden Grußadressen verlesen und Ansprachen gehalten. Mit der Würdigung der Bedeutung Claras durchzog ein Hauch von Aufbruchstimmung das Festzelt. Einige Redner machten bewußt, wie aktuell die Forderungen der großen Revolutionärin heute wieder in Deutschland sind. Cornelia Ernst, die Landesvorsitzende der Partei Die Linken in Sachsen, beklagte die fehlende gesellschaftliche und berufliche Gleichberechtigung vieler Mädchen und Frauen als Voraussetzung ökonomischer Unabhängigkeit. Aber alle

Redner verschwiegen das Entscheidende: die Tatsache, daß wir 40 Jahre auf deutschem Boden, in der DDR, Claras Forderungen für ein gleichberechtigtes Leben der Frauen erfüllt hatten. Benötigt man dazu schon wieder Mut?

Der 7. Juli 2007 war für Wiederau ein großes Erlebnis. Den Höhepunkt bildete, daß das 1964 an der Pädagogischen Hochschule „Clara Zetkin“ in Leipzig geschaffene „Musikalische Poem“ aufgeführt wurde. Berührend war die Anwesenheit von Werner Raschke, Hochschulprofessor für Musik der ehemaligen Bildungsstätte. Das Poem endete mit Claras Worten. „Wie die Sonne scheinen, wie der Fluß fließen, wie der Vogel singen muß, so habe ich kämpfen müssen.“ Lernen sollten wir heute aus ihrem praktischen Wirken, ihrer lebensnahen Sprache. Sie konnte reden und schreiben, daß es jeder verstand und versteht, der Freund und der Feind.

Wiederau wünscht sich viele Besucher. Es wäre sehr im Geiste Clara Zetkins, wenn wieder Kinder, Jugendliche, gar ganze Schulklassen hier eine Geschichtsstunde abhalten würden. Die Ausstellung kann bis zum 8. März 2008 nach Voranmeldung (Telefon 03 72 02-36 00) besichtigt werden.

Johanna Mothes, Naundorf

In einem im Februar 2006 in Springers „Welt“ erschienenen Beitrag „Stadt der Barbaren“ beschwor Ulf Poschardt mit der Kunst sprachlicher Verdrehung die „Wiedergeburt“ Berlins. Dabei bekam die einst zur Festung der „Freien Welt“ erklärte Frontstadt des kalten Krieges ihr Fett weg: „West-Berlin war ein Laufstall für Zurückgebliebene. Nach 1945 wurde die gesamte Bundesrepublik ein Hort von Provinzialität.“ Leute ohne Kenntnis erführen dann, wie durch Weglassen Lügen entstehen: „Berlin war bis 1933 das Gegenteil von Provinz: Es war eine der schönsten, modernsten und – kaum zu glauben – reichsten Städte der Welt. Hitler haßte sie deshalb und mit ihm der Mob, der ihn groß machte. Mit den Nazis begann der Exodus bürgerlicher Werte und Tugenden, Ideen und Visionen. Preußische Disziplin und jüdisches Genie hatten aus dem traditionslosen Kaff zwischen Havel und Spree innerhalb nur eines Jahrhunderts eine Weltstadt mit

Restriktionen unterworfen wurde. Um ihr Ziel zu erreichen, schreckte die deutsche Großbourgeoisie nicht davor zurück, die ultranationalistische Karte zu ziehen. Die über den „Exodus bürgerlicher Werte und Tugenden, Ideen und Visionen“, über die „preußische Disziplin“ und das „jüdische Genie“ vergossenen Krokodilstränen und die damit einhergehende Heuchelei sind perfide und peinlich: Waren Hitlers Generäle und die Wachmannschaften in den Konzentrationslagern nicht auch ein Produkt des preußischen Beamtenstaates? Waren es nicht die Herren vom Düsseldorfer Industrieklub, die „Herrn Hitler“ die Finanzierung der „nationalen Revolution“ zusicherten? Waren es nicht die sogenannten bürgerlichen Eliten Deutschlands, die die Massen zuerst aufhetzten, um dann die Gunst der Stunde für eine „Marktbereinigung“ im Innern und eine wirtschaftliche „Neuordnung“ auf dem Kontinent zu nutzen? Nach guter kapitalistischer Tradition diene das jüdi-

kleidet und ohne Witz, hielten sie die Bundesrepublik für eine Milchkuh, die jede Form von Trägheit subventionierte.“ Mit den Schlechterzogenen und -gekleideten meinte er nicht die zwangsläufig auftretenden äußerlichen Merkmale einer sich zunehmend asozialisierenden „Bürger“-Gesellschaft. Ihn widerte lediglich der plebejische Geschmack des Kleinbürgers an: „Die herrschaftlichen Viertel, anmutig wie selten in Europa, wurden noch in den achtziger Jahren von einer unheiligen Allianz aus ruchlosen Bauunternehmern, geschmacksfreien Gewerkschaftskonzerne und mißgünstigen Lokalpolitikern geschleift und entstellt. Die Volksparteien moderierten den Prozeß des kulturellen wie wirtschaftlichen Verfalls schmerzbühlig. Das Personal sowohl von SPD wie CDU war schockierend bieder. Importe aus Westdeutschland mußten immer wieder aushelfen. In den Volksparteien lebt das alte West-Berlin. Die Berliner CDU ist ein bemerkenswerter Saustall.“

Da rechnet einer von oben mit denen aus dem Zwischendeck ab. Während der Jahre, in denen es das Großkapital unter Wahrung des nötigen Sicherheitsabstandes vorzog, die Geschicke der Frontstadt West-Berlin von Bonn aus zu dirigieren, haben es sich seine kleinbürgerlichen Stellvertreter (aus allen Milieus!) recht gutgehen lassen. Ja, der kalte Krieg ernährte seinen Mann! Nun kommt der Herr aus dem ökonomischen Exil zurück und läßt sich die Bücher vorlegen: Da muß wieder Ordnung rein! Schluß mit Vetternwirtschaft und Völlerei auf Kosten des Chefs. Ähnlich klang bei der Wiederinbesitznahme der „mitteldeutschen Ostgebiete“ nach 1989.

Nun ist in West-Berlin Großreinemachen angesagt. Der kleinbürgerliche Mohr hat seine Schuldigkeit getan: „Seine Führungsfiguren erinnern an Karikaturen von Manfred Deix. Der größte Witz bleibt der Regierende Bürgermeister: eine Opel fahrende Partymaus aus Tempelhof, die lieber feiert, als Investoren zu überzeugen. Wenn dieses West-Berlin untergeht, ist das gut so.“ Der deutsche Kleinbürger bleibt eben was er war: Kalfaktor und Stimme seines Herrn, ob als Partymaus oder Büttenredner – immer seinem Stande entsprechend plaziert.

Doch der Bourgeois Poschardt sieht Grund zur Hoffnung auf ein neues Groß-Berlin: „Junge Familien aus ganz Europa erobern die urbanen Brachen im Osten und rezivilisieren mit hohem körperlichen, geistigen und finanziellen Einsatz Viertel um Viertel. Und sie stoßen dort auf jene phantastischen alten Berliner Familien, die sich auf beiden Seiten der Mauer ins innere Exil ihrer Salons, Gärten und Bibliotheken zurückgezogen hatten. Glücklicherweise war West-Berlin so groß, daß die Barbaren nicht alles zerstören konnten. ...“

Na, wenn das mit den „phantastischen alten Berliner Familien“ keine Zukunft verspricht! Das Kapital ist jedenfalls eher als Spezialist für Entzivilisierung bekannt. Beweise? Deutschland 1914–1945, Ostdeutschland 1989–2007.

Wie man durch Springers Brille auf die Hauptstadt blickt „Rezivilisierung einer Brache“

Sogkraft gemacht. Die Nazis zerstörten beides. Als 1945 die Stadt in Schutt und Asche lag, wurde sie wieder aufgebaut, doch der Geist war verschwunden.“

Anstelle sozialökonomischer Ursachenanalyse bemühte der Autor Schablonen bürgerlicher Geschichtsschreibung: den „antibürgerlichen Mob“, undifferenziert und bar jeder klassenmäßigen Analyse. Die bourgeoise Gesellschaft der Weimarer Republik scheiterte an der Unwilligkeit und Unfähigkeit der herrschenden Klasse, die soziale Frage zu lösen. Waren die proletarischen Viertel und Hinterhöfe etwa auch die „schönsten der Welt“? Die Asozialität des Kapitals bewirkte die enorme Zuspitzung der Klassengegensätze. Das ging so weit, daß Weimar nicht mehr die Gewähr für die Sicherung der ökonomischen Macht der Herrschenden bot. Die Verhinderung eines befürchteten „Sowjetdeutschlands“ als Schreckgespenst einer sozialistischen Revolution war ein maßgeblicher Grund für die politische Schlüsselübergabe an die Faschisten, die aus den gleichen demagogischen Motiven wie damals noch immer in „Nationalsozialisten“ umgelogen werden. Ein weiterer Grund war die beabsichtigte Außenexpansion Deutschlands (Raumpolitik, wirtschaftliche Neuordnung Europas unter deutscher Vorherrschaft, Sicherung der Rohstoffquellen), die von den Siegern durch den Versailler Vertrag

sche Vermögen vor allem als Verteilungsmasse unter der deutschen Bourgeoisie! Keine Frage, sie hat auch Arbeiter und Lumpenproletarier als SA-Fußvolk für ihre Beutezüge in Bewegung setzen können – leider zu viel! Doch die sogenannten Arisierungen (der kapitalistische Eigentumswechsel unter den Bedingungen des faschistischen Ausnahmezustandes) und andere Repressionen bedurften der Verfügbarkeit über staatliche Gewalt als unabdingbare Voraussetzung.

Nach der formellen Übertragung der politischen Macht an die faschistische Partei saß das deutsche Kapital wieder fest im Sattel, diesmal von jüdischen Konkurrenten befreit. Klassenbewußt schäumte „Welt“-Schreiber Poschardt weiter über den Niedergang des bürgerlichen Berlins: Nach 1945 sei die Stadt „wieder Provinz geworden. Im Westen verließen wegen Blockade und Mauer Menschen und Familien mit Zukunft die Stadt. Dafür begann die Invasion der Kriegsdienstverweigerer und Gastarbeiter. Doch nicht die randalierenden Linken und die fremdelnden Anatolier verantworteten den Niedergang, sondern das übriggebliebene Klein- und Kleinstbürgertum, das nirgendwo trister und größensinniger daherkam als in Berlin. ... In West-Berlin, einst Ort bürgerlicher Avantgarde, versammelte sich eine große Koalition antibürgerlichen Ressentiments. Schlecht erzogen, schlecht ge-

Wie die Hauptverursacher des Klimawechsels taktische Haken schlagen Ablenkungsmanöver

Während die Folgen des Klimawechsels auf dem ganzen Planeten immer sichtbarer werden und immer härter die Armen treffen, schlagen die Hauptverursacher – Unternehmen und Regierungen – technologische Regelungen vor, die weit davon entfernt sind, die Wurzeln der Ursachen auszureißen, was ihre Gewinne und die Zahl ihrer Wählerstimmen beeinträchtigen würde. Diese „Lösungen“ sollen neue Profitquellen für jene eröffnen, welche selbst die Schäden herbeiführten und daran verdienten. Der wohl extremste und gefährlichste Trend ist die Georingenieurtechnik: die absichtliche Manipulation des Klimas und der Umwelt des Planeten.

Es gibt Regierungs- und Privatinitiativen, die von der Fruchtbarmachung der Ozeane mit Eisenkleinstteilchen (um die Temperatur der Meere zu senken und Orkane umzuleiten) bis dahin gehen, Kleinstpartikel mit Schwefelverbindungen in den Himmel zu schießen, um eine Schicht, die die Sonnenstrahlen abfängt, zu bilden. Sie könnten noch nicht bekannte Katastrophen des Ungleichgewichts und der Verschmutzung verursachen.

Der neue Bericht der regierungsübergreifenden Gruppe zur Klimaveränderung, der im Februar 2007 veröffentlicht wurde, warnt davor, daß die Menschheit in diesem Jahrhundert extremere und häufigere Fälle der Klimaverschiebung, wie wir sie schon teilweise kennengelernt haben, mit heftigeren tropischen Stürmen und Orkanen, schlimmeren Überschwemmungen, intensiveren und länger andauernden Hitze- und Trockenheitswellen, Ausdehnung der Wüsten und dem Anstieg des Meeresspiegels zwischen 28 und 43 cm bis 2100 erleben wird. Die Experten bestätigen noch einmal, daß der Klimawechsel durch menschliches Handeln, hauptsächlich vom Ausstoß der Gase mit Treibhauseffekt, provoziert worden ist. Die Emissionen der Autos und der Industrie – ganz überwiegend in den Ländern des Nordens der Erde – verursachen den Löwenanteil der Verschmutzung. Der schleunigste Industrialisierungsprozeß Chinas trägt ebenso dazu bei wie Mexiko, das bereits den 14. Rang in der weltweiten Liste einnimmt. Es folgt allerdings mit sehr weitem Abstand zum Hauptverschmutzer – den USA.

Dennoch konzentriert sich die Washingtoner Administration mit Hilfe gekaufter Wissenschaftler darauf, die Klimaveränderung und deren Ursachen zu bestreiten. Sie sucht damit ihre Weigerung zu rechtfertigen, den Produktions- und Konsumstil in den Vereinigten Staaten zu ändern. George W. Bush kündigte bei seinem Amtsantritt an, er werde die ohnehin schon sehr begrenzten Ziele des Kyoto-Protokolls, das im Rahmen der Vereinten Nationen erarbeitet und beschlos-

sen wurde, nicht erfüllen, weil dieses Klimaschutzabkommen die Interessen der USA-Industrie schädige. Am 25. Mai 2006 erklärte er der „New York Times“: „Hören wir mit der Debatte darüber auf, ob die Gase mit Treibhauseffekt von der Menschheit verursacht worden sind oder durch natürliche Ursachen: Wir werden uns ausschließlich mit den Technologien befassen, welche dieses Problem lösen können.“

In Bushs Technologiepaket befinden sich die Projekte der Georingenieurtechnik zur Manipulation des Klimas, um beispielsweise Orkane vom Kaliber „Catinas“ zu verhindern. Oder wenigstens auszuschließen, daß sie an die Küsten der USA gelangen, obwohl das Ergebnis nur darin bestehen könnte, daß sie dann die Nachbarländer verwüsten.

Die gewollte Manipulation des Klimas hat eine lange Geschichte, vor allem im Zusammenhang mit Kriegszielen. Die CIA ließ Experimente durchführen, um intensive und andauernde Regenfälle zur Zerstörung von Wegen und Ernten während der Kampfhandlungen in Vietnam und Kambodscha hervorzurufen. Sie bewogen die Vereinten Nationen zur Ausarbeitung der „Konvention über das Verbot von Techniken zur Veränderung der Umwelt mit militärischen und anderen feindlichen Zielen“ (ENMOD). Aber

die Vereinigten Staaten führen mit ihren Vorhaben fort. Ein Bericht der USA-Luftwaffe von 1996 mit dem Titel: „Das Klima als Multiplikationskraft: Beherrschung des Klimas im Jahr 2025“ schließt damit ab, daß dieses „für eine Dominanz auf dem Schlachtfeld bis zu einem nie zuvor vorstellbaren Grad sorgt“, und bezieht die Erlangung der Fähigkeit mit ein, feindliche Operationen zu zerschlagen, Stürme, Trockenheit und Trinkwasserknappheit hervorzurufen. Nach Angaben der Weltwetterorganisation führten 26 Regierungen im Jahr 2000 Experimente zur Klimaveränderung durch. Im Zeitraum 2003–2004 gaben 16 Regierungen Aktivitäten dieser Art zu. Doch weit mehr sind in Wirklichkeit darin verwickelt. Kriegsziele werden niemals ausgeschlossen, aber die Staaten schieben natürlich andere Motive vor.

Vielleicht ist die steigende Legitimierung solcher Mechanismen zur Rechtfertigung der Effekte des Klimawechsels, hinter der sich oftmals ganz anderes verbirgt, das Besorgniserregendste. Mexiko nimmt z. B. seit 1995 an Experimenten zur Fruchtbarmachung des Ozeans mit Eisenpartikeln teil, bei denen beabsichtigt wird, den Planktongehalt an der Meeresoberfläche zu erhöhen. Auf diese Weise würde das Kohlendioxid absorbiert, was theoretisch die Meerestemperatur absenken könnte, um die Bildung von Orkanen zu verhindern oder abzuschwächen. Obwohl man weiß, daß die Absorption nicht bleibend ist, gibt es schon Unternehmen, die dies kommerziell ausbeuten und „Kohlenstoffübernahmekredite“ für die angebliche Kohlendioxidaufnahme verkaufen. Darüber sind wissenschaftliche Studien in der Zeitschrift „Science“ veröffentlicht worden, in denen davor gewarnt wird, daß das Ausufern solcher Aktivitäten zu folgenschweren Wirkungen auf die Ökosysteme der Meere und alles, was von diesen abhängt, führen kann. Statt sich den realen Ursachen der Klimakatastrophe zu stellen, wird die Georingenieurtechnik nur neue Katastrophen zur Folge haben.

Silvia Ribeiro

Die Autorin ist Forscherin der Gruppe ETC. Übersetzt von Isolda Bohler



„Wissen Sie nicht, daß wir gegen die Umweltverschmutzung kämpfen?“ Aus: „Solidaire“, Brüssel

Globalisierte Superkonzerne teilen das Wasser unter sich auf

Die Privatisierung des Durstes

Im Jahr 2032 werden nach Prognosen der Weltweiten Versammlung für gewählte Volksvertreter und Bürger (AMECE) etwa 60 % der Erdbevölkerung in Gebieten „mit tiefgreifender Wasserknappheit“ leben. Experten errechneten, daß täglich 34 000 Menschen – davon 4 500 Kinder – sterben werden, weil sie keinen Zugang zu Trinkwasser haben. Derzeit konsumiert jeder Bürger Europas im Durchschnitt 110 Liter pro Tag.

Nach Einschätzungen der UNO gibt es gegenwärtig 1,3 Milliarden Menschen, die keinen angemessenen Zugang zu Trinkwasser haben. In Lateinamerika, der Region mit den meisten natürlichen Wasservorkommen, verfügen mehr als 130 Millionen Menschen über keine Trinkwasserversorgung in ihren Haushalten. Die fortschreitende Wasserknappheit wird mit der immer größeren Nachfrage in Verbindung gebracht. Der Marktwert dieser Ressource hat sich verdoppelt oder sogar verdreifacht. Deshalb versuchen führende kapitalistische Konzerne, die Wasserrechte in ländlichen Gebieten an sich zu reißen, um sie an die durstigen Großstädte zu verkaufen.

Nach Auffassung einer vom Europaparlament zu dieser Thematik im März 2007 einberufenen Versammlung treiben in den USA, wo die Wasservorräte „überausgebeutet sind und die Versorgung eines der großen Probleme in den kommenden Jahrzehnten sein wird“, Banken und Industriegruppen die Privatisierung der Quellen und den Handel mit Wasser systematisch voran. Sie lassen sich dabei vor allem von der Aussicht auf enorme Gewinne leiten, die erzielt werden könnten, wenn Wasser z. B. in großem Stil aus Kanada importiert würde.

In weniger als einem Vierteljahrhundert, so rechnet man, werden zwei Drittel der Weltbevölkerung keinen angemessenen Zugang zur Süßwasserversorgung mehr haben. In diesem Zusammenhang unterteilt man den Erdball bereits heute in „reiche“ und „arme“ Regionen.

International verdoppelt sich alle 20 Jahre die Nachfrage nach Süßwasser. Das geschieht in einem Rhythmus, der nach Auskunft der Weltbank das Zweifache der Wachstumsrate der Bevölkerung beträgt.

Als Ergebnis dieser Entwicklung wurden der Zugang zum Wasser und dessen Nutzung für den Kapitalismus, der den Planeten überwiegend beherrscht, zu einer Angelegenheit von höchster Priorität.

Es entstanden ein regelrechter Wassermarkt und eine entsprechende Wasserindustrie, die – wiederum nach Schätzungen der Weltbank – gegenwärtig auf eine Billion Dollar im Jahr taxiert werden.

Unter den Hauptgewinnlern befinden sich global operierende Superkonzerne mit mannigfaltig gestalteten Geschäftsaktivitäten, die Wasser als eine Dienstleistung anbieten oder es in Flaschen abgefüllt verkaufen, nachdem sie die Ressourcen in den armen und den Randgedrängten Ländern unter ihre Kontrolle gebracht haben.

So sieht sich beispielsweise die Bevölkerung Angolas – eines Landes mit gewaltigen Wasserreserven – gezwungen, den Bedarf seines Volkes durch Importe aus Italien zu decken. Drei gigantische Multis – die französischen Suez und Vivendi sowie die deutsche RWE-Thames – liefern inzwischen fließendes Wasser und die

dazugehörige Sanierung an 300 Millionen Kunden in mehr als 130 Ländern. Vor einem Jahrzehnt noch bediente dieses Trio „lediglich“ 51 Millionen Menschen in 12 Ländern.

Suez und Vivendi kontrollieren unterdessen mehr als 70 % der Wasserversorgung auf der ganzen Erde. Die drei globalisierten Superkonzerne befinden sich unter den 100 Weltunternehmen mit einer jährlichen Wachstumsrate von 10 %. Ihr Kapitalvolumen übersteigt das Volumen der meisten nationalen Wirtschaften, in die sie eingreifen.

Am besorgniserregendsten ist wohl die „üblichste“ Lösung, die Politiker der Länder mit natürlichen Trinkwasserquellen vorschlagen. Sie besteht darin, diese Ressourcen durch Lizenzvergaben den transnationalen Unternehmen auszuliefern, die sie wie „private Dienstleistungen“ handhaben.

Der Kampf der fortschrittlichen Kräfte geht darum, zu erreichen, daß die Wassernutzung weder gehandelt noch privatisiert werden darf.

IAR-Noticias/R. F.

Übersetzung: Isolda Bohler

Am **19. September**, um **19 Uhr** spricht der Vorsitzende des „RotFuchs“-Fördervereins, Botschafter a. D. **Rolf Berthold** im BraKuLa, Bramfelder Chaussee 265, in Hamburg Bramfeld.

Sein Thema:

Die VR China vor dem XVII. Parteitag der KP



Es ist offenbar geworden, daß der amerikanische Reifenhersteller Firestone die Flüsse in Liberia vergiftet. „Ein bißchen Gift – was soll’s? Ich schaffe Arbeitsplätze! Zeigt etwas Optimismus, zur Hölle!“

Aus: „Proletären“, Göteborg

Vor einigen Monaten lud der deutsche Botschafter in Chile, Dr. Peter Scholz – gewiß im Einvernehmen mit dem ehemaligen Geheimdienstkoordinator in Schröders Bundeskanzleramt und heutigen BND-Außenminister Steinmeier –, den Allerweltsschwätzer Joachim Gauck als Ehrengast nach Santiago ein. Der rechtskonservativen deutschen Kolonie war er als antikommunistischer Haßprediger höchst willkommen.

Aber weshalb tauchen solche Emissäre gerade in Chile auf? Es liegt vermutlich an den handfesten ökonomischen Interessen der BRD in der sich rasant entwickelnden Andenrepublik. Oder leiden die einstmals so glücklosen Geheimdienste in Pullach und anderswo noch immer darunter, daß Mitarbeiter der HVA des MfS nach dem Putsch Pinochets 1973 hochrangige chilenische Politiker – darunter den Generalsekretär der Sozialistischen Partei Carlos Altamirano – über Drittländer in die DDR ausschleusten?

Herrn Gauck ging auch in Lateinamerika der Vergleich zwischen der angeblichen „SED-Diktatur“ und der Schreckensherrschaft Pinochets leicht von den Lippen. Doch Tausende Chilenen, darunter ihre Präsidentin Michelle Bachelet, wissen um die „Unterschiede“: Die eigenen Erfahrungen mit den Junta-Geheimdiensten und die Eindrücke aus ihrer Lebensphase in der DDR bleiben für sie präsent.

Gauck schwadronierte an der „Universidad Católica“, wo Sprößlinge aus den Oberschichten für ihr künftiges Wirken an den Schalthebeln des chilenischen Staats- und Wirtschaftsgefüges abgerichtet werden, über „Verfolgung und Folter unter einer kommunistischen Diktatur“. Er suchte seinen Zuhörern den „Gewinn an Demokratie“ durch die Offenlegung der Akten des MfS vorzugaukeln. Warum aber hat der Mann aus Ostberlin in Santiago nicht vor den Angehörigen der bis heute Verschollenen und der Ermordeten gesprochen, um dort die Offenlegung der Akten der faschistischen Geheimdienste DINA und CNI zu verlangen?

In Argentinien, wo ebenfalls eine blutige Diktatur von USA-Gnaden jahrelang folterte und mordete, tat Herr Gauck kund, er habe über sich selbst bei der „Stasi“ eine 1 000 Seiten umfassende Akte gefunden. Was für ein Widerstandskämpfer! Oder hat der Kirchenmann etwa auch „Leichen im Keller“?

Es ist übrigens eine Tatsache, daß die Machthaber in der alten und „neuen“ BRD nach dem Zweiten Weltkrieg von ihnen aufgefundene Archive der deutschen Faschisten bis heute wohlweislich unter Verschluss halten. Schließlich beschäftigte man damals im Westen nicht nur einzelne „Spezialisten“. Ganze Geheimdienststrukturen der Nazis wurden intakt übernommen und funktionsfähig belassen. Man denke nur an den berühmten Apparat des Hitler-Generals Reinhard Gehlen.

Die Selbstdarstellung jenes Dienstes, welchen Herr Gauck zu leiten die „Ehre“ hatte, blieb während seines Besuchs in Lateinamerika recht unterbelichtet. Dabei hätte sich dieser Experte für Offenlegungsfra-

Was ein abgewrackter Haßprediger in Santiago zum Besten gab Der Gauckler auf Reisen

gen, da er nun schon einmal in Santiago war, dort auch für die Freigabe der Archive der BRD-Botschaft und des Auswärtigen Amtes stark machen sollen. Besonders der Schriftwechsel und die Akten aus der Zeit der Unidad Popular-Regierung Salvador Allendes und des Pinochet-Putsches hätten sicher etliches zutage gefördert. Auch wären bestimmt interessante Aufzeichnungen über die Praktiken und Verstrickungen der bundesdeutschen Residenturen mit der berühmten „Colonia Dignidad“ und ihres Vormannes Paul Schäfer zu finden gewesen. Es hätte dabei

vermutlich auch nicht an Spuren untergetauchter Nazis gefehlt.

Heute geht es den maßgeblichen Führungskreisen der BRD und des BND, die in der Person Außenminister Steinmeiers so trefflich zusammenfließen, um ganz andere „Werte“ als die Menschenrechtsduselei eines nach Chile entsandten Gaucklers. Bundesdeutsche Geheimdienste und Soldaten haben „die Aufrechterhaltung des freien Welthandels und den ungehinderten Zutritt zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt“ zu verteidigen, heißt es im „Weißbuch“ des Jung-Ministeriums vom vergangenen Jahr. **Rudolf Herz**

André Brie bläst zum Halali gegen Lafontaine

Der Spiegel“ veröffentlichte am 30. Juli ein Interview mit André Brie. Es erschien unter dem Titel „Denken in Schwarz-Weiß“. Da wäre es nützlich, wenn alle Mitglieder und Anhänger der Linken Bries eigenes „Denken in Schwarz-Weiß“ kennen würden. Tatsächlich handelt es sich um die öffentliche Teilnahme des „Vordenkers der Linken“ an der seit Wochen andauernden Diffamierungskampagne von BILD bis WELT gegen den Vorsitzenden der Linken, Oskar Lafontaine. Brie äußert sich in den Worten des „Spiegel“ über den „Populismus seiner Partei und den Rückfall in die bolschewistische Machtpolitik“. Das ist unmißverständlich.

Zunächst eine prinzipielle Bemerkung: Auf dem Dresdner Parteitag der SPD 1903 wurde beschlossen, daß SPD-Mitglieder nicht in der bürgerlichen Presse schreiben und von dort Honorare empfangen dürfen. August Bebel erklärte den Delegierten, er sei und bleibe der Todfeind der bürgerlichen Gesellschaft.

Jetzt nutzt Brie den „Spiegel“, dessen Platz er wohl kennt, um mit greller Stimme in den Chor derer einzufallen, die seinen Vorsitzenden mundtot oder handzahn machen wollen. Er attackiert Lafontaines Ablehnung des Afghanistan-Einsatzes der Bundeswehr, behauptet, dieser treibe „die Linke in eine Feindschaft zur Spitze der Sozialdemokratie“ und führe seine Partei in die außenpolitische Isolation. Wo waren solche „Argumente“ schon zu lesen? Sorgt sich „Der Spiegel“ so sehr um den Erfolg linker Politik?

Brie empfiehlt Lafontaine, er brauche „auch Opposition in der Partei“. Wer die Situation der Linken, insbesondere im Westen, nüchtern einschätzt, weiß genau,

daß ohne oder gegen „Oskar“ die Linke keine Basis hat.

Brie benutzt im Interview zwanzig mal das Wort „wir“ und „wir Linke“. In wessen Namen spricht er eigentlich? Wer ist jeweils gemeint? Beispiel: „Wir Linke haben Europa zu verteidigen.“ Welches „Europa“? Gegen wen? Brie behauptet: „Wir sind, was Europa betrifft, nicht internationalistisch genug.“ Für Afghanistan fordert er „Mitverantwortung“, das heißt den Bundeswehreininsatz. Brie verweist auf die sowjetische Intervention in Afghanistan. Rechtfertigt aber eine Intervention eine andere? Wohl kaum. Das ist juristisches Einmaleins.

Erstaunlich ist, daß Brie auch die Situation in der Dresdner Stadtorganisation der Linken zur Sprache bringt. Dazu wäre zunächst zu sagen, daß seine Frau Ingrid Matern als „Reformerin“ einige Zeit Stadtvorsitzende war und im Landtag bzw. Stadtrat saß und sitzt. Sie gehört zu den Einpeitschern des Verkaufs der WOBA-Kommunalwohnungen an einen USA-Konzern – eine Operation, vor der Lafontaine eindringlich gewarnt hatte. Die „Basis“, die Brie gegen Lafontaine ins Feld führen will, ist in Dresden weitgehend gelähmt und handlungsunfähig. Das ist, wie Hunderte früher aktive PDS-Mitglieder bezeugen können, die faule Frucht des Wirkens der „Reformer“. Die Bilanz wird man spätestens nach den nächsten Wahlen in Dresden ziehen können. Aber schon heute ist zu fragen, warum Brie diejenigen als Vertreter „bolschewistischer Machtpolitik“ denunziert, die sich dem neoliberalen Kurs widersetzen. Könnte es sein, daß er sich „Dresdner“ Zustände auch für Berlin wünscht? Was gewänne die Linke dabei?

Prof. Dr. Horst Schneider

Über Ignoranz und Kulturlosigkeit hallescher Denkmalsstürmer Angst vor der Geschichte?

Es ist an der Zeit, die Frage zu stellen: Wer fürchtet wessen Geschichte. Und warum? Darf einfach abgestritten werden, was die heute auch im Osten Herrschenden nicht gewollt haben?

Zu Zeiten der DDR dachte man da sehr viel großzügiger. Warum hat denn deren Führung das Standbild Friedrich II. schräg vor dem Hauptgebäude der Berliner Humboldt-Universität wieder aufstellen lassen? Etwa nur aus künstlerisch-ästhetischen Gründen? Gar aus überschwelliger Preußen-Verehrung? Oder war es vielmehr der Respekt vor der Historie, der da den Ausschlag gab? Und Scharnhorst, Stein, Blücher, Gneisenau – waren das alles Kommunisten, daß man ihre Büsten und Standbilder wieder auf Podeste hob? In Halle an der Saale hat man anderes im Sinn. Dort regiert der berüchtigte „Zeitgeist“. Die kommunale Politik ist bemüht, die in einem Jahrhundert des Kampfes der revolutionären Arbeiterbewegung entstandenen besten Traditionen der Vergangenheit auszulöschen und das von der DDR geförderte, weithin noch vorhandene Geschichtsbewußtsein zu zerstören. Erinnerungen sollen heute durch Bilderstürmerei, Beliebighkeitsdeutungen, kunst- und kulturfeindliche Denkmalsstürze getilgt werden. Weil es damals für ein sofortiges Vergessenmachen einfach noch zu früh war, verzichtete man gleich nach dem Anschluß der DDR an die BRD darauf, den Thälmannplatz seines Namens zu berauben und das Areal wieder auf den Chef des einstigen Riebeck-Konzerns zu taufen. Doch jetzt ist der Abriß der 1981 eingeweihten Büste des in Buchenwald ermordeten KPD-Vorsitzenden unweit davon angesagt worden. Vor zwei Jahren hatten die Stadtoberen bereits erwogen, daß das Denkmal einem Radweg weichen sollte. Doch ein so billiger Vorschlag war einfach zu dumm, um die Entfernung des ungeliebten Monuments zu begründen. So mußte eine andere Lösung gefunden werden. Nach der Neugestaltung der Hauptverkehrsstraße, die an dem in eine Spielbank der Kempinski-Hotellerie verwandelten einstigen Klubhaus der Gewerkschaften vorbeiführt, dominiert nun der zwei Meter hohe Sockel aus rotem Porphyrt mit dem Thälmannkopf aus Lausitzer Granit das Blickfeld. Dieser Aspekt ist so gar nicht nach dem Geschmack der Denkmalsstürmer. Ihr Mißbehagen treibt sie an, auch das letzte Mahnmahl der Arbeiterbewegung in Halle zu schleifen. Man will Thälmann in ein „Lapidarium“ des Stadtmuseums – wie der vorgesehene Platz ganz offiziell genannt wird – entsorgen und dort verfallen lassen. So geht die Bourgeoisie mit deutscher Geschichte um, wenn sie ihr nicht in den Kram paßt.

Selbst die stets ins Feld geführten klammen Stadtfinanzen haben die derzeitigen Verwalter der Saale-Metropole nicht

daran gehindert, ihre Attacke auf den zwar geschlagenen, aber immer noch präsenten Gegner aus Steuergeldern zu finanzieren. Die Demontage des berühmten halleschen Fäustemonuments am Thälmannplatz, das den revolutionären Arbeitergruß symbolisierte und in elf historisch bedeutsamen Jahreszahlen von der Oktoberrevolution 1917 bis zum DDR-Verfassungsreferendum 1968 deutsches und internationales Geschehen dokumentierte, ließ man sich eine gute Million Euro kosten. Kulturlosigkeit und Ignoranz bestimmten die Absicht, eine 40jährige Realität in den Staub zu stoßen. Unter dem Vorwand der Änderung des Verlaufs einer Straßenbahnstrecke wurde das vom Bildhauer Beberniß und vom Architekten Fliegel geschaffene Denkmal abgetragen. Die bürgerliche Journaille bezeichnete das Kunstwerk in der ihr eigenen rüden Sprache als „häßlichen Klotz“ oder „Betonklumpen“.

Dort aber, wo Abriß von in Stein gefaßter Geschichtsrächtigkeit nicht nötig ist, weil der Zahn der Zeit das Seine tut, wird der geschichtlichen Wahrheit und den Erinnerungen der Älteren mit wirklichkeitsfremden Deutungen entgegen gewirkt. Das gilt für den in SPD-Besitz befindlichen halleschen Volkspark. Die traditionsreiche Kundgebungsstätte der revolutionären Arbeiterbewegung Mitteldeutschlands beging im Juli ihr einhundertjähriges Bestehen. Jenen, welche sich um eine würdige Begehung dieses Jubiläums bemühten, hätte man gewünscht, dazu in der Lage gewesen zu sein, das von den Veranstaltern vorgegebene Motto vom Kopf auf die Füße zu stellen. Nicht Utopien, Legenden und Visionen kennzeichnen die Jahrhundertgeschichte dieses Hauses. Hier standen vielmehr bedeutsame Zielstellungen der deutschen Arbeiterklasse zur Debatte, erfolgverheißende, aber auch tragische Ereignisse. Erinnert sei nur an den Tod des „Kleinen Trompeters“

Fritz Weineck. Es ging um den bis heute nicht aufgegebenen Kampf für eine Welt ohne kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung. Eine Hundertjahr-Feier, die das, wie auch Herr Müntefering von der SPD in seiner Festrede, außer Acht ließ, konnte dem Anlaß nicht gerecht werden. Der hallesche Volkspark war keine „Kulisse des Klassenkampfes“, wie es mit geübter politischer Einfalt in der „Mitteldeutschen Zeitung“ hieß, sondern Schauplatz des Kampfes der Klasse. Pate standen dabei revolutionäre Arbeiter der Saale-Stadt, die für den Aufbau ihrer Trutzburg gegenüber der Villa des Bankiers Lehmann spendeten und sammelten. Die Schaffung des Volksparks war ein Sieg über den Klassenfeind. Hier ist die unvergessene und unbestreitbare Chronik harter sozialer und politischer Auseinandersetzungen im mitteldeutschen Raum abzulesen, die dem inzwischen weit nach rechts gerückten Sauerländer fremd blieb. So verfehlte er das Thema des Anlasses seiner Rede gründlich. Er fand kaum ein Wort über die Geschichte der traditionsreichen Lokalität, über Gegenwart und Zukunft.

Worauf die Zuhörerschaft wartete, wurde achselzuckend umgangen. Der einst mit Arbeitergroßchen geschaffene Versammlungsort ist so seines Vermächtnisses und seines Gebrauchswertes beraubt worden. Hier handelt es sich um einen Denkmalsabriß der besonderen Art.

Die Furcht vor der historischen Wahrheit treibt die neudeutschen Reaktionen und deren Helfershelfer um, läßt sie auf einer rigorosen Verleugnung der Geschichte der halleschen Arbeiterbewegung bestehen. Doch die Wahrheit ist ein hartnäckig Ding. Sie drängt immer mehr Menschen, vor allem im Osten, dazu, über ihre Vergangenheit und Gegenwart, über Richtiges und Falsches nachzudenken, um daraus die notwendigen Konsequenzen ziehen zu können.

Dr. Hans-Dieter Krüger



Sowjetische Panzer wurden auch in Chemnitz zum Symbol der Befreiung. Die Wut der zurückgekehrten Gestrigen entläßt sich jetzt an den stählernen Kolossen. Eingesandt von Günter Schmidt, Chemnitz

Wie sich Bushs CIA als Anwalt der Menschenrechte hervortut

Folter ohne Ende

Übergriffe und Gewalttaten von USA-Sondereinsatzkräften, CIA-Beamten, GIs und zivilen „Sicherheitsorganisatoren“ in Irak, Afghanistan und anderen Ländern sind Begleiterscheinungen des Handelns der Verfechter einer „Neuen Weltordnung“, wie sie Washington anstrebt. Kürzlich hat Präsident Bush die Skala erlaubter Folterpraktiken „modifiziert“. Fazit: Es bleibt alles beim Alten.

Die als „Vergeltung“ befohlenen Massaker an Einwohnern Falludschas und Hadithas, die Ermordung von Zivilisten durch Genickschuß in diesen irakischen Städten erinnern an „Bandenbekämpfung“-Methoden der SS in okkupierten Gebieten der Sowjetunion.

Solche terroristischen Übergriffe der USA-Besatzer erfolgen von Zeit zu Zeit. Alltäglich dagegen ist die durch „Spezialkräfte“ in Gefängnissen der U. S. Army angewandte Folter. Sie wird auch in ihr „partnerschaftlich verbundenen“ Ländern praktiziert.

Als die Ungeheuerlichkeiten im Abu Ghoreib-Gefängnis an die Öffentlichkeit drangen, beeilte sich das Pentagon, die barbarische Peinigung und Entwürdigung von Menschen herunterzuspielen. Von „krimineller Lustentfaltung einzelner“ war die Rede. USA-General Geoffrey Miller sprach vom „Fehlverhalten weniger Soldaten“. G. W. Bush meinte, es habe sich nur um „faule Äpfel in der Horde“ gehandelt.

Laut „Wall Street Journal“ gestand der Entwurf eines Pentagon-Gutachtens Präsident Bush das Recht zur Erteilung von Folterbefehlen ausdrücklich zu. Dem Oberbefehlshaber obliege es, den Einsatzkräften zu gestatten, bei Verhören „physische und psychische Mittel“ anzuwenden. Armeeangehörige, die diesem Befehl nachkämen, könnten strafrechtlich nicht verfolgt werden.

Aufschlußreich ist auch, daß sich USA-Justizminister John Ashcroft weigerte, näher auf ein Rechtsgutachten einzugehen, in dem Regierungsjuristen die Folterung von Gefangenen unter bestimmten Umständen als zulässig bezeichnet hatten.

Nach Berichten von USA-Medien waren Experten des Justiz- und des Verteidigungsministeriums 2002 und 2003 in Gutachten zu dem Schluß gekommen, „daß der Präsident nicht zwangsläufig an völkerrechtliche Vereinbarungen zum Folterverbot gebunden“ sei. Bei Verhören könnten „bestimmte Methoden im Rahmen des Antiterrorkrieges zulässig sein“, wenn es darum gehe, „von Gefangenen Informationen zur Anschlagsverhinderung zu erhalten“. Mitarbeiter des USA-Justizministeriums hatten im August 2002 ein von ihnen ausgearbeitetes Memorandum vorgelegt, das der CIA als „rechtliche Grundlage“ für den Umgang mit Gefangenen diene.

Der ehemalige Oberkommandierende der USA-Besatzungstruppen in Irak, Generalleutnant Ricardo Sanchez, billigte laut „Washington Post“ auch „extreme Verhörmethoden“. Er hatte mehrfach das Abu Ghoreib-Gefängnis „aufgesucht und dabei die dort angewandten Techniken persönlich gutgeheißen“. Die „New York Times“ berichtete, daß die Foltermethoden der CIA vom Justizministerium sanktioniert und durch die Bush-Administration genehmigt worden seien. Der damalige Pentagon-Chef Donald Rumsfeld gab eine Anordnung über zulässige „Praktiken“ heraus. Die Erfahrungen bei Operationen gegen vermeintliche Al Quaida-Angehörige in Afghanistan erschienen ihm so beispielhaft, daß er sie, so „The New Yorker“, auf Verhörlager in Irak übertragen ließ. Rumsfeld betonte, man müsse „alles tun, um Drahtzieher dingfest zu machen“ und man könne sich dabei, „wenn nötig, auch die Hände schmutzig machen“.

An der für lateinamerikanische Militärs eingerichteten „School of the Americas“ in Fort Benning – sie wurde 2001 in „Western Hemisphere Institute for Security Cooperation“ umbenannt – werden Hörer seit vielen Jahren in Foltertechniken auf der Grundlage streng vertraulicher Lehrbücher unterwiesen.

Die in Irak üblichen Methoden sind, wie „The Guardian“ nachwies, einem aus den 80er Jahren stammenden Manual (Handbuch) der CIA für Honduras entliehen.

Thomas Blanton, Direktor des National Security Archive an der hauptstädtischen George Washington University, bestätigte, die Mißhandlungen im Abu Ghoreib-Gefängnis lehnten sich „an die Vorgaben der Folterausbildung an, wie sie die CIA in Honduras und Guatemala durchgeführt hatte. Sie erinnerten auch stark an das Kubark-Folterhandbuch. Die darin geschilderten Verfahren wurden in den 60er Jahren in Vietnam angewandt“.

Selbst Angestellte privater Sicherheitsunternehmen werden auf der Grundlage solcher Manuals ausgebildet. Die Erniedrigung und Entwürdigung von Menschen

durch Militärgeheimpolizisten, CIA-Beamte und zivile Kräfte wird „moralisch gerechtfertigt“. Die Folterer betrachten ihr Handeln als „gottbefohlen“. Kein Wunder, wenn jeder zehnte in Irak eingesetzte GI zugibt, schon mal Zivilisten mißhandelt zu haben. Oder wenn jeder dritte Angehörige der U. S. Army „Vergeltungsakte“ für rechtmäßig hält.

An nahezu 800 Gefangenen aus über 30 Ländern konnte sich das Wachpersonal im Abu Ghoreib-Gefängnis seit Anfang 2002 mit Prügeln, Elektroschocks und anderen Methoden „abreagieren“. Bisher gab es in Guantánamo über 40 Selbstmordversuche von Insassen. Einige davon endeten tödlich. Zynisch kommentierte der Befehlshaber des USA-Stützpunktes auf Kuba, Konteradmiral Harry Harris, das Bestreben von Gefangenen, sich den jahrelangen Qualen zu entziehen: „Sie haben keinen Respekt vor dem Leben ...“

Ein solcher „Geist“ gedeiht in der Truppe, wenn Washington permanent die Mißachtung der elementarsten Menschenrechte und des gesamten Völkerrechts demonstriert.

USA-Präsident Bush schmetterte eine Grundsatzentscheidung des Obersten Gerichts der Vereinigten Staaten wie selbstverständlich ab. Der Supreme Court hatte befunden, der Staatschef habe mit der Errichtung von Militärtribunalen und der Unterstellung von Gefangenen unter deren Gerichtsbarkeit seine Rechte überschritten. Bush entschied, daß alles so wie angeordnet zu bleiben habe. Die in Guantánamo Gefangenen würden weiterhin als „feindliche Kämpfer“ betrachtet. Die berühmte Folterhöhle bleibe erhalten.

Damit nicht genug – in übelste Praktiken verwickelte Kommandanten wurden sogar provokatorisch ausgezeichnet. General Geoffrey Miller, von 2002 bis 2004 oberster Aufseher über Guantánamo, erhielt bei einem „Festakt“ im Pentagon einen der höchsten Militärorden der USA. General Banto John Craddock, dem das Lager unterstand, wurde als neuer NATO-Oberbefehlshaber ausgewählt.

Die imperialistische Hauptmacht und deren Administration betrachten die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte vom 10. Dezember 1948, das gleichfalls von der UNO beschlossene „Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe“ von 1984 und das „Zusatzprotokoll zu den Genfer Abkommen vom 12. August 1949 über den Schutz der Opfer internationaler bewaffneter Konflikte“ als Makulatur.

Doch der weltweite Protest und der Widerstand gegen die Verhöhnung gültiger internationaler Prinzipien durch Bush und seine Kamarilla wachsen ständig.

Prof. Dr. Georg Grasnick

Die **Regionalgruppe Berlin des RF-Fördervereins** lädt für den **14. September um 16.30 Uhr** in die Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Torstraße 203–205, herzlich ein.

Der frühere DDR-Diplomat in der CSSR **Klaus Kukuk** spricht über das Thema:

**Der „Prager Frühling“
im Widerstreit
der Meinungen**

Gäste sind sehr willkommen.

Türkei: Zusammenprall zweier Fraktionen der Bourgeoisie

Religionskonflikt nur vorgetäuscht

In der Türkei haben am 27. Juli Parlamentswahlen stattgefunden, aus denen Erdogans AKP als eindeutiger Sieger hervorgegangen ist. Sie gilt als prowestlich und auf die EU orientiert, während die als zweite Hauptkraft agierende „kemalistische Opposition“ vor allem die amerikanische Karte spielt.

Niemand erfährt aus den fragmentarischen und tendenziösen Berichten der Medien, was in der Türkei tatsächlich vor sich geht: Die latente Krise beruht keineswegs auf dem Zusammenprall des Blocks der hauptsächlich von der Armee angeführten „laizistischen“ Kräfte und der regierenden Partei der Gerechtigkeit und der Entwicklung (AKP), deren angeblich islamistische Neigungen sie zu dem Wunsch verleiten sollen, einen Gottesstaat zu errichten.

In Wirklichkeit hat der Konflikt wenig oder gar nichts mit der Aufgliederung in Säkularismus und Islamismus zu tun. Handfeste ökonomische und politische Interessen bilden den Hintergrund. Die Massendemonstrationen der vergangenen Monate und die Drohungen des Armeestabschefs, General Yasar Buyukanit, wie 1980 eine Militärdiktatur zu errichten, lassen das erkennen.

Die AKP gewann schon 2002 mit überwältigender Mehrheit die Wahlen, was ihr allein zu regieren gestattete. Sie erschien als neue Partei, obwohl einige ihrer Führer von der illegalisierten islamischen Tugendpartei kamen. Parteichef Erdogan übte zwischen 1994 und 1998 das Amt des Istanbul-Bürgermeisters aus, wobei er eine von vielen anerkannte Arbeit leistete. Seine Unterstützer suchten einen Ausweg aus der tiefen Wirtschaftskrise, der Massenarbeitslosigkeit, der galoppierenden Inflation und der alles durchdringenden Korruption. Während der Premier mit einem gewissen Wohlwollen betrachtet wurde, präsentierte sich die AKP als eine weltliche, moderate und den westeuropäischen Christdemokraten nahestehende Partei auf moslemischer Grundlage. Beweis dafür war ihre Bewerbung um den Eintritt in die Europäische Volkspartei, wo sie 2005 den Beobachterstatus erhielt. Als politisches Hauptziel strebt die AKP den Beitritt der Türkei zur EU an. Sie setzte Reformen durch, soweit ihr das der laizistische Sektor erlaubte, an dessen Spitze der Präsident der Republik steht. Das USA-Wochenmagazin „Newsweek“ sprach sogar von der „offensten, modernsten und liberalsten politischen Bewegung in der Geschichte der Türkei“.

Tatsächlich setzte sich Erdogan unverhohlen für neoliberale Anliegen in ihrer EU-Version ein, während seine politischen Gegner „europäischen Enthusiasmus“ zur Schau stellten und ihre ultranationalistische Ideologie zu kaschieren suchten, wenn Verhandlung über irgendeine für die Türkei relevante Fragen anstanden.

Die großen türkischen Medien bezeichnen die AKP als Partei der Islamisten, die begierig seien, das weltliche (säkulare) System der Türkei abzuschaffen und präsentieren die Laizisten als Förderer der Modernisierung, einer Annäherung

an den Westen und Verteidiger der Konfessionslosigkeit. Tatsächlich geht die Gefahr sowohl von den Verfechtern des uneingeschränkten freien Marktes und der Strukturanpassungen an den Internationalen Währungsfonds als auch von den ultrarechten Säkularen aus, die genauso die ethnischen Minderheiten, die bürgerlichen Freiheiten und den Volkswillen verachten.

Der nach dem Staatsgründer Kemal Atatürk benannte kemalistische Sektor – das Rückgrat der Armee und ihr Nahestehender – ist ein Gemisch, das von den Sozialdemokraten bis zu den Ultranationalisten reicht. Er kontrolliert wichtige Sphären des Staatsapparats und einen bedeutenden Teil des sehr einflussreichen Dachverbandes der Industrie und der Unternehmer der Türkei (TUSAID).

Bis jetzt war die Armee ein überall präsender und unantastbarer Machtfaktor, der seine Pläne hinter dem Rücken der Regierungen schmiedete. Sie setzte immer ihre Ziele durch, entweder per Gewalt oder auch mit Hilfe eines „weichen Putsches“. Mit dem Machtantritt des AKP-Kabinetts haben die Streitkräfte (TSK) ihre Rolle als „Schiedsrichter“ nicht aufgegeben.

Sie verkörpern eine mächtige Militärmaschine im Rahmen der NATO, die quantitativ nur von den USA übertroffen wird. Die Erneuerung der Kampftechnik gilt seit Jahrzehnten als nationale Priorität. Neuanschaffungen wurden von den Armeebefehlshabern stets selbst in Auftrag gegeben, ohne parlamentarische Kontrolle. Tatsächlich wird der Militärhaushalt, der 5 % des BIP beträgt, vom Generalstab vorgelegt. Die Legislative nickt ihn dann durch.

Eine Kostprobe für die Autonomie des Militärs war die Unterzeichnung einer Übereinkunft mit Israel im Jahre 1996. Sie ermöglicht es zum Beispiel den Luftstreitkräften Tel Avivs, den türkischen Luftraum zu nutzen. Im September 2002 kündigte die türkische Regierung die Modernisierung von 170 Panzerkampfwagen M-60 durch israelische Unternehmen an. Die strategische Allianz mit den USA gestattet den türkischen Militärbefehlshabern privilegierte Beziehungen zum Pentagon und den Zugang zu Waffensystemen, die nur an auserwählte Alliierte geliefert werden.

Die TSK mischten sich über verschiedene Institutionen besonders durch den Nationalen Sicherheitsrat massiv in die Angelegenheiten der Exekutive ein. Dieser war nach dem Staatsstreich von 1960 geschaffen worden und stellte jahrelang eine authentische Schattenregierung dar. Bis zum Amtsantritt Erdogans bestand er mehrheitlich aus Generälen. Der Rat

war befugt, jegliche Angelegenheit zu behandeln. De facto konnten die Stabschefs Gesetzestexte modifizieren und Gesetzesinitiativen lähmen. Seit Juli 2003 verlor er an Gewicht und büßte seine militärische Mehrheit ein.

Die Erdogan-Regierung hat auch mit der Beteiligung von Generälen am Audiovisuellen Hohen Rat und am Hohen Rat für Erziehung Schluß gemacht. Der Rechnungsgeschichtshof wurde autorisiert, Einblick in den Verteidigungsetat zu nehmen. Das Gesetz über die Militärtribunale wurde reformiert. All dies vertiefte den Graben zwischen Laizisten und Islamisten..

In der türkischen Wirtschaft bilden die TSK ein eigenes Unternehmerkartell, das am Rand geltender Normen operiert. Die Militärs stellen eine Kaste für sich dar – mit einem Studienprogramm außerhalb der Kontrolle des Erziehungsministeriums und mit besonderen Privilegien: Sie bekommen mehr Geld als andere, besitzen eine bessere Sozial- und Krankheitsversorgung, erhalten Vorzugskredite, verfügen über Hotel- und Freizeitinfrastrukturen mit beschränktem Zutritt.

Die Ernennung des jetzigen Stabschefs, General Yasar Buyukanit, fand im August 2006 statt, aber sie begann sich Monate zuvor bei dessen Besuch in den USA abzuzeichnen, wo diesbezügliche Absprachen getroffen wurden. Obwohl die Bush-Regierung ihr den Segen gab (Buyukanit ist ein überzeugter Prozionist im „Krieg gegen den Terror“), erhob Erdogan Bedenken gegen die Beförderung. Seitdem übte der General wiederholt harsche Kritik am Kurs der Regierung, sowohl an deren Außenpolitik als auch an innenpolitischen Entscheidungen. So zog er die These Erdogans, der kurdische Konflikt müsse politisch gelöst werden, in Zweifel.

Die TSK waren der hauptsächlich Anstifter der „antikonfessionellen“ Proteste, die mit Religionsfragen wenig zu tun hatten. Unterdessen sind die Medien nicht davon abgegangen, die Legende vom „verborgenen islamistischen Plan“ der AKP zu wiederholen, wobei sie die Propaganda der Kemalisten nachbeten. Niemand aus diesen Kreisen erinnert daran, daß die türkische Armee, die sich selbst als „Garanten des Säkularismus“ bezeichnet, keinen Augenblick zögerte, die mit Teheran verbundene kurdisch-islamische Gruppe Hezbollah zu unterstützen, als sie gegen die linke Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) mit Morden und Entführungen vorging. Zum Beweis ihrer islamischen Neigungen wird die Tatsache angeführt, daß die Frauen Erdogans und Güls (des bisherigen Außenminister und letzten AKP-Präsidentschaftskandidaten) ein Kopftuch tragen, das etwa 55 % der Türkinnen an-

legen. Wer aber erinnerte daran, daß die Organisatoren der Massendemonstrationen gegen Erdogan enge Verbindungen zu den Anstiftern der jüngsten politischen Morde an dem italienischen Priester Andrea Santoro (Februar 2006), dem türkischen Journalisten armenischer Herkunft Hrant Dink und drei Mitarbeitern eines christlichen Verlages in Malatya unterhielten?

Die Türkei erlebt gegenwärtig erbitterte Auseinandersetzungen zwischen zwei bürgerlichen Richtungen, die dem Land

ihr jeweiliges Modell aufzwingen wollen. Während die AKP, wie es scheint, danach trachtet, durch Reformen eine „demokratische“ Anerkennung seitens der EU zu erlangen, will die Opposition diesen Prozeß gemäßiger Veränderungen abbremsen, um ihre Privilegien zu behaupten.

Das Panorama für die Linke und die Arbeiterklasse ist ziemlich düster. Der ewigen Repression, der Härte der Arbeitsbedingungen, der Rechtlosigkeit und dem Fehlen sozialer Absicherungen ist nach dem Wahlsieg der AKP noch das riesige

Privatisierungsprogramm hinzuzufügen, das die Regierung bisher zurückgestellt hatte.

Ein Lichtblick: In das türkische Parlament sind mindestens 21 Vertreter linker und demokratischer Kräfte aus Kurdistan sowie einige weitere unabhängige Abgeordnete eingezogen.

Antonio Cuesta

Übersetzt von Isolda Bohler

Unser Autor ist Korrespondent der Nachrichtenagentur Prensa Latina in der Türkei.

Venezuela: Klassenkampf im Äther

Ende Mai lief die gesetzlich geforderte Lizenz für Radio Caracas Television (RCTV) –Venezuelas größtes Netz von Rundfunk- und Fernsehsendern – ab. Präsident Hugo Chávez weigerte sich, die abgelaufene Zulassung zu verlängern. Seine Entscheidung löste bei den inneren und auswärtigen Gegnern der in Angriff genommenen Umgestaltungen einen Sturm der Entrüstung aus. Wieder einmal wurden Freiheit und Menschenrechte, auf denen die Bourgeoisie sonst nach Belieben herumzut trampeln pflegt, ins Feld geführt.

Was ist tatsächlich geschehen?

Der RCTV wurde die Verlängerung der Lizenz lediglich für Übertragungen im VHF-Bereich – es handelt sich dabei um über Antenne empfangbares Fernsehen – nicht gewährt. RCTV-Sendungen via Kabel und Internet sowie zwei landesweit operierende Rundfunkanstalten der Kette sind von der Entscheidung nicht betroffen. Die Urheber der „internationalen Protestkampagne“, an der sich auch die BRD-Medien lautstark, versuchten den Eindruck zu erwecken, Chávez habe jeglicher Pressefreiheit in Venezuela den Hahn abgedreht. Doch die meisten Zeitungen und Stationen befinden sich nach wie vor im Besitz oligarchischer Machtgruppen. 80 % aller Sender im VHF-Bereich sind weiterhin in Privathand. Im UHF-Bereich ist sogar von 82 % auszugehen. Ihre Programme verbreiten überwiegend Haß auf die Regierung. Bei Zeitungen und Zeitschriften ist die Lage noch gravierender: Fast 98 % der Gesamtauflage werden von kapitalistischen Unternehmen kontrolliert.

Wenn Präsident Chávez im Falle von RCTV die Verfügung über die Lizenzvergabe für Fernseh- und Radiosender vom 27. Mai 1987 anwandte und die Zulassung der Kette einschränkte, dann tat er das in dem Wissen, daß diese Desinformationszentrale den CIA-gelenkten Staatsstreich vom April 2002 gegen Venezuelas legitime Regierung inszeniert und koordiniert hatte. Von der RCTV war damals der Appell zur Liquidierung revolutionstreuer Medien wie des einzigen Staatssenders ergangen. Während des Putsches, der den Unternehmerpräsidenten Carmona für 48 Stunden zum Staatschef ausrief, hatte Vizeadmiral Ramírez Perez im Fernsehen erklärt: „Wir besitzen eine tödliche Waffe: die Medien.“ Übrigens wurde keine der vier an der gescheiterten Aktion gegen

Chávez beteiligt gewesen Stationen in den darauf folgenden Jahren dichtgemacht.

Aufschlußreich ist auch die Tatsache, daß die großbürgerliche chilenische Tageszeitung „El Mercurio“, die 1973 vor dem Putsch Pinochets gegen Salvador Allende die Schlüsselrolle gespielt hatte, jetzt das Kesseltreiben gegen Caracas koordinierte. Das rechtslastige Blatt steht an der Spitze eines in ganz Lateinamerika operierenden Kartells, zu dem elf die öffentliche Meinung beherrschende Zeitungskonzerne gehören, die ihre abgestimmte Kanonade auf Chávez und dessen Mitstreiter richteten.

Einer Studie des spanischen Journalisten David Cariacedo ist zu entnehmen, daß in den letzten Jahren weltweit 293 Medien der Massenkommunikation geschlossen worden sind – oft durch Nichtverlängerung ihrer Lizenzen. In 21 Ländern mußten deshalb 77 Fernseh- und 159 Radiostationen die Übertragung einstellen. Allein im Venezuela benachbarten Kolumbien betraf das 76 lokale Rundfunksender.

Die Chávez-Regierung hat die Frequenzen von RCTV inzwischen einem neuen

Fernsehsender, der die Interessen des Bolivarischen Venezuela vertritt und von unabhängigen Produzenten gestaltet wird, übergeben.

Und auch das sollte man wissen: Einen wichtigen Part spielen in Venezuela die ihrer Zahl nach rasch zunehmenden örtlichen Emisoras. 2002 gab es 13 mit staatlicher Lizenz, im Juni 2005 waren es bereits 170, während etwa 300 weitere Sender ohne Zulassung operieren. Ihre Gründer sind meist lokale Komitees der Einwohner des jeweiligen Viertels oder Gebiets, so z. B. indianische Gruppen in der Amazonas-Region oder Bauernverbände in den Anden. 1999 verabschiedete die venezolanische Nationalversammlung ein Gesetz, das diesen Stationen Existenzrechte einräumte. Inzwischen hat eine nationale Vereinigung alternativer und örtliche Medien ihre Tätigkeit aufgenommen. Besonders makaber ist die Tatsache, daß die riesigen kapitalistischen Meinungsmanipulierer Venezuelas jetzt die oft winzigen Emisoras anklagen, sie würden die Geschäfte des Staates besorgen und „einseitige“ Propaganda verbreiten.

R. F., gestützt auf „Granma Internacional“, Havanna, und „Solidaire“, Brüssel



Kubanischer Germanist über Goethe

Manuel de la C. García Paz, geboren 1960, hat jetzt ein aufschlußreiches Buch mit Texten von Goethe herausgebracht. Er lebt in Morón, Kuba. Seit seiner frühesten Jugend schreibt er „Espinelas“, eine in seiner Heimat übliche spanische Dichtungsform, genannt „Bauernstanze“. García Paz studierte fünf Jahre Maschinenbau sowie Deutsch und deutsche Literatur an der Universität Leipzig. Anschließend arbeitete er mehrere Jahre als Dolmetscher und Deutschlehrer. Heute ist er in Kuba als Reiseleiter tätig.

Der mehrere Sprachen beherrschende Kubaner hat kleine Poesien, Strophen und einzelne Verse Goethes ausgewählt und zusammengestellt. Gekonnt hat er sie ins Spanische übertragen und macht sie so auch den Menschen Lateinamerikas zugänglich.

Verlag/Editorial: Books on Demand, ISBN 978-3-8334-9370-6

Internet: www.InZweiZeiten.de

Wie man in China den „demokratischen Sozialismus“ sieht Prinzipielle Unterschiede

Die Pekingische Volkszeitung (Renmin Ribao) bezieht sich auf einen Leserbrief zu der Frage: Wie ist der demokratische Sozialismus zu beurteilen, worin besteht der prinzipielle Unterschied zum wissenschaftlichen Sozialismus und zum Sozialismus chinesischer Prägung. Sie antwortet wie folgt:

Der demokratische Sozialismus, auch Sozialdemokratismus genannt, hat seinen Ursprung im 19. Jahrhundert. Nach dem Tode von Engels (1895) wandelte sich der Sozialdemokratismus unter dem Einfluß von Bernstein und Kautsky in eine Ideologie zur Reformierung des Kapitalismus auf parlamentarischem Wege im Rahmen des Kapitalismus. In den 50er Jahren des 20. Jahrhunderts waren die Sozialdemokraten der Auffassung, daß man die „Demokratie“ des Sozialdemokratismus herausheben müsse und haben deshalb die Bezeichnung dieses ideologischen Systems von Sozialdemokratismus in demokratischen Sozialismus umgedreht. Beginnend mit den 90er Jahren des 20. Jahrhunderts haben die Sozialdemokraten die Benennung in „Sozialdemokratismus“ umgewandelt, um klar zu machen, daß es sich nicht um einen (demokratischen) „Sozialismus“ handelt, sondern um eine Art des sozialen „Demokratismus“.

Der wissenschaftliche Sozialismus und der demokratische Sozialismus sind zwei unterschiedliche ideologische Systeme. Zwischen ihnen bestehen prinzipielle Unterschiede:

1. Hinsichtlich der Haltung zum Marxismus: Für den wissenschaftlichen Sozialismus ist der Marxismus die Leitideologie. Der demokratische Sozialismus hat sich anfangs zum Marxismus bekannt, aber schrittweise die Pluralisierung der Leitideologie zu seinem ideologischen Programm gemacht.

2. Hinsichtlich der Haltung zum Sozialismus: Der wissenschaftliche Sozialismus betont, daß nur durch die Errichtung der sozialistischen Ordnung letztendlich Glück, Befreiung, Demokratie und Freiheit des Volkes realisiert werden können. Gleichzeitig unterstreicht er, daß der Sozialismus alle Errungenschaften der Zivilisation

der Menschheit in sich aufnimmt. Der demokratische Sozialismus indes hat sich von der anfänglichen Zielstellung der Errichtung der sozialistischen Ordnung schrittweise dahin verändert, daß Sozialismus lediglich einen Wert darstellt, nach dem man strebt; er negiert die historische Notwendigkeit der Errichtung der sozialistischen Ordnung.

3. Hinsichtlich der Haltung zum Kapitalismus: Der wissenschaftliche Sozialismus vertritt die Auffassung, daß es für die Existenz des Kapitalismus eine historische Notwendigkeit und eine reale Grundlage gibt, daß ihm aber angeborne Widersprüche innewohnen, die er selbst nicht lösen kann. Die Ablösung des Kapitalismus durch den Sozialismus ist eine notwendige Tendenz der historischen Entwicklung der Gesellschaft. Der demokratische Sozialismus vertritt die Auffassung, daß die Beseitigung des Privateigentums durch demokratische Kontrolle der Wirtschaft ersetzt werden kann, daß mit sozialer Sicherheit und einem sozialen Wohlfahrtssystem die

inneren Widersprüche des Kapitalismus entspannt werden können.

Der Sozialismus chinesischer Prägung nahm im langen Prozeß des Aufbaus und der Reform des Sozialismus durch die Forschungsarbeit der chinesischen Kommunisten schrittweise Gestalt an. Er unterscheidet sich prinzipiell von der Theorie und Praxis des demokratischen Sozialismus.

Er hält an der leitenden Stellung des Marxismus fest. Es gibt keinen Pluralismus hinsichtlich der Leitideologie. Verbunden mit dem Neuen in der Praxis erfolgt die Anwendung des Marxismus auf die Bedingungen in China. Der sich entwickelnde Marxismus gibt die Orientierung für die Praxis. Der Sozialismus chinesischer Prägung hält an seinem politischen Entwicklungsweg fest, an der Führung durch die KP Chinas. Er betreibt keine westliche Dreiteilung der Macht und kein westliches Mehrparteiensystem. Er besteht auf der Wirtschaftsordnung der sozialistischen Marktwirtschaft, der grundlegenden wirtschaftlichen Ordnung der gemeinsamen Entwicklung verschiedener Eigentumsformen mit dem sozialistischen Gemeineigentum als Hauptbestandteil. Er beharrt auf dem Nebeneinanderbestehen verschiedener Verteilungsformen mit der Verteilung nach der Leistung als Hauptform. Er hält am Vorwärtsschreiten der fortgeschrittenen sozialistischen Kultur, an der Schaffung eines sozialistischen Wertesystems fest.

Die Praxis beweist, daß der Sozialismus chinesischer Prägung auf der Situation des Landes aufbaut und der Epoche gerecht wird. Es ist der notwendige Weg des nationalen Aufschwungs unseres Landes und des Erstarkens des Staates. Der demokratische Sozialismus wirkt zwar in einigen Punkten für die Errichtung des Sozialismus chinesischer Prägung inspirierend, aber beide sind zwei völlig unterschiedliche ideologische Systeme und Entwicklungswege. Sowohl aus historischer als auch aus aktueller Sicht entspricht der demokratische Sozialismus nicht der chinesischen Situation.

Aus Renmin Ribao, 10. Mai 2007

Übersetzung: Rolf Berthold



Repräsentant einer „gebildeten Nation“

Herzlich gratulieren Redaktion und Vereinsvorstand unserem langjährig verdienten Autor

OBERSTLEUTNANT A. D.

Günter Freyer

aus Berlin zum **75. Geburtstag** am **30. September**.

Als Offizier der Grenztruppen, Militärjournalist und Mitarbeiter des Bauministeriums der DDR hat er sich große Verdienste erworben.

Unser solidarischer Gruß gilt auch seiner stets für den „RotFuchs“ einsatzbereiten Sekretärin, unserer engagierten Leserin

Bärbel Oberpichler

die am **3. September** ihren **65. Geburtstag** begeht.

Herzliche „RotFuchs“-Grüße gehen an

Lotti Oertel aus Berlin,

die am **1. Oktober** ihren **75. Geburtstag** begeht.

Die ehemalige Richterin am Obersten Gericht der DDR setzt sich seit vielen Jahren aktiv für den „RotFuchs“ ein.

Griechenlands Reaktion will die Rolle der Volksbefreiungsarmee ELAS kleinreden Wie sie die Geschichte verdrehen

Während des Zweiten Weltkrieges wurde Griechenland innerhalb von knapp vier Jahren dreimal durch Truppen der damals Mächtigen besetzt. 1941 griff der italienische Faschismus, der in den Bergen Albanien zunächst zurückgeschlagen worden war und des Beistandes von Nazi-Deutschland bedurfte, unser Land an. Nur zwei Jahre später brach die Militärmacht Mussolini-Italiens, der die „Verantwortung“ für den größten Teil der besetzten Gebiete Griechenlands eingeräumt worden war, unter den Schlägen unserer Volksbefreiungsarmee ELAS (deren führende Kraft die KP Griechenlands war – RF), zusammen. In diesem Teil entstand das Freie Griechenland. Wenige Monate später ergaben sich der ELAS größere italienische Verbände – darunter eine komplette Division.

Im Herbst 1943 eröffneten die deutschen Hitlerfaschisten eine großangelegte Operation, um durch die ELAS befreite Territorien zurückzuerobern. Die Chronik des militärischen Vorgehens der 117. Gebirgsjägerdivision der deutschen Wehrmacht, deren Archive vor der Vernichtung gerettet werden konnten, stellte den Feldzug zur Wiedereinnahme des Nord-Peloponnes im Herbst 1943 und im anschließenden Winter umfassend dar. Es handelte sich um ein hartes Unternehmen, das den ehrgeizigen Mochtägern-Eroberern große Anstrengungen abverlangte und auf beiden Seiten viel Blut kostete. Ähnliche Strafexpeditionen haben damals in fast jedem Winkel Griechenlands stattgefunden. Die ELAS wußte jedoch ihre Gebiete zu verteidigen. Sie warf die Nazis zurück und bewahrte die bereits errichtete Volksmacht vor der Liquidierung durch die Faschisten.

Um die ELAS schließlich zu unterwerfen, bedurfte es konzentrischen Vorgehens ausländischer Interventionen gegen Hellas. Im Dezember 1944 und im Januar 1945 unternahmen die Briten einen Feldzug mit mehr als vier Divisionen – insgesamt handelte es sich um mehr als 100 000 Mann. Das waren doppelt so viele Soldaten wie sie London im Jahr 1941 entsandt hatte, um die Abwehr Griechenlands und Jugoslawiens gegen den deutschen Einfall zu verstärken. Diese große Streitmacht wurde jetzt eingesetzt, um die ELAS bei den Kämpfen in Athen zu überwältigen und den Griechen für die Zukunft das Reglement des Imperialismus aufzuzwingen. Es folgten der Vertrag von Varkiza, der die Entwaffnung der ELAS vorsah, und bald darauf dann eine andere Operation gegen den Nationalen Widerstand (es handelte sich in der Folge um die Zerschlagung der Demokratischen Armee, die erst nach Jahren des Bürgerkrieges gelang – RF). Dieses Vorhaben setzt sich, im Grunde genommen, bis in unsere Tage fort, was die Größe der Ausstrahlung jener Kämpfe und

Errungenschaften bezeugt. Sein Zweck besteht heute darin, die historischen Tatsachen kleinzureden und zu verfälschen, die Geschichte der ELAS und des Nationalen Widerstandes in einer Art zu verdrehen, daß die damaligen Ereignisse in ihr Gegenteil verkehrt werden. Man erklärt weiß für schwarz und will das Heldenlied der ELAS, wenn man es schon nicht in Vergessenheit geraten lassen kann, in einen Verbrechersong umdichten. Das, was 1945 in der offiziellen Propaganda als massive Welle der Kriminalisierung der Widerstandstaten begonnen wurde, setzt sich nun auf dem Feld der Geschichtsschreibung fort. Eine stets wiederholte These besteht z. B. in der Behauptung, die ELAS habe in Wahrheit ja gar keinen Krieg gegen die Besatzer geführt und diesen schwere Verluste beigebracht, sondern sei lediglich eine Militärgruppierung zum Kampf gegen die griechische Zivilgarde gewesen. Es habe sich also um einen Bürgerkrieg gehandelt. Die beste Antwort darauf liefern Dokumente der italienischen und deutschen Besatzer aus dieser tragischen Periode. Sie wurden von den Alliierten beschlagnahmt und stammen überwiegend aus italienischen Militärarchiven. Es handelt sich dabei u. a. um eine Denkschrift an den „Duce“ (Mussolini) über die Situation an den Fronten im besetzten Griechenland. Sie stammt vom Februar 1943, also aus einer Zeit, in der die ELAS nach der „Probe“ des Sommers und Herbstes 1942

bereits als starke militärische Kraft in Erscheinung trat und die aufständischen Bauern Thessaliens und Macedoniens als eine wirkliche Armee zur Verteidigung der Ernte organisierte. Die Daten, die in den erbeuteten Dokumenten angeführt werden, bestätigen, daß die Berichte der ELAS-Einheiten über Zusammenstöße mit den Besatzern sowie ihre Einschätzung der Verluste an Menschen und Material zutreffend sind. Unter Berücksichtigung des Ausmaßes der beteiligten Kräfte waren die Einbußen der Italiener durchaus mit denen an der albanischen Front (1940–1941) vergleichbar oder übertrafen diese sogar. Die Truppen, denen die ELAS gegenüberstand, waren keine griechischen Zivilgardisten, sondern ausländische faschistische Besatzer. Bis Juli 1943 hatte die Volksbefreiungsarmee die italienischen Okkupanten aus ganzen geographischen Zonen Griechenlands verjagt, sich die militärische Überlegenheit verschafft und ein solches Kaliber gewonnen, daß sie dem Feind im offenen Kampf entgegentreten konnte. Erst dann versuchten die deutschen Faschisten die befreiten Gebiete erneut unter ihre Kontrolle zu bringen.

Prof. Jiorgos Margaritis

Der Autor ist Historiker und lehrt an der Aristotelischen Universität Thessaloniki. Sein Beitrag erschien in der Zeitung der KP Griechenlands „Rizospastis“.

Übersetzung: Thanos Grakos



Weibliche Angehörige der Demokratischen Armee Griechenlands während des bewaffneten Kampfes gegen die Reaktion.

Am **4. September um 18 Uhr** spricht **Prof. Dr. Detlef Joseph** auf einer Veranstaltung der **RF-Regionalgruppe Leipzig** im Liebknechthaus, Braustraße 15, über sein Buch

Hammer, Zirkel, Hakenkreuz – wie antifaschistisch war die DDR?

Mitglieder, Leser und Gäste sind herzlich eingeladen.

Die **RF-Regionalgruppe Frankfurt/Oder** lädt für den **30. September um 10 Uhr** in die Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Fürstenwalder Str. 24, sehr herzlich ein.
„RotFuchs“-Chefredakteur **Dr. Klaus Steiniger** spricht über das Thema

Zur Lage in der revolutionären Weltbewegung

Seit langem fließt in Darfur, dem westlichen Teil Sudans viel Blut. Folgt man der meist vordergründigen Darstellung in bürgerlichen Medien, dann handelt es sich ausschließlich darum, daß die Frauen der dem Hungertod ausgelieferten schwarzen Bevölkerung unablässig durch „arabische Reitermilizen“ vergewaltigt werden. Die Gründe der tatsächlich begangenen Grausamkeiten seien vor allem ethnischer Natur, wird behauptet. Die Lage in Darfur ist verzweifelt und die Menschen überleben nur dank „internationaler Hilfe“ – wenn sie denn überleben. Doch woran liegt das Elend der dortigen Schwarzafrikaner wirklich? Sudan, fünfmal so groß wie Frankreich und von 40 Millionen Menschen bewohnt, zerfällt in drei völlig unterschiedliche Teile: den Norden, den Süden und den

Periode relativer Waffenruhe brach der Konflikt erneut aus und wurde bis zum Januar 2005 fortgesetzt. Die Schreckensbilanz: zwei Millionen Tote. Das am Ende unterzeichnete „Friedensabkommen“ zwischen dem Norden und dem Süden sieht eine Übergangsperiode vor, in der beide Seiten eine Föderation mit gemeinsamer Regierung bilden. 2011 soll sich die Bevölkerung Südsudans entscheiden können, ob sie für eine Abtrennung vom Norden ist. Die USA dürften dabei gründlich nachhelfen.

Doch schon 2003 begann ein neuer Bürgerkrieg – diesmal um Darfur. Vor einiger Zeit hat die Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) Verbände unter dem Befehl eines schwarzen Generals entsandt, um die Konfliktparteien auseinanderzuhalten. Die USA, Großbritannien und Frank-

zen Kontinents. Die OAU hatte die Einladung einfach ignoriert. Im September soll ein zweites Treffen dieser dubiosen „Kontaktgruppe“ stattfinden, hinter der man unschwer die Regie der USA-Außenministerin Condoleezza Rice und des französischen Präsidenten vermuten darf.

Da auch Sudan wiederholt „ernste Bedenken“ signalisierte, könnten noch einige Monate vergehen, bis die gewünschte Eingreiftruppe von UNO und OAU zur Verfügung steht.

Erneuere wir noch einmal die Frage: Um was geht es tatsächlich im Süden und Westen des Riesenlandes?

Sie läßt sich unschwer beantworten. Dort befinden sich die vermutlich qualitativ besten Erdölvorräte der Welt. Schon vor zehn Jahren schrieb der britische „New Statesman“: „Die Importe aus Afrika übersteigen die Öleinfuhren der Vereinigten Staaten aus dem gesamten Nahen und Mittleren Osten.“ Damals wären das zwischen 25 und 35 % der Gesamtimportmenge der USA gewesen. Die Investitionen der westlichen Ölkonzerne in Afrikas Förderstätten betragen inzwischen Dutzende Milliarden Dollar, wobei Exxon, Mobil, Chevron und Total den Reigen anführen. Neben Nigeria spielt Sudan dabei die Rolle eines Schlüssellandes.

1989 verkaufte Chevron seine enormen sudanesischen Konzessionen an Khartum. 1999 wurden die Förderlizenzen von der Regierung Sudans neu vergeben: Den Zuschlag erhielt diesmal China. Die Volksrepublik ist jetzt der zweitgrößte Bezieher von Erdöl aus Sudan nach den USA. In den letzten acht Jahren hat sie dort mehr als 18 Mrd. Dollar investiert. Auch Indien, Malaysia und arabische Länder gehören mittlerweile zu den Stammkunden. In den Augen der USA, Frankreichs und Großbritanniens ist vor allem der fernöstliche Vorstoß in die „Interessensphäre“ dieser Mächte ein Frevel übelster Art.

„Die USA wollen die Zunahme asiatischer Ölimporteure dadurch blockieren, daß sie den Süden Sudans abtrennen und in Darfur ein westliches Protektorat errichten“, resümierte die in Brüssel erscheinende kommunistische Wochenzeitung „Solidaire“, deren thematischem Dossier wir eine Fülle wertvoller Anregungen, Einschätzungen und Fakten haben entnehmen können. **K. S., gestützt auf „Solidaire“**

Was steckt wirklich hinter dem Darfur-Konflikt? Sudans Öl im Visier

Westen. Diese Aufspaltung ist ein Ergebnis britischer Kolonialpolitik. Die einzelnen Regionen wurden unterschiedlich „betreut“: den an Ägypten grenzenden islamischen und arabischsprachigen Norden verwaltete das Empire von Kairo aus. Seine Hauptstadt wurde Khartum. In die dort angesiedelte Bürokratie strömten zahlreiche Absolventen ägyptischer Universitäten. Den Süden Sudans beaufsichtigte London von Kenias „Metropole“ Nairobi aus. Hier waren das Arabische und der Islam strikt untersagt. Ein rigides Kolonialregime lastete auf der schwarzen Bevölkerung. Die leitenden Beamten in den einzelnen Distrikten fühlten sich als Herrscher eigener kleiner Reiche.

Darfur im Westen war seit dem 12. Jahrhundert selbständig. Die Briten schlugen es erst 1916 ihren sudanesischen Besitzungen zu. Seitdem versorgt die Region den zentralen Staatsapparat mit Elitekadern aus ihrer Oberschicht. Vor der 1956 erlangten Unabhängigkeit Sudans hinderte die britische Verwaltung Khartum daran, sich der antikolonialen Politik des 1953 in Kairo ans Ruder gelangten ägyptischen Nationalisten Nasser anzuschließen. Die internationale Aufmerksamkeit wurde auf einen anderen Schauplatz abgelenkt. 1955 begann ein durch schwarze Marionetten weißer Puppenspieler ausgelöster Bürgerkrieg des Südens gegen den Norden. Er sollte Jahrzehnte andauern. Die USA bauten an der Spitze einer „Volksbefreiungsarmee“ (SPLA) genannten Separatistentruppe in den 80er und 90er Jahren ihren Strohhalm Oberst Garang auf, der blutig vorging. Nach einer kurzen

reich heizten jedoch ständig das Feuer an, um den Streit am Kochen zu halten.

Am 12. Juni 2007 schickte der UN-Sicherheitsrat eine Delegation nach Khartum, um mit der sudanesischen Regierung eine Übereinkunft „zur Befriedung der Lage“ in Darfur zu erzielen. Bis zum Jahresende sollen – wie der Rat dann beschloß – 26 000 Mann der OAU und der UNO in der „Unruheprovinz“ stationiert werden. Die 7 000 Soldaten der bisherigen OAU-Interventionstruppe vermochten den Konflikt nicht unter Kontrolle zu bringen. Der südafrikanische UNO-Botschafter, der die Verhandlungen in Khartum geleitet hatte, ließ unterdessen wissen, daß sich China, Indien und Pakistan zur Entsendung von Kontingenten bereiterklärt hätten. Die Truppe solle von einem afrikanischen General kommandiert werden.

Jendayi Frazer, der für Afrika zuständige Unterstaatssekretär im U. S. State Department, brachte sein Mißfallen über das Vereinbarte zum Ausdruck. Denn seit Februar 2006 ist USA-Präsident Bush darum bemüht, den USA-Kongreß für eine Sudan-Interventionstruppe unter NATO-Befehl zu gewinnen. Frazer sprach sich gegen jede Lockerung über Khartum verhängter Sanktionen aus. Auch von dem rechtskonservativen französischen Präsidenten Sarkozy vernahm man drohende Töne. Am 25. Juni organisierte sein Außenminister Bernard Kouchner – ein ins Sarkozy-Lager übergelaufener Sozialist mit großer Afrika-Erfahrung – eine sogenannte Darfur-Konferenz in Paris. Teilnehmer aus 20 Staaten waren zwar zugegen, darunter aber kein einziger Delegierter des schwar-

Wir trauern um unseren Leser

Genossen

Dr. Horst Kolodziej

Der stellvertretende Vorsitzende der GBM, lange Jahre 1. Sekretär des Verbandes Bildender Künstler der DDR, starb am 29. Juli im Alter von 72 Jahren. Sein Tod reißt eine große Lücke in die Reihen der aufrechten Linken.

Wie Polens katholischer Klerus die Lösung der Agrarfrage hintertrieb Das Scheitern der Kollektivierung

Für die Kollektivierung der Landwirtschaft in Polen bestanden historisch gewachsene strukturelle Hindernisse, die nur in Zwischentritten zu überwinden gewesen wären. Im größten Teil Polens gab es kaum zusammenhängende Dörfer, die Bauerngehöfte lagen auf kleinen Feldern um die Straßen, oftmals umgeben von hohen Bäumen und dichtem Strauchwerk. Ein Einsatz von Großmaschinen wäre hier nur unter erheblichen Schwierigkeiten möglich gewesen. Anders sah es in den 1945 zu Polen gekommenen West- und Nordgebieten (Schlesien, Pommern, Lebusen Land, Südostpreußen) aus, wo Felder und Wälder um Straßen und Dörfer lagen. Hier wurden Staatsgüter geschaffen, machte auch die Kollektivierung Fortschritte. Die meisten Bauern in den anderen Regionen – und das war die überwiegende Mehrheit – hatten erst jüngst zusätzlich Land erhalten. Hierbei handelte es sich aber nur um eine geringfügige Abrundung ihres Besitzes, da in jenen Gebieten polnischer Großgrundbesitz kaum dominierend gewesen war. Als Gewinner der Bodenreform konnten sich die Dorfbewohner in den neuen Wojewodschaften betrachten, die das Eigentum ausgewiesener deutscher Landwirte übernommen hatten, die besitzlosen Landarbeiter und besonders die landarmen Bauern. Sie, die zuvor durchaus Bereitschaft für Kollektivierungsvorhaben signalisiert hatten, änderten ihre Einstellung. Nun waren sie Privateigentümer wenn auch mit wenig Grund und Boden. Gegen die Vergesellschaftung der Produktionsmittel wirkte sich auch die im polnischen Volk verbreitete feindselige Haltung gegenüber „den Russen“ und der Sowjetunion aus, wofür es historische Gründe gab. Die antirussische Haltung war über Jahrhunderte Bestandteil des polnischen Nationalbewußtseins, durch die Teilung des Landes vertieft und im Zwischenkriegspolen zur offiziellen Staatsdoktrin erhoben. Die Befreiung vom Faschismus brachte hierzu keinen qualitativen Umschwung, sondern eher eine Bestätigung, denn Volkspolen wurde von vielen als „sowjetische Domäne“ betrachtet. Die antirussisch-antisowjetische Einstellung war in allen Klassen und Schichten mit unterschiedlicher Intensität spürbar und hatte sogar in die Reihen der polnischen Kommunisten eindringen können. Hauptträger solchen Gedankenguts war der größte Teil der Intelligenz, die zumeist dem durch die Russen enteigneten Adel – der Schlachta – entstammte und sich im nationalen Befreiungskampf sehr engagiert hatte. Eine Vorreiterrolle spielte die katholische Kirche. Für sie gab es besondere Veranlassung zu erbitterter Feindschaft gegenüber „den Russen“ und der Sowjetunion. Durch die Jahrhunderte hatte der römisch-katholische Klerus gegen

die russisch-orthodoxe Kirche gestritten. Hierbei waren die Katholiken letztlich unterlegen, da hinter Rußlands Staatskirche immer die geballte Macht des Zaren stand. Er zeigte den Polen und besonders den Katholiken stets, wer Herr im Hause war. Das fiel den polnischen Priestern auch deshalb schwer, weil sie sich gegenüber Rußland als Träger einer angeblich höheren Kultur verstanden. Keine andere gesellschaftliche Kraft in Polen verfügte zudem über die Möglichkeiten der Kirche, kontinuierlich antirussische Ressentiments unter allen Klassen und Schichten zu verbreiten.

Andererseits bedeutete die Errichtung der Sowjetmacht mit ihrer atheistischen Politik die Verkörperung des „Antichristen“ schlechthin. Im katholischen Kirchenlexikon (2003) werden die Bürger der Sowjetunion als „die Barbaren des 20. Jahrhunderts“ bezeichnet. Den Antiklerikalismus in der polnischen Arbeiterbewegung betrachtete die Kirche als Ausdruck sowjetischen Einflusses. Die Kirchenführung ging von der These aus, daß Atheismus etwas „Unpolnisches“ und „Polenfeindliches“ sei. Demzufolge wäre jede politische Ordnung Polens, in der Atheisten herrschten, als von außen (der Sowjetunion) aufgezwungen und antinational anzusehen. Die Verbindung

Volkspolens mit der UdSSR schien diese These geradezu zu bestätigen.

Unter solchen Bedingungen, begünstigt durch die organisatorische und politische Schwäche der Linken auf dem Dorf, war es der Kirche ein Leichtes, den Bauern zu vermitteln, Kollektivierung und Kolchosen seien russisch-atheistisches Teufelswerk und gegen die polnischen Traditionen gerichtet. Derlei Darstellungen fanden bereitwillig Gehör. Damit verstieß die Kirche gegen eine wichtige Festlegung des 1950 geschlossenen Abkommens mit dem Staat, in dem sie sich verpflichtet hatte, das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen nicht zu behindern. Sie bekämpfte die sozialistische Umgestaltung bis zum Untergang Volkspolens konsequent und mit Erfolg. Daher trägt sie auch die Hauptverantwortung dafür, daß sozialistische Produktionsverhältnisse in einem Schlüsselbereich der Volkswirtschaft Polens nie durchgesetzt werden konnten. Die Folge war, daß immer wieder Versorgungsprobleme auftraten, was die innenpolitische Stabilität der Volksrepublik gefährdete. So kam der sozialistische Aufbau nur schleppend voran. Da die Agrarfrage niemals in progressivem Sinne gelöst werden konnte, ist die polnische Landwirtschaft auch heute den Anforderungen der Europäischen Union nicht gewachsen. **Stefan Warynski**

Von ganzem Herzen gratulieren Vorstand und Chefredaktion den RF-Mitgliedern, die im September große Jubiläen begehen.

Unser Glückwunsch gebührt den neuen **75jährigen**
Gisbert Graff (15. September) aus Berlin
Georg Reif (16. September) aus Wernigerode und
Werner Süß (21. September) aus Berlin.

Solidarische Grüße gehen an
Adolf-Eduard Krista (18. September) aus Worbis,
der sein **70. Lebensjahr** vollendet.

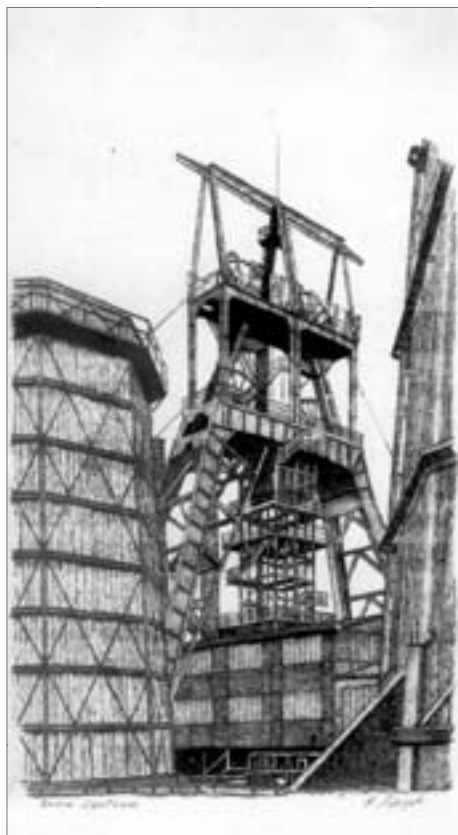
Nachschub erhalten auch die **65er:**
Bernd Hietschold (14. September) aus Gera,
Klaus Hoppe (14. September) aus Berlin und
Heike Gundlach (24. September)
aus Zella-Mehlis stoßen zu ihnen.

**Wir wünschen allen Genossinnen und Genossen
Gesundheit und Wohlergehen.**

Aus der Chronik des Ruhrbergbaus Teufen auf Großbohrloch

Wir waren wohl die ersten im Ruhrgebiet, die ein Gesenk auf Großbohrloch teuften. Mit anderen Worten: die einen Blindschacht von Sohle zu Sohle niederbrachten. Von Ort 5 zur 9. Sohle. Das Bergamt forderte „unter Aufsicht“ – wegen der fehlenden Erfahrung mit der neuen Methode. Die Aufsicht war ich. Ich übte sie über einen Ortsältesten und drei tüchtige Kumpel aus.

Unter den Gesteinshauern war die Mannschaft vom Fitti Jeschke die interessanteste Belegung. Der Fitti hatte Hände wie ein Chirurg. Die pflegte er sogar in der But-terpause mit Maschinenöl und Talkum. Ohne Handschuhe hat man ihn wohl nur unter der Brause gesehen. Er knetete und



massierte seine „Hebammenfingerchen“ in allen Lebenslagen. Geschmeidige Hände brauchte er, um am Wochenende beim Glücksspiel „Meine Tante – deine Tante“ die Kasse zu halten und zu gewinnen.

Jupp Dardaschewski war der Jüngste (22), drahtig, vier Jahre jünger als ich. Er war ein rechter Bruder Leichtfuß, der schon Jugendknasterfahrung wegen Körperverletzung hatte. Doch jedem, der ihm traute, half er, wenn nötig, aus der Patsche.

Der Hannes Kwiatkowski gehörte dazu, der sonntags mit seiner Singenden Säge und zwei schnurbärtigen Schürzenjägern mit Bandonitzka beim Anton Bohmers, dem vorgeblich kleinsten Wirt der Welt, zum Tanz aufspielte.

Ein bierbäuchiger Taubenvater, den alle auf dem Pütt nur Panhas-Paul nannten, vervollständigte als Schießhauer das Quartett. Man konnte sich auf die Männer verlassen. Unsere Aufgabe war es also, einen Blindschacht nach durchdachter Theorie praktisch zu teufen. Dazu war ein Loch von 80 cm Durchmesser senkrecht

hoch in den Berg getrieben worden. Durch dieses sollte also der geschossene Abraum nach unten rauschen, brauchte nicht mehr mühsam in den Kübel geschaufelt und nach oben gefördert zu werden. Wenn die Sohle nach dem Schießen hartgemacht war, war das Loch mit einer „Bombe“ abgedeckt, so daß die Ausbaurbeiten ohne Gefahr eines Absturzes ausgeführt werden konnten. Und dann wurden wieder die Sprenglöcher gebohrt, einfach Kränze senkrecht rund um das Loch, Einbruch zu schießen war nicht mehr nötig.

Es war keine aufregende Arbeit, für die man unbedingt eine Aufsicht abstellen mußte. Was solls – ich konnte eine ruhige Kugel schieben, war aber gelangweilt und kam mir strafversetzt vor. Doch eines Tages gab es eine Abwechslung, eine Schicht mit einem bißchen Trubel. Wir warteten nach dem Schießen auf Ort 5. Die Schießschwaden kamen wieder einmal nur mäßig hoch. Das verdammte Loch war verstopft; die Bohrlöcher also wohl nicht eng genug gebohrt worden oder sogar ein Schuß stehengeblieben. Anders ausgedrückt: Nicht alle Patronen waren explodiert. Wir fuhren also runter und die Kumpel prockelten vom Ausbaurahmen aus mit altem Bohrgestänge in dem geschossenen Haufwerk herum. Jupp Dardaschewski stand singend auf dem schwankenden Kübel und stocherte mit einem ausgedienten Wasserrohr. Der Bursche war nicht angeseilt, hatte seinen Sicherheitsgurt vergessen. „Jupp, ab nach oben! Hol dein Geschirr!“ „Warum haben Sie denn kein Halfter an? Können Sie etwa fliegen?“ Ich ließ nicht mit mir spaßen: „Ab oder ich pflück dir ein Ohr!“

Die Steine wollten nicht rutschen, die Kumpel fluchten. Der Kübel kam wieder runter, Jupp war angeseilt und pfiß sich eins. Der Kübel stoppte, Jupp verlor das Gleichgewicht auf dem Kübelrand, sprang auf die Sohle und schrie: „Scheiße!“ Und da rauschten die Steine mit Getöse und luftzischend nach unten. Jupp rutschte mit ihnen, hing am Seil bis zum Bauchnabel im Loch. „So macht man das, ihr Heinis.“ Der Kerl triumphierte tatsächlich; wahrscheinlich habe ich mein Zittern verborgen. Ich zog ihn hoch.

„Verdammt, ein Gummistiefel ist mit runter“, meckerte Jupp, „die waren noch neu, noch nicht mal vom Lohn abgezogen.“

„Laß uns das schnell vergessen“, knurrte der Ortsälteste Fitti Jeschke, er war blaß bis in die Haarspitzen. „Los! Fangt an zu kratzen!“

Jupp arbeitete bis zum Schichtende barfuß, jammerte nicht über die scharfen Steine, sondern seinem Stiefel nach.

Nach vielen Jahren, ich war aus dem Pütt verjagt, hatte umgeschult und war auch aus dem neuen Beruf vertrieben – Willi Brandt wagte mehr Demokratie, indem er die sogenannten Verfassungsschützer auf das Volk hetzte –, da bummelte ich durch die Stadt. Um die Kurve bei C & A kam ein Rollstuhlfahrer geflitzt, konnte soeben noch bremsen.

„Mensch, Steiger, du lebst auch noch?“ Der mich anblinzelte war Jupp Dardaschewski. Das Vaterunser konnte man ihm durch die Backen blasen, aber er war putzmunter.

„Was machst du Stirling-Moss-Verschnitt denn hier?“ staunte ich.

„Lädst du einen Invaliden zu einem Glas Bier ein?“

„Wieso fährst du in dieser Gitsche?“

„Als der Deckel auf unseren Pütt kam, habe ich an einer Villa im Stadtgarten Klettermaxe gespielt. War wieder einmal nicht angeseilt“, lachte er und strahlte mich an. „Bruch?“

„Hatte doch kein Moos. Aber auf Bewährung. Kreuz angebrochen.“

„Und jetzt?“

„Sozialamt.“

„Komm, für zwei, drei Bier habe ich Zeit.“

Wir klönten an der Theke, rauchten ein paar Selbstgedrehte zusammen. Jupp erzählte, nickte bedächtig. Plötzlich sagte er ohne Zusammenhang: „Wenn ich damals die fuffzig Meter durch das Loch geflutscht wär‘, dann wär‘ mein Grab heute schon umgeworfen.“

Wir schwiegen eine Weile vor uns hin. Ich bestellte zwei Schnaps, dann fuhr Jupp in sein Pflegeheim und ich schlich bedrückt nach Hause. Ich konnte ihm keine Mark zustecken, war arbeitslos und hatte Familie.

„Steiger, halt die Ohren steif!“, schrie Jupp Dardaschewski hinter mir her.

Was bleibt einem anderes übrig?

Hans-Dieter Hesse

Unser Ruhrgebiets-Berichterstatter ist am 9. Juli gestorben.



Der namhafte Schweriner Maler und Grafiker **Karlheinz Effenberger** hatte den Verantwortlichen der Bundesgartenschau 2009 Vorschläge zur künstlerischen Ausgestaltung seiner Heimatstadt unterbreitet. Die Organisatoren lehnten diese mit dem Hinweis auf fehlende Mittel ab und schrieben dem Absender höflich-höhnisch:

„Sicher finden Sie als bekannter Schweriner und tatkräftiger Genosse viele Mitstreiter, die Ihre Ideen finanziell zu unterstützen bereit sind. Möglich wäre doch ein Spendenaufruf im „RotFuchs“, für den sie prominent arbeiten.“

Das Schreiben wurde von **Jochen Sandner**, Geschäftsführer, und **Gert Steinhagen**, Verantwortlicher für Presse und Öffentlichkeitsarbeit, unterzeichnet.

Jetzt ist er 77. Eine lange Zeit für jemanden, der sie noch vor sich hat. Doch wie empfindet sie einer, der mit der Weisheit des Alters auf sie zurückblicken kann? Vergangen wie im Flug, bedauernd, daß ihre Eigenheit, mit zunehmenden Jahresringen zum Steilflug anzusetzen, auch ihn trifft? Darüber ist wenig zu erfahren von Günter Fischer, einem promovierten Pädagogen, der schon als Kind begann ein Tagebuch zu führen. Dieser über alle Hindernisse und Gefahren gerettete Schatz begleitet ihn bis heute. Ihm vertraute er an, was sonst weder die besten Freunde noch die Eltern erfahren sollten – die vielen „Geschichten“ etwa mit den Frauen, die zu ihm gehörten, wie sein sich in ständiger Auseinandersetzung mit der Umwelt befindlicher wacher und kritischer Geist oder die feste Bindung an die Familie. Günter Fischer hat mit den Tagebüchern seine Art gefunden, Spuren zu hinterlassen. Von der ersten Notiz im Oktober 1940 bis zur letzten Eintragung im Jahre 2002 liegen sie nun gebunden und mit zahlreichen Fotos illustriert, als Buch vor. Mit „Timmy bleibt“ offenbart sich, was ursprünglich Privatsache sein sollte. Daß es anders kam, ist gut so. Denn das Aufgeschriebene ist mehr als der individuell geprägte Blick auf die eigene Befindlichkeit. Günter Fischers Tagebuchaufzeichnungen sind ein berührendes, sehr persönliches

Timmy und ein halbes Jahrhundert der Geschichte

Zeitdokument, in dem sich mehr als ein halbes Jahrhundert deutscher Geschichte spiegelt. Der Leser taucht tief ein in die Biographie eines kleinen wißbegierigen Berliner Jungen, der in dem Beruf, den er wählt, seine Berufung entdeckt. Lernen und Lehren wird zu einem Grundbedürfnis seines Lebens. Er gehörte zu jenen, die sich nicht schonten, die sich den Kindern und dem Aufbau der neuen Gesellschaft verschrieben. Dabei fiel ihm diese Haltung durchaus nicht in den Schoß. Seinen Eintragungen ist anzumerken, was es bedeuten mußte, Schatten faschistischer Indoktrination aus dem eigenen Denken zu verbannen. Doch Günter Fischer wuchs hinein in die neue Zeit. Er stellt sich nicht gleich an die Spitze, läßt Menschen und das Geschehen erst auf sich wirken, ist vor allem ein Fragender, wird aber schließlich ein überaus engagierter Kämpfer für die sozialistische Sache. Was er als richtig erkannt hat, verteidigt er. Das vor allem zeichnet ihn aus. Die Tagebuchnotizen des Autors – dort heißt er Heinz Timmendorf – läßt ein Gemisch aus Erstaunen, Betroffenheit, aber

auch Genuß und heiterer Neugier entstehen. Die Wortwahl ist nicht immer fein, keine Spur von gehobenem literarischem Stil. Er ist, wie es sich für ein Tagebuchchinnenleben gehört, oft drastisch und direkt, vor allem aber ehrlich und damit also authentisch. So und nicht anders war es, wengleich mitunter auch dichterische Freiheit im Spiel gewesen sein mag. Ein solches Buch geschrieben zu haben ist eine großartige Leistung, die überzeugt, und – bei immerhin 454 Seiten ein kleines DUCHHALTEPROGRAMM – zum Weiterlesen anregt. Wer das Buch von Günter Fischer erwirbt, sollte es nicht nur für sich behalten. Es wäre gut, seine Gedankenwelt möglichst vielen zu erschließen.

Bruni Steiniger

Günter Fischer: Timmy bleibt! Braunrot-schwarze Erlebniswelt eines Berliners. Tagebücher seit 1940. Leonhard-Thurneysser-Verlag, Berlin & Basel 2006, 454 Seiten, 16,80 Euro, ISBN 3-939176-01-X

Warum Kuba standhielt

Vier Millionen Deutsche können nicht richtig lesen“, schrieb die Berliner Zeitung am 29. 6. Man stelle sich vor: Die gesamte Bevölkerung der Hauptstadt – ihre Einwohnerschaft entspricht in etwa der genannten Zahl – Analphabeten, mehr oder weniger.

Nein, eine solche Ungeheuerlichkeit ist dem sozialistischen Kuba nun wahrlich nicht vorzuwerfen, obwohl es manche gerne täten. Denn das Bildungssystem der BRD – gerade erst als eines der rückständigsten klassifiziert – ist inzwischen ein hoffnungsloser Fall. Und dabei ist Deutschland doch mehrfach größer und reicher als der karibische Inselstaat. Doch nicht hier, sondern in Kuba wurde vor kurzem, um nur ein Beispiel zu nennen, ein Programm gestartet, daß Jugendlichen in den Kommunen auch außerhalb der traditionellen Universitäten gestattet, die Hochschulreife zu erlangen. Es wird als die bisher größte Errungenschaft auf diesem Gebiet gewertet.

Hätte Heinz Langer allein darüber ein Buch geschrieben, wäre das aller Ehren wert gewesen. Doch in seinem jüngsten, auch mit Fotos versehenen Werk „Kuba – die lebendige Revolution“ erfaßt der ehemalige Botschafter der DDR in Havanna und ausgezeichnete Kenner der dortigen Situation weitaus mehr. Er betrachtet die Geschichte der Revolution, ihre Wurzeln, den harten Überlebenskampf und die jüngsten innen- und außenpolitischen Entwicklungen.

Seine überaus faktenreiche Dokumentationsarbeit ist eine beeindruckende Zusammenfas-

sung des Voranschreitens in den letzten Jahren. Nicht weniger wichtig ist, was Heinz Langer über die Gegner der Revolution – die inneren wie äußeren – zu sagen weiß. Will man die Größe des Erreichten erfassen, sollte nicht vergessen werden, was die internationale antikubanische Allianz mit den USA an der Spitze unternimmt, um den Atem der Revolution zu ersticken. Doch Kuba ist nicht mehr isoliert. Die vielseitigen Beziehungen zu anderen Staaten, insbesondere zu China und Ländern Lateinamerikas, zeugen von Kubas außerordentlicher Anziehungskraft. Die internationalistische Hilfe, die das Land leistet, ist einzigartig. Angesichts dieses beeindruckenden Weges mutet es schon befremdlich an, wenn die in unseren Breitengraden nicht zufällig in diesen Tagen aufgetauchte These vom „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ die Runde macht. Heinz Langer setzt sich polemisch mit ihr auseinander. Im Vorwort heißt es: „Ausgerechnet jetzt, da die Wirtschaftsentwicklung in Kuba einen deutlich höheren Rhythmus als in der kapitalistischen Welt zeigt, versuchen ... Gesellschaftswissenschaftler ... der vermeintlich linken Szenerie, theoretisch den Beweis anzutreten, daß auch in Kuba ... der Sozialismus objektiv an seine Grenzen gestoßen sei.“

Wer das Buch liest, wird erkennen, warum diese Vorstellung in das Reich der Phantasie gehört. Nicht allein die unlegbaren Tatsachen, von denen Heinz Langer in so beeindruckender Weise berichtet, stehen für die Lebenskraft der Revolution. In ihnen offenbart sich zugleich auch das

„Geheimnis“ des Erfolges, das sich ihren Gegnern wohl nie ganz erschließen wird: die Kraft der Überzeugung. Immer geht es um eines – um das Denken der Menschen. Die Feinde des Sozialismus versuchen es durch Manipulation in die Hand zu bekommen. In Kuba beschreitet man einen anderen Weg. Dieser ist mühevoller, doch er endet nicht – was für das Land die alles entscheidende Frage ist – in der Sackgasse. Kuba hat das Desaster der europäischen sozialistischen Staaten überlebt – nicht zuletzt dank der festen Verbundenheit zwischen kommunistischer Partei und Volk. Wichtige Fragen der Entwicklung des Landes gemeinsam mit der Bevölkerung zu beraten, sie in die Lösung von Problemen einzubeziehen – das ist es, was die Meinung der Menschen prägt. Der Autor berichtet auch darüber, wie die Partei selbst lernt, diesen Prozeß immer wieder neu zu beleben.

Sein Buch dokumentiert die bei uns totgeschwiegene großartige Entwicklung eines sozialistischen Staates in unseren Tagen. Ihre Wirkungen reichen tief in den lateinamerikanischen Kontinent hinein. Venezuela und Bolivien wären ohne Kuba nicht denkbar. Es bleibt zu hoffen, daß ein Quentchen dieser hell scheinenden kubanischen Sonne auch uns erreicht. Das Buch Heinz Langers könnte einen wichtigen Beitrag dazu leisten.

Bruni Steiniger

Heinz Langer, Kuba. Die lebendige Revolution, Verlag Wiljo Heinen 2007, 271 Seiten, 12,00 Euro, ISBN 978-3-939828-06-8

Dichter und Tribun: Friedrich Wolf

Über den Dramatiker und Politiker Friedrich Wolf liegt ein eindrucksstarkes und verdienstvolles neues Buch vor, geschrieben von Christel Berger: „Friedrich Wolf 1953“.

Wenn ich hier über dieses Buch einige Gedanken äußere, so deshalb, weil es mich stark erschütterte. Es ist viel über Wolf den Dichter, den Arzt, den politischen Propagandisten und Agitator der 20er Jahre geschrieben worden. Bergers Verdienst liegt darin, daß sie neben all diesen Fakten und Tätigkeiten den Menschen lebendig werden läßt. Hinter dem mutigen, blutvollen und leidenschaftlichen Kämpfer, der all seine Fähigkeiten kompromißlos in den Dienst der großen Sache stellte, wird dieser Mensch sichtbar. Sensibel, verletzlich, auch schwach, wenn er – wie so oft – all seine Kraft weggegeben hatte. Wo seine Frau Else, der ruhende Pol in der Familie Wolf, mit ihrer Güte, ihrem verzeihenden Verständnis und ihrer besonders den Frauen innewohnenden Stärke ausgleichend und regulierend helfen konnte. Besonderes Gewicht liegt in Bergers Buch auf den dramatischen Begebenheiten des neuralgischen Jahres

1953. Dem Jahr tiefgreifender politischer Erschütterungen, großer Konflikte auch in Wolfs Leben, dem Jahr seines Todes. Damals fand auch meine letzte Begegnung mit dem Dichter statt. Da ich viele seiner Stücke inszeniert oder Rollen in ihnen gespielt hatte, wie „Der arme Konrad“, „Professor Mamlock“, „Die Matrosen von Cattaro“, „Dr. Wanner“, „Thomas Münzer“ und als letztes „Beaumarchais“ 1960 in der Volksbühne, hatte ich mehrmals Kontakt mit ihm. Kurz vor seinem Tod war ich einige Tage zu Arbeitsgesprächen bei ihm in Lehnitz. Ich berichtete an anderer Stelle schon darüber. Sein plötzliches Ableben, einige Wochen danach, löste in mir tiefe Erschütterung aus. So vieles hatte er noch vor. Pläne, an denen auch ich mit meinen bescheidenen Kräften teilhaben sollte. Christel Berger berichtet eindringlich und authentisch über diese Zeit mit vielen Fakten, die auch für mich neu und

ergreifend sind. Ihre Schilderung zeigt, wie groß die Lücken sind, die Männer wie Wolf, Brecht, Weinert, Bredel und viele andere im immerwährenden Kampf um Frieden und Gerechtigkeit in der Welt hinterlassen. Literaten, die ihre Kunst im Leben, auf der Bühne und im Alltag als wirksame Waffe einzusetzen in der Lage waren. Besessen von ihrer Aufgabe, erfindungsreich und phantasievoll bei deren Gestaltung und Durchführung. Friedrich Wolf hatte die Klugheit, die Begabung und das Feuer zum Volkstribunen. Auch dies zeigt die Arbeit der Autorin. Ein gutes, starkes und wichtiges Buch über einen der Unseren. **Rudi Kurz**

Christel Berger: Friedrich Wolf 1953. Eine unvollständige Biographie rückwärts. Edition Schwarzdruck. 304 Seiten. 23 . ISBN 3-935194-19-6

Über allen Gräbern ist Ruh

WALTER RUGE

Die Pionierleiter von gestern entschuldigen sich heute
Für die Kämpfer von damals, für uns alte Leute
Sie wissen nicht viel über unsere mißratenen Taten
Und meinen dabei, wir hätten etwas verraten

Sie runzeln die Stirn über Großvaters glitzernde Orden
Und tun so, als sei dies alles für unrechtes Morden
Versteh'n nicht, daß Hilfe, ja Notwehr die Waffe uns gaben
Zu schützen die Sklaven, die rein gar nichts mehr haben

Sie gingen nach Spanien, das Volk vor General Franco zu schützen
Und trugen dabei – unverkennbar – die Thälmannschen Mützen
Gingen nach Frankreich, zur Résistance im tödlichen Ringen
Oder als Rotarmist den Sieg ins geliebte Deutschland zu bringen

Auf der Schwelle des roten Kontinents stand 1941 der Krieg
Die blühende Creme von Millionen erlebte niemals den Sieg
Auf Leben und Tod ging es gegen die entmenschte braune Gewalt
Zum Schutze der Heimat, ja Frauen und Kinder, ob jung oder alt

Tausende Gemeuchelte wurden in harte sowjetische Erde gebettet
Und haben doch ganzen Erdteilen das nackte Leben gerettet
In Polen, in Frankreich, in China, im endlosen pazifischen Raum
Erfüllten so Generationen ihren ersehnten, friedlichen Traum

Wir denken an Festungen in Vietnam, an australische Helden
An Eingeschlossene der Festung Brest, die sich hier melden
Hunderttausende waren von der Stimme ihres Gewissens besessen
So war'n sie verstümmelt, verscharrt nun sind sie vergessen

Dafür jetzt, da man fast rechtsstaatlich, ohne Bombenalarm lebt
Und manch einer schon liebevoll an seinen Diäten klebt
Da redet sich's prächtig über die bevorstehenden Wahlen
Den gewaltfreien Weg zu kaum erkannten neuen Idealen

Die Hürden – auch fünfprozentige – die werden sicher genommen
Da ist ein Ministersessel per Stimmentzettel schon beinah' erklommen
Wer das nicht versteht, der muß in der Politik noch viel lernen
Über vermeintliche Ziele, vor allem die nahen – später die fernen

Das war einmal anders – massakriert, gehängt und erschossen
Das war das Schicksal der Roten, der Kämpfer-Genossen
Vorwärts oder zurück – tödlich getroffen blieben sie liegen
Millionen junger Herzen sind verzweifelt stehengeblieben

Jetzt ruft ihr schrill über die verfallenen Gräber: „Vorgetreten!
Ihr Toten! Entschuldigt euch mal, wer hatte euch damals gebeten?“
Ihr ward doch die Roten, die sich mit roher Gewalt widersetzen
Obendrein noch so manchen Andersdenkenden tödlich verletzten

Halt! Da fehlt doch jemand, wer hat da noch laufend andere betrogen
Auch Lehrer und Pionierleiter haben schon unsere Kleinsten belogen
Selbst Traktoristen haben eine zweifellos totalitäre Furche gezogen
Propagandisten und Sportaktivisten haben eifrig Geschichte verbogen

Auch ihr kniet nieder, Skelette – was murmelt ihr so verwirrt
Versteht doch endlich, wie abgrundtief ihr ständig geirrt
Vielleicht wußtet ihr nicht, daß ihr so tiefes Unrecht getan
Dazu seid ihr heute gerufen, endlich zu erkennen den Wahn

Die lichte Zukunft liegt – Gott sei Lob – endlich in Scherben
Nicht nachtragend, eher nachsichtig sind wir – eure Erben
Ohne euch zu fragen haben wir getan, was gerade erträglich
Nur eine Entschuldigung machte unser Wirken noch möglich

Heute fragt euch – noch könnt ihr uns um Entschuldigung bitten
Eure Taten waren ohnedies von den Nachfahren heftig umstritten
Die zwar dieses barbarische Jahrhundert selbst niemals erlebten
Als die Erde brannte, die Städte vom Hagel der Bomben erbehten

So stehen sie stumm – die Kämpfer von Stalingrad und Madrid
Ganz, ganz weit in der Ferne hallt noch ihr mächtiger Schritt
Die Helden von Dachau und Dora können es nicht versteh'n
Sogar leere Augenhöhlen scheinen plötzlich wieder zu sehen

Der Ruhm und die Ehre – buchstäblich alles wurde ihnen gestohlen
Eben so, wie es die neuen Herrschaften den Knechten befohlen
Sie geben keine Ruhe – nicht wer längst tot ist oder wer schwach
Nach der bitteren Niederlage folgt unvermeidlich die Schmach

In der DDR geschätzt und geehrt: Der Würzburger Leonhard Frank

Ein großer deutscher Schriftsteller

Vor 125 Jahren – am 4. September 1882 – wurde Leonhard Frank in Würzburg als Sohn einer Dienstmagd und eines Schreineres geboren. Er war das jüngste von vier Kindern und wuchs in ärmlichen Verhältnissen auf. Nachdem er die Volksschule hinter sich hatte, kennzeichneten Erfolg- und Ruhelosigkeit seinen beruflichen Werdegang. Nach einer Lehre als Fahrradschlosser arbeitete er als Fabrikarbeiter, Chauffeur und Anstreicher. Während eines Kunststudiums in München erkannte Frank, daß seine Begabung nicht ausreichte, um ein herausragender Maler zu werden. Er ging nach Berlin, wo man ihm im Literatencafé des Westens einredete, er sei ein Dichter. Langsam tastete er sich an die Schriftstellerei heran. Seinen ersten großen literarischen Erfolg hatte Leonhard Frank im Alter von 30 Jahren mit dem Roman „Die Räuberbande“ (1914), für den er den Theodor-Fontane-Preis erhielt. Mit seinem Erstling nahm er die katholische Bischofsstadt Würzburg aufs Korn und stach in ein Wespennest. Es folgten die Novellensammlung „Der Mensch ist gut“ (1917, mit dem Kleist-Preis ausgezeichnet), die Romane „Das Ochsenfurter Männerquartett“ (1927), „Bruder und Schwester“ (1929), „Von drei Millionen drei“ (1932), „Mathilde“ (1948), „Die Jünger Jesu“ (1949) und das autobiographische Werk „Links, wo das Herz ist“ (1952). Von Franks zahlreichen Novellen verweise ich auf „Die Ursache“ (1915), „Karl und Anna“ (1927), „Deutsche Novelle“ (1954), „Die Kurve“ (1955), „Michaels Rückkehr“ (1957) und „Ruth“ (1960). Von einigen wurden Bühnenauffassungen geschaffen. Der Querido-Verlag Amsterdam brachte ab 1936 die Gesammelten Werke in Einzelausgaben siebenbändig heraus. Franks Bücher wurden in nahezu zwanzig Sprachen übersetzt. Die Sowjetunion ehrte ihn 1960 mit der Tolstoi-Medaille.

Nach seiner Rückkehr aus der Emigration wurde er in Westdeutschland als Nestbeschmutzer gemieden und fand zunächst keine Verlage. Der Schriftsteller zählte zu denen, die über die Nazis und deren Verbrechen nicht schweigen wollten. Würz-

burg gefiel sich, wenn es um Frank ging, in unwürdigen Streitereien, Verdächtigungen und politischem Hader. Anlässlich seines 70. Geburtstages sollte „Karl und Anna“ als Schauspiel in seiner Vaterstadt aufgeführt werden. Dunkelmänner forderten, das Stück aus „moralischen Gründen“ abzusetzen – wegen angeblicher „Diskriminierung der Heimkehrerfrauen“. Ehrungen wußte man zu verhindern, so die Benennung einer Straße nach ihm. Den im Stadtrat durchgeboxten Beschluß, einer Würzburger Schule seinen Namen zu verleihen, machte man wieder rückgängig. Andererseits nahm man Frank übel, daß er mehrfach den anderen deutschen Staat besuchte und sich im Westen in der Bewegung „Kampf dem Atomtod“ engagierte. Frank wohnte bis zu seinem Ableben 1961 in München und wurde Mitglied der Bayrischen Akademie der Künste. Am 19. April 1982 wurde aus einer Bürgerinitiative die Leonhard-Frank-Gesellschaft mit über 100 Mitgliedern gegründet. Diese veranstaltet Lesungen und Diskussionen. Sie gibt eine Schriftenreihe heraus. In der BRD verfilmte man einige Werke des Autors. Dennoch galt Frank lange Zeit im Westen als ein Schriftsteller „des Ostens“.

In der DDR fand der Autor hingegen hohe Anerkennung, galt als populärer sozialkritischer Erzähler und wurde von einer großen Leserschaft umworben. Seine Bücher erschienen hauptsächlich im Aufbau-Verlag Berlin in beachtlichen Auflagen, so die Werkausgabe 1957 in sechs Bänden und ausgewählte Werke in vier Bänden 1991. 1957 verlieh die Philosophische Fakultät der Humboldt-Universität

Berlin dem Literaten anlässlich seines 75. Geburtstages die Ehrendoktorwürde. Die DDR ehrte ihn mit dem Nationalpreis I. Klasse für sein Lebenswerk. Die Akademie der Künste der DDR wählte Frank 1955 zu ihrem korrespondierenden Mitglied. Anlässlich deren zehnjährigen Bestehens übergab dieser sein literarisches Archiv, bestehend aus 60 Kästen voller Mappen. Die Übergabe erfolgte zwischen März und Dezember 1960. Der literarische Nachlaß umfaßt 21 640 Seiten, darunter Manuskripte aus fünfzig Jahren, Briefe zwischen 1940 und 1960. Vielfach wurde sein Leben und Schaffen in der DDR-Presse vorgestellt und gewürdigt. In der Reihe „Schriftsteller der Gegenwart“ des Verlags Volk und Wissen erschien als Hilfsmaterial für den Literaturunterricht an den Ober- und Fachschulen der Band „Leonhard Frank. Hans Fallada“ (1955). In den 70er und 80er Jahren wurden etliche Bücher Franks in der DDR verfilmt. Anlässlich seines 100. Geburtstages zeigte die Ostberliner Stadtbibliothek eine Ausstellung mit zahlreichen Buchausgaben, Briefen, Fotos und Dokumenten.

Leonhard Frank war ein leidenschaftlicher Kriegsgegner und Humanist. Sein ethisches und moralisches Bekenntnis lautete: „Der Mensch ist gut, so es ihm die gesellschaftlichen Verhältnisse gestatten.“ Ihn zeichneten immenser Fleiß, aber auch Humor, Güte und tiefes Verstehen für die Belange einfacher Menschen aus. Der sowjetische Schriftsteller Konstantin Fedin schrieb 1928 über seine Begegnung mit Frank: „Er war ein Mann, der sofort Sympathien für sich wachrief.“

Dieter Fechner

Bulgarien: RF-Varna erhielt Struktur

Auf Einladung von Dr. med. Ratscho Ratschew versammelten sich unlangst in Varna Vertreter von Organisationen und Parteien von dem linken Spektrum Bulgariens. Ihr Anliegen war es, vor Ort eine Struktur für die Zeitschrift „RotFuchs“ aufzubauen. Einige der Anwesenden haben das Blatt bereits abonniert und geben es nach der eigenen Lektüre an ihre Freunde weiter. Auf diese Weise ist der Kreis der Anhänger linker Ideen so

weit angewachsen, daß jetzt die Initiative ergriffen werden konnte, Gedanken und Materialien im Kreis Gleichgesinnter auszutauschen. Alle Anwesenden erklärten sich bereit, Mitglieder dieses Zirkels zu werden, da sie den im „RotFuchs“ vertretenen Ideen nahe stehen. Die Runde beschloß, sich einmal im Monat zu treffen, um sich über Neuigkeiten aus dem RF zu unterhalten.

Christina Dimitrowa, Varna



Prof. Dr. Götz Dieckmann in Erfurt!

Der stellvertretende Vorsitzende des RF-Fördervereins spricht am **8. September um 10 Uhr** auf einer Leserversammlung in der Gaststätte „Rudelsburg“, Rudolstädter Straße 34, über das Thema

Wofür steht der „RotFuchs“ ein?

Alle Interessenten aus Erfurt und Umgebung sind herzlich eingeladen.

Wie ich in ein Schlangennest geriet Auf Huflattichsuche

Die Aufgabe, die wir jeden Nachmittag nach der Schule in diesem Frühling des Jahres 1946 zu erledigen hatten, war klar: eine ganze Papiertüte Huflattich für Heilzwecke zu sammeln und am nächsten Tag mit in die Schule zu bringen. Dort wurden diese Pflanzen dann getrocknet und zur Ablieferung an den Bezirk fertig gemacht.

Die Wettbewerbsbedingungen für die Zwergschulen der Dörfer waren genau so klar und motivierend, und unsere Schulleiterin Pankrácová tat alles dafür, daß uns die Prämien (10 Bücher für die Schul-



Los, raus mit den Piepen!

bibliothek und eine dreitägige Fahrt für drei Personen nach Cesky Krumlov) nicht durch die Lappen gingen.

Die Pankrácová war streng und unnach-sichtig und wandte mit Vorliebe körperliche Strafen an. Ließ sich ein Schüler etwas zuschulden kommen, dann setzte es Ohrfeigen und Stockschläge. Erbarmungslos und mit einem verbissenen Ausdruck in ihrem altjüngferlichen Gesicht. Die Kinder hatten Angst vor ihr und versuchten daher, sich beim Sammeln der Heilpflanzen den Rang abzulaufen. Mir ging es

genau so! Und erst die anderen Jungen: Rozánek, Hochberger und Divis – jeder wollte die Nase vorn haben. Ich hatte allerdings meinen geheimen Trumpf, immer unbedingt das meiste anzuschleppen!

Damals erstreckte sich unser Dorf bis fast an die deutsche Grenze. Der uralte Weg brach dann aber so um hundert Meter hinter dem Häuschen des pensionierten Försters Kubicek ab. Dahinter standen nur noch Häuserruinen, in die niemand mehr einzog, und dann kam der Grenzstreifen, zu dem der Zutritt verboten war. Ruinen, na eigentlich nur heruntergekommene Lagerräume und hier und da ein dunkler Keller, voll mit Schutt und lauter Gerumpel. In dem unkrautüberwucherten Gelände gedieh der Huflattich, wie ich einmal zufällig feststellte, besonders gut. Ich dachte gar nicht daran, meinem Kameraden diesen Fundort zu verraten.

In der Hoffnung, von der gefürchteten Lehrerin Lob einzuheimsen, wurde ich also zum Egoisten. Und, ausgestattet mit dem unvermeidlichen Papierbeutel, entwickelte ich mich zum potentiell erfolgreichen Huflattichsammler.

Die Ernte ließ sich gut an. Ich machte mich an die Arbeit, und schnell füllte sich der Beutel mit den gelben Blüten. Der Sammelerfolg versetzte mich in gute Laune, spornte meinen Fleiß an und machte mich unaufmerksam. Ich pflückte, auf den Knien vorwärts rutschend, mal links, mal rechts; doch plötzlich stieß ich auf eine Schlange.

Beinahe hätte ich nach dem Tier gefaßt, das zusammengerollt dalag und sich in der Sonne wärmte! Es war eine große Schlange, und die kreuz und quer auf dem Rücken verlaufenden Streifen glitzerten unheilverkündend.

Vor Schreck wurde mir übel, blitzschnell richtete ich mich auf und beobachtete das gefährliche Kriechtier. Wird die Schlange angreifen?

Blindlings wich ich langsam zurück. Mir fiel aber ein, mich umzuschauen. Da! Noch eine zusammengerollte Schlange, anscheinend noch größer als die erste, lag nur einen halben Meter von meinem Fuß entfernt!

In Panik drehte ich mich auf der Stelle und wäre dabei fast auf eine weitere Schlange getreten. Der Selbsterhaltungstrieb ließ mich zur Salzsäule erstarren, und ich schaute die Tiere unverwandt an. Um mich herum mußten an die zwanzig Schlangen liegen. Sie verhielten sich im Augenblick noch ruhig, wärmten sich und nahmen von mir keine Notiz. Ich kam mir vor wie auf einem Minenfeld; ich konnte nirgendwo hintreten, ohne in Todesgefahr zu geraten.

Ich weiß nicht, wie lange ich an dieser Stelle mit dem Huflattichbeutel in der Hand starr und steif gestanden habe, vielleicht eine halbe Stunde oder auch eine Stunde. Dann tauchte auf dem Weg ein Mensch auf. Als er näher kam, konnte ich ihn genau erkennen. Es war Otto Hornoff, der Sohn des alten Hornoff, der vor dem Krieg Förster war und inzwischen verstorben ist. Der Sohn war ein Eigenbrötler, von dem es hieß, daß er ein erfolgreicher Wilddieb sei, den niemand je zu fassen bekommen habe. Die Kinder hatten Angst vor ihm, die Großen wahrscheinlich auch.

„Was machst Du da?“ schrie er mir zu.

„Ich ... Ich kann nicht weg von hier“, fing ich zu stottern an.

„Warum nicht?“

„Schlangen ... Lauter Schlangen sind um mich herum ... Bitte, bitte Herr Hornoff, helfen Sie mir!“

Hornoff kam in aller Ruhe heranspaziert, legte die muskulösen Pranken auf seine Brust und schaute mich an. Und lachte. Still vor sich hin, aber er lachte. Ich wimmerte vor Angst, und er lachte und lachte.

„Bitte, so helfen Sie mir doch ...“

„Du hättest da nicht reinkriechen sollen“, meinte Hornoff. „Da hast Du nichts zu suchen, kleiner tschechischer Scheißer.“

Als er das sagte, lachte er nicht mehr, er war völlig ernst, irgendwie verbissen.

Ich schluchzte auf und schwieg.

Otto befand sich ein paar Meter von mir entfernt und schaute mich weiter an. So standen wir uns lange gegenüber, eine ganze Ewigkeit. Dann setzte sich Otto in Bewegung. Er kam zur Ruine, schlüpfte vorsichtig zwischen den Schlangen durch, ergriff mich, warf mich über die Schultern und trug mich auf den Weg.

„Sieh zu, daß Du nach Hause kommst, Saukerl“, sagte er.

Das mußte er mir nicht zweimal sagen.

Um diese Zeit war Otto Hornoff bereits aufgefordert worden, seine Ausreise nach Deutschland anzutreten.

Am Tag vor der Abreise klopfte er an unsere Tür und drückte meinem überraschten Vater die Figur eines aus Lindenholz geschnitzten Rehkitzes in die Hand.

„Das ist für den Jungen, zum Andenken“, sagte Otto. „Und er soll auf sich aufpassen ...“

Danach haben wir Otto nie wieder gesehen. Angeblich hatte er sich in Bayern niedergelassen, in einem Dorf, das in Luftlinie nur an die fünf Kilometer von unserem Dorf entfernt lag. Er hatte keine Arbeit und schlug sich als Ziehharmonikaspieler in Kneipen durch. Ein Bier und etwas Essen sollen ihm als Honorar ausgereicht haben. Ein paar Jahre später starb er. Es hieß er habe sich todgedossen.

Emil Hruska

Aus der tschechischen Zeitschrift
„Obrys-Kmen“ 36/2006
Übersetzung: Dr. Hans Lindemann

Die RF-Regionalgruppe Uckermark

lädt für den **5. September**

um **17 Uhr** in den Seniorenklub
Templin, Puschkinstraße 15,
zu einer Veranstaltung mit dem
früheren Landesvorsitzenden
Brandenburg der WASG

Herbert Driebe (jetzt DKP) ein,
der sein Buch

Globalisierung

vorstellt.

Leserbriefe an ROTfUCHS



Vielmals bedanke ich mich für die Übersendung der Fotografien von den Feierlichkeiten am Nationalfeiertag unseres Landes. Ich freue mich, in Ihnen und Ihrer Zeitschrift treue und solidarische Weggefährten an der Seite Venezuelas zu wissen. **Blancanieve Portocarrero, Botschafterin der Bolivarischen Republik Venezuela**

Ich grüße Sie und das ganze „RotFuchs“-Kollektiv aus Wrocław in Polen und wünsche Ihnen viele weitere Erfolge in Ihrer publizistischen, wissenschaftlich-theoretischen und organisatorischen Arbeit. Vielen Dank für die kontinuierliche Übersendung der Zeitschrift. Sie ist sehr informativ und spielt ohne Zweifel eine wichtige Rolle nicht nur in der deutschen Arbeiterbewegung. Die Beiträge und Informationen über verschiedene Strömungen des Sozialismus und der kommunistischen Bewegung bleiben ein bedeutendes theoretisches Zentrum des Meinungsaustauschs. Ich wünsche Ihnen viel Kraft und Mut für den weiteren Kampf. Ich füge diesen Zeilen einige Abschnitte meines neuen Buches „China in der globalisierten Welt“ bei, das ich gemeinsam mit Prof. M. Rakowski aus Warschau geschrieben habe. Eine Umarmung!

Prof. Dr. Zbigniew Wiktor, Universität Wrocław

Auf Frau BIRTHLER und ihre Behörde ist immer „Verlaß“! Pünktlich zum 13. August wurde ein „Schießbefehl“ in einer Magdeburger Außenstelle ihres Dienstes gefunden. Die Herren VAATZ und KNABE hatten nichts Eiligeres zu tun, als sofort eine juristische Untersuchung zu fordern. Daß Frau BIRTHLER eine „Nachinformation“ mit der Aussage hinterherschob, dieses „Dokument“ bereits 1997 bekannt gewesen, dürfte die beabsichtigte Wirkung der ersten Meldung kaum schmälern. Das soll sie ja auch nicht!

Wir, ehemalige Offiziere der Deutschen Grenzpolizei/Grenztruppen der DDR, mit jeweils über 40 Dienstjahren betonen, daß es in der DGP/GT der DDR keinen Schießbefehl gegeben hat. Wie in jeder Armee oder Polizei gab es eine Schußwaffengebrauchsbestimmung. Wir erwarten von Frau BIRTHLER eine öffentliche Stellungnahme zu diesem ominösen „Dokument“ mit der Nennung von ROß und REITER und warum es zu keiner gerichtlichen Aufarbeitung kam!

Oberst a. D. P. Oldenburg, Oberstlttn. a. D. V. Fensel, Oberstlttn. a. D. E. Meitzner, Oberstlttn. a. D. A. Heinze, Oberstlttn. a. D. F. Rüdiger, Major. a. D. W. Podschus, Major a. D. J. Brätsch

Herzlichen Dank für die mir übersandten „RotFuchs“-Ausgaben aus 2007. Rührend schon der Blick auf den Jahreskalender. Wer sonst erinnert in der BRD noch an die Gründung der Komintern, an Clara Zetkin und Ernst Thälmann, an Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl und den Vereinigungsparteitag von KPD und SPD zur SED? Interessiert las ich die Exemplare der Zeitschrift.

Mir gefällt, daß es in jeder Ausgabe Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung gibt. Welcher Jugendliche weiß heute noch etwas mit den Namen solcher aufrechten Kämpfer wie Magnus Poser anzufangen? Sehr erfreut war ich auch darüber, daß Zeitzeugen zu Wort kommen, die mit ihren Beiträgen der DDR gerecht werden.

Jetzt weiß ich, daß ich nach Jahren der Suche endlich angekommen bin. Angekommen in einem Verein, dem die Bewahrung der Geschichte und die Pflege von Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung genauso wichtig sind wie mir und dessen Mitglieder nach 17 Jahren der Beeinflussung durch die Massenmedien noch immer zum Marxismus, zur DDR und zum Sozialismus stehen. **Bärbel Jakob, Rudolstadt**

Obwohl ich von seiner schweren Krankheit wußte, habe ich die Nachricht vom Tod unseres Genossen Karl Leonhardt mit großer Bestürzung aufgenommen.

Eher zufällig habe ich ihn im Sommer 1981 dienstlich kennengelernt und „in Aktion“ erlebt. Das war im Grenzregiment 42 „Fritz Perltitz“ des Grenzkommandos Mitte. Diese Begegnung hat einen bleibenden Eindruck bei mir hinterlassen.

Zugegeben: In der Kürze der Zeit waren es viele Außerlichkeiten, die sich mir eingeprägt haben – seine soldatische Haltung, die sonore Stimme, sein markanter Kopf ...

Aber gerade in der Kompliziertheit der damaligen Situation konnte ich ihn als militärischen Vorgesetzten erleben, der sich durch hohen Sachverstand, politische Klarheit, Ruhe und Einfühlungsvermögen auszeichnete. Dies alles unterstrich nur noch seine Ausstrahlung einer Art von Autorität, die ich mir bei allen Vorgesetzten gewünscht hätte. Und die nicht abhängig war von der Generalsuniform, die er trug.

Genosse Leonhardt wird mir immer in Erinnerung bleiben als das Muster eines sozialistischen Soldaten im besten Sinne:

Klassenbewußt, integer und kompetent – und deshalb auch und gerade in der heutigen Zeit für mich ein Vorbild. **Jens Thierfelder, E-Mail**

Seit Juni bin ich Leserin des RF. Um die Wahrheit zu sagen: Eigentlich seit Dezember 2006, da ich die übrigen Hefte in Frankfurt (Oder) beim Brückenfest und beim ND-Pressesfest ergattern konnte. Mir gefällt diese Zeitschrift sehr. Der „RotFuchs“ ist mir übrigens in einem Brief aus den USA zum ersten Mal begegnet. Dieser traf Ende April bei mir ein und stammte von James Michael Clark, den Sie in der Dezember-Ausgabe als politischen Gefangenen in den Vereinigten Staaten begrüßt haben.

Am spannendsten finde ich das Nachdenken über die Niederlage, die eine verlorene Schlacht ist, aber wie man mehr und mehr beobachten kann, durchaus kein endgültiger Sieg des Feindes.

Heike Schwarz, Frankfurt/Oder

Am 20. Juli legten ausgewählte Rekruten der Bundeswehr ihren Fahneneid ab. Unter den jungen Männern befanden sich auch ein paar hundert Matrosen. Es war im Bandler-Block – da, wo einst deutsche Offiziere, die sich Hitlers entledigen wollten, ermordet wurden. Dort, wo sich schon zu Kaisers Zeiten das Reichsmarine-Amt und der Admiralstab befanden und wo später das faschistische Oberkommando der Wehrmacht seinen Sitz hatte. Nach dem Großadmiral von Tirpitz, dem „Begründer“ der deutschen Hochsee-Kriegsflotte, war damals die Berliner Uferstraße benannt, die Kreuzberg und Tiergarten verbindet. Heute heißt sie „Reichpietsch-Ufer“, und von diesem zweigt die „Köbis-Straße“ ab. Beide Straßen waren 1947 auf Beschluß der Berliner Stadtverordnetenversammlung umbenannt worden.

Ob die Matrosen, die hier vereidigt wurden, wissen, wer Reichpietsch und Köbis gewesen sind und warum sie am 5. September 1917 erschossen wurden? Es findet sich nicht so schnell ein Stadtplan oder Reiseführer, in dem das erklärt wird, und sie haben es nicht – wie einst in der DDR – im Schulunterricht erfahren. Vielleicht werden sie bald vor die Küsten Libanons oder ans Horn von Afrika beordert, um dort „Deutschland zu verteidigen“, so, wie neun Jahrzehnte zuvor die „Prinzregent Luitpold“ und das Flaggschiff „Friedrich der Große“ gegen die britische Seekriegsflotte auslaufen sollten ...

Die Uferstraße trägt heute zwar einen anderen Namen, aber das „Bundesverteidigungsministerium“, das jetzt dort seinen Sitz hat, schickt deutsche Soldaten und Matrosen wieder in aller Herren Länder, um die Interessen des Großkapitals durchzusetzen. **Dr. Ernst Heinz, Berlin**

Walter Ruge schreibt mir aus dem Herzen. Böse Erinnerungen werden wach bei Dokumentationen, Fernsehfilmen, Zeitungsartikeln und Reden vieler Politiker. Der Drang nach

dem Osten, die „bösen Russen“, und nicht zu vergessen, die „Verbrecher des MfS“.

Was ist eigentlich der Unterschied zwischen Informellen Mitarbeitern und verdeckten Ermittlern des Verfassungsschutzes?

Bei der jetzigen Entwicklung spielt Herr Schäuble die schlimmste Rolle. Seine Äußerungen nehmen immer mehr pathologische Züge an. Ein gesundes Gehirn kann doch derartig menschenverachtende Gedanken nicht ersinnen und noch weniger öffentlich verbreiten. Ich würde ihm eine gründliche fachärztliche Untersuchung sehr empfehlen.

Marianne Wuschko, Hoyerswerda

Da Hubertus Knabe kein Jurist ist, sondern sich als Historiker im Auftrag der Herrschenden betrachtet, kann man vielleicht verstehen, daß er den Begriff Täter im Widerspruch zum Strafrecht verwendet. Ganz anders müßte das bei der Bundesregierung sein, die dem Grundgesetz verpflichtet ist und damit dem darin verankerten Gleichheitsprinzip. Sie garantiert latenten Tätern gesetzliche Verjährungsfristen und gerichtlich Verurteilten solche für die Löschung ihrer Strafen. Demgegenüber werden keineswegs straffällig gewordene ehemalige inoffizielle und offizielle Mitarbeiter des MfS der DDR seit mehr als 17 Jahren beruflich, gesellschaftlich, politisch und sozial diskriminiert. Diesen grundgesetzwidrigen Zustand nehme ich nicht hin und wehre mich dagegen durch eine Petition beim Deutschen Bundestag, Leserbriefe an Zeitungen und Zeitschriften sowie Redebeiträge in Veranstaltungen. In einer hatte zuvor die thüringische Landesbeauftragte der BIRTHLER-Behörde die DDR mit dem Nazistaat und das MfS mit der Gestapo verglichen. Ein anwesender Landtagsabgeordneter der Linkspartei hat sich meiner Forderung zur Beendigung der Ausgrenzung ehemaliger MfS-Mitarbeiter nicht angeschlossen, obwohl er selbst wegen IM-Tätigkeit angegriffen wird. Er meinte, er habe trotzdem politisch alles erreicht, was er wollte.

Hans Schneider, Erfurt

Zu den unerfreulichen Dingen, die täglich den häuslichen Briefkasten verstopfen, gehören auch die Angebote des Kopp-Verlages mit „Büchern, die Ihnen die Augen öffnen“. Phänomene, Prophezeiungen und Esoterik werden in Aussicht gestellt. Wen überrascht es, daß auch das Machwerk von Hubertus Knabe „Die Täter sind unter uns“ dazugehört. Er – Knabe – mache sich für einen „neuen Umgang“ mit der DDR-Geschichte stark, wird vom Verlag geworben. Es ist verwunderlich, daß weder der Verfassungsschutz noch der Bundesinnenminister noch eine der bundesdeutschen „Volksparteien“ an der Verbreitung offenen faschistischen „Gedankengutes“ durch den Knopp-Verlag Anstoß nehmen. Erdrückend ist das Angebot: „Fälschung, Dichtung und Wahrheit über Hitler und Stalin“ mit ausführlichen Betrachtungen zu den Kriegszielen des „Führers“, seiner „Kriegskunst“ und seinen „Friedensbemühungen“. Zusammen mit Knabes Elaborat werden Beiträge zur Darstellung des Kriegsverbrechers Rudolf Heß offeriert. Wie man sieht, befindet sich der „Gedenkstätten“-Leiter in „honoriger“ Gesellschaft.

Dr. Manfred Bewersdorf, Neubrandenburg

Robert Jungk, Altmeister der Zukunftsforschung, soll einst gesagt haben: „Wir haben das, was ich eine Analphabeten-Demokratie nenne. Die meisten Menschen begnügen sich damit, ein Kreuzchen auf dem Stimmzettel zu machen. Genau das ist das Verhalten von Analphabeten.“ Und Johannes Groß, der 1999 früh verstorbene Journalist, Autor des Buches „Nachrichten aus der Berliner Republik“, hatte formuliert: „Politiker zu kaufen ist altmodisch. In der modernen Demokratie kauft man Wähler.“ Es kommt darauf an, die politischen Analphabeten so zu beeinflussen, daß sie nur an einer Stelle ihr Kreuzchen machen können. Die übrigen Wähler muß man durch geschickte Wahlversprechen kaufen. Also wird in Vorbereitung jeder Wahl gelogen, daß sich die Balken biegen, werden Versprechungen gemacht, die auf kei-

ne Kuhhaut gehen. Wer als Politiker gewählt werden will, muß immer über alles einen Nebelschleier ziehen, was mit Reformen, sprich: Verschlechterungen, zu tun hat. Carl Friedrich von Weizsäcker formulierte das so: „Es gibt Politiker, die gerne das Richtige täten, wenn sie nicht wüßten, daß sie, gerade weil sie das Richtige tun, die nächste Wahl verlieren werden.“

Manfred Hocke, Berlin

Mit großem Interesse habe ich im RF Nr. 114 den Beitrag des Studenten Erik Peter „Die Verhältnisse zum Tanzen bringen“ gelesen. Er wurde in unserem Leserkreis gründlich besprochen.

Welche Schlüsse ziehen wir daraus? Jawohl, Freunde: Der Funke zur Überwindung des Kapitalismus muß nicht zuletzt auch von den Universitäten und Hochschulen kommen. Dort schlummern revolutionäre Reserven und Potenzen. Es tut uns „Alten“ gut zur Kenntnis zu nehmen, daß sich trotz vielfältiger politischer Verblendung durch die bürgerlichen Ideologen und deren Medien besonders unter den Studierenden die Erkenntnis von der Notwendigkeit durchzusetzen beginnt, die menschenfeindlichen Zustände zu verändern.

Friedrich Scheller, Reichenbach/V.

Rolf Berthold sei Dank für die aktuelle Darstellung der Entwicklung von Theorie und Praxis der KP Chinas auf dem sozialistischen Weg. Von 1955 bis 1959 habe ich in Peking den Export von Ausrüstungen für Wärmekraftwerke über den Außenhandelsbetrieb INVEST EXPORT BERLIN und den Generallieferanten VEB EKE (Energie- und Kraftanlagen Export) Berlin vertreten. Neben der Projektierung von Kraftwerken und der Lieferung der Ausrüstungen an neun Standorte sowie der Versorgung von 60 weiteren Kleinkraftwerken haben in diesen Jahren Hunderte von Spezialisten aus den beteiligten DDR-Betrieben den chinesischen Fachkräften bei der Montage Anleitung gegeben und bei der Inbetriebnahme freundlich geholfen.

Es war eine Zeit des Aufbruchs in unseren beiden Ländern. Wir haben damals miterlebt, mit welcher Begeisterung die Beschlüsse des VIII. Parteitag der KP Chinas von den Menschen aufgenommen wurden.

Die Erfolge Chinas sind beeindruckend und die im Artikel beschriebene Analyse sowie die Ableitung der jeweiligen Aufgaben durch die Partei unterstreichen den sozialistischen Weg dieses großen Landes.

Kurt Engel, Berlin

Rolf Berthold hat im RF Nr. 114 einen sehr beachtlichen Artikel geschrieben. Es geht dem Autor offensichtlich nicht nur um die Politik der KP Chinas beim Finden von richtigen sozialistischen Lösungen und Überwinden von noch vorhandenen ersten Mängeln in der heutigen chinesischen Gesellschaft, sondern auch um ein Nachdenken der linken Kräfte in anderen Ländern, um unter Beachtung der nationalen Besonderheiten Alternativen zum kapitalistischen System zu finden. Die kurze Analyse der Ursachen für die Niederlage des Sozialismus in den osteuropäischen Staaten, einschließlich der DDR, treffen nach meinen Überlegungen und Erfahrungen absolut ins Schwarze. Ich bin deshalb von dem Anliegen des Artikels regelrecht begeistert. Man sollte ihn in Form einer Broschüre herausgeben, um interessierte Teile der Bevölkerung zum Nachdenken anzuregen.

Dr. Werner Liebig, Berlin

Mit Interesse habe ich den hervorragenden Beitrag Rolf Bertholds in der Juli-Ausgabe des RF gelesen. Die Informationen über die KP Chinas, das Erreichte, die Entwicklungsprobleme und die weitere Strategie vermitteln uns Optimismus, Kraft, Zuversicht und viele Anregungen für die weitere theoretische Arbeit, auch in der Auseinandersetzung mit eigenen Fehlern und Versäumnissen. Besonders beeindruckt hat mich das klare Bekenntnis der chinesischen Kommunisten zum Marxismus-Leninismus und seiner schöpferischen Anwendung auf die Situation in ihrem Land, die Hervorhebung der

Eigentums- und Machtfrage als der zentralen Frage der Revolution und die eindeutige Bejahung der führenden Rolle der Partei. Das alles ist sehr wohltuend angesichts der reformistischen Konzeptionen, denen wir täglich ausgesetzt sind.

Dr. Dr. Ernst Albrecht, Dormagen

Der chinesische Weg zum Sozialismus durchquert einen relativ langen Geschichtsabschnitt, den wir Übergangsperiode nennen, weil in dieser Zeit die Frage „Wer Wen?“ noch nicht entschieden ist und die sozialistische Revolution noch nicht gesiegt hat. Die KP Chinas geht dabei nicht davon aus, daß der Sozialismus siegen muß, weil er den objektiven Gesetzen der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft entspricht, sondern weil es bei einer starken sozialistischen Staatsmacht möglich ist, den Kapitalismus an der Basis zu besiegen. Zur Zeit steht also die Frage, wer siegen wird: der Kapitalismus, dem ein beträchtliches Ausmaß an ökonomischer Entfaltung an der Basis eingeräumt wurde, oder die sozialistische Staatsmacht. Gewinnt der Kapitalismus Boden, was während der von Lenin als Neue Ökonomische Politik (NÖP) bezeichneten Phase nicht auszuschließen ist, dann wächst mit der industriellen Produktion auch das Proletariat, welches in China nach dem großen Marsch zwar so genannt wurde, aber noch keine ökonomischen Wurzeln hatte. Also ein Proletariat, das sich von seiner Ausbeutung befreien will.

Es geht in dieser Periode einzig und allein darum, wer wen überflügelt. Der sozialistische Staat muß sich die Fähigkeit bewahren, den kapitalistischen Sektor in den sozialistischen Aufbau einzugliedern. Und das ist ein langer, nach vorne offener Weg.

Horst Joachimi, Berlin

Voller Interesse und in Übereinstimmung mit dem eigenen Erleben der Konterrevolution 1989/90 habe ich die Artikel von Sandra Ludwig und Bärbel Jakob gelesen. Ich empfinde Hochachtung für die Einstellung dieser beiden Frauen und ihr Bekenntnis zur DDR. Es unterscheidet sich wohlwollend von den Positionen solcher sich als Linke darstellender Opportunisten wie André Brie, Harald Wolf u. a., die als hochdotierte Nutznießer der heutigen Verhältnisse in ein bürgerliches Denkschema verfallen sind, sich den Verteuflern der DDR angedient haben und der Arbeiterbewegung Schaden zufügen.

Hans-Joachim Hartlieb, Westerkappeln

Den Abgeordneten der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag habe ich folgendes geschrieben:

Ich möchte mir erlauben, Ihnen meinen Standpunkt zum Beschluß über die Rentenerhöhung ab Juli 2007 um 0,54 % mitzuteilen. Er erweckt bei mir den Anschein, daß Sie als gestandene Neoliberalisten die Sache ungenügend durchdacht haben! Was sollen die Alten mit so viel Geld? Sie werden nur übermüht. Statt der Verteilung mit der Gießkanne hätten Sie diese Summe besser an etwa 500 bis 1 000 Großverdiener ausreichen lassen. Oder Sie hätten dafür ein paar weitere Kampfflugzeuge – ich meine natürlich Maschinen, die mit Fotogeräten für Landschaftsaufnahmen ausgerüstet sind – anschaffen sollen. Durch die Entsendung unserer Tornados nach Afghanistan fehlen ja nun hierzulande einige dieser Fotografer-Flugzeuge. Stellen Sie sich einmal vor, wir würden plötzlich von Polynesien oder Kuba bedroht oder gar angegriffen – wir könnten deren Landschaften gar nicht fotografieren.

Franz Kilian, Dessau

Am Morgen meldete der MDR, daß es 2008 wahrscheinlich schon wieder eine riesige Rentenerhöhung von 0,50 % geben soll. In der Mitteldeutschen Zeitung las ich anschließend, daß sich unsere Minister und Abgeordneten in Sachsen-Anhalt bis 2010 mit einer mageren Steigerung ihrer Bezüge um 10 % zur Erreichung des Westniveaus zufriedengeben würden. Der parlamentarische Geschäftsführer der Linken im Landtag, Frank Thiel, hat da keine Bauchschmerzen: „Wir haben immer eine

Ost-West-Anpassung der Gehälter gefordert, da können wir bei Ministern keine Ausnahme machen“, soll er gesagt haben.

Der Verzicht auf Rentenanpassungen in den letzten drei Jahren und die Rentnerverhöhungserhöhung vom 1. Juli 2007 wurden immer damit begründet, die Löhne und Gehälter seien seit 2001 nur geringfügig gestiegen. Da könne man auch bei den Renten nichts drauflegen.

Bei der Anhebung der Abgeordneten-Diäten wird nun als Argument die angeblich enorme Steigerung der Einkommen der Arbeiter und Angestellten als Grund herangezogen. Eigenartig, was man mit der Statistik so alles anstellen kann.

Helmut Baumgarten, Halle/Saale

Die Aquarelle aus Torgau im RF 115 finde ich sehr gelungen, besonders den stehenden Fuchs. Man sollte Erich Kronschnabel dafür danken.

Richard Georg Richter, Cloppenburg

Bis vor kurzem wußte ich leider nicht, daß es eine so interessante Zeitschrift wie den RF gibt. Ein Blatt, in dem Menschen versuchen, objektiv und kritisch, aber auch selbstkritisch über ihr Leben und über die DDR zu berichten. Es scheint mir z. Z. das einzige Blatt zu sein, in dem nicht um den heißen Brei herumgeredet wird, in dem man die eigene Würde nicht mit Füßen tritt und dessen Autoren bei Anerkennung von Fehlern in der Politik der DDR dennoch optimistisch an eine sozialistische Zukunft glauben.

Ich bin, nachdem ich alle meine Hoffnungen auf Gysi gesetzt hatte, aber von ihm und einigen anderen leitenden Funktionären, insbesondere Berlinern, bitter enttäuscht wurde, 2002 aus der PDS ausgetreten. Es war eine sehr schmerzliche Entscheidung, habe ich mich doch immer bedingungslos, aber nie bedenkenlos politisch engagiert. Mein Entschluß resultierte aus der deutlich gewordenen Anbiederung der Parteispitze an die SPD. Um mitregieren zu dürfen wurden und werden ihm heute sozialistische Prinzipien aufgegeben und unakzeptable Zugeständnisse gemacht.

Günter Bartsch, Berlin

Ich habe den Bruch mit der SED-PDS / PDS / Linkspartei.PDS und nun Die Linke nicht vollzogen, da ich in der Hoffnung lebe, daß sie die Keimzelle für eine starke und gesellschaftsverändernde linke Kraft in diesem sich nach 1990 radikal verändernden Deutschland sein könnte und auch sein muß. Ihr bietet sich die reale Chance der bundesweiten Ausstrahlung und eines wirksameren gesellschaftlichen Widerspruchs, notwendiger Alternativgestaltung. Auch ich habe zu vielem in meiner Partei Bedenken, doch möchte ich kein Außenstehender mit erhobenem Zeigefinger sein. Und viel Zeit gibt uns der politische Gegner nicht.

Helmut Holfert, Berlin

Vor 70 Jahren – am 15. Juli 1937 – wurde auf dem Ettersberg bei Weimar das Konzentrationslager Buchenwald errichtet. Die Hitlerfaschisten machten es zur größten Menschenvernichtungsanstalt jener Periode. Gebaut wurde Buchenwald für ursprünglich 8 000 Schutzhäftlinge, bis zur Selbstbefreiung am Ende des Zweiten Weltkrieges befanden sich dort insgesamt rund 250 000 Gefangene aus fast allen europäischen Ländern.

Von den in Buchenwald begangenen Greueln wußte ich, Jahrgang 1936, bis zum Kriegsende nichts. Erst als 20jähriger erfuhr ich Näheres. Inzwischen FDJler und Transportpolizist, gehörte ich einer Delegation des Bezirks Neubrandenburg an, die im September 1958 zur Einweihung der Nationalen Gedenkstätte fuhr. Es war ein unvergeßliches Erlebnis. Als Träger einer roten Fahne stand ich, direkt neben dem Rednerpult, an der Seite Otto Grotewohls. Seine in Buchenwald gesprochenen Worte wurden mir zur Lebensmaxime. Nie wieder dürfe sich in Deutschland die braune Geschichte wiederholen, sagte er damals sinngebend. Wo aber stehen wir heute in dieser Bundesrepublik?

Walter Krüger, Dudinghausen

Erst 18 Jahre alt, habe ich einfach das aufgeschrieben, was ich empfinde. Der kurze Text soll meine Gefühle, meine Begeisterung für den Sozialismus zum Ausdruck bringen.

Der Kapitalismus funktioniert nur für die Reichen und auf Kosten der Armen. Und der Großteil der Weltbevölkerung ist arm. Die soziale Kluft wird von Tag zu Tag größer. Aber die Konzerne nutzen das gnadenlos aus, machen sich die Ressourcen der armen Länder zu eigen. Sie entziehen ihnen die Rohstoffe, die den Völkern gehören und von denen sie leben könnten. Denn sie brächten das Geld, das den Verelendeten aus der Armut heraushelfen würde.

Hier möchte ich Venezuelas Staatspräsidenten Hugo Chávez hervorheben, der es richtig gemacht hat: Er nationalisierte kurzerhand die Ölplattformen der USA-Energiekonzerne. Man sieht: Wo ist ein Wille ist, ist auch ein Weg!

Nach Marx müssen die Expropriateure expropriert, d. h. enteignet werden. Für mich steht fest, daß eine revolutionäre Umwandlung der Welt stattfinden wird. Das ist nur eine Frage der Zeit. Der Siegeszug des Sozialismus hat bereits begonnen, trotz der in Europa erlittenen Niederlage. Diese Gesellschaftsordnung kann durchaus funktionieren! Und sie ist eindeutig das bessere System. **Uli Maier, E-Mail**

Ende April 2007 wurde das Vorhaben des Rostocker Oberbürgermeisters Methling bekannt, im Stadtparlament (Bürgerschaft) einen Beschluß über die Umbenennung der Ilja-Ehrenburg-Straße in Toitenwinkel herbeizuführen. Jemand aus Baden-Baden hatte es dem Vernehmen nach als „Skandal“ bezeichnet, daß es in Rostock „noch immer eine nach dem kommunistischen Schriftsteller Ehrenburg benannte Straße“ gebe.

Spontan gründete sich daraufhin die Initiative Ilja-Ehrenburg, die am 8. Mai mit einem Offenen Brief hervortrat. In diesem fordert sie vom OB, auf die Umbenennung zu verzichten und den geschichtsrevisionistischen, oft antisemitisch gefärbten Verleumdungen Ehrenburgs als „Deutschenhasser“ entgegenzutreten. Seitdem haben bereits über 500 Personen den Offenen Brief unterschrieben, darunter zahlreiche Prominente. Auch Nicht-Rostocker gehören zu den Signatären. Wir bitten unsere Initiative zu unterstützen. Wir wären dankbar für Hinweise, wo anderswo Ehrenburg-Straßen nach 1989 umbenannt worden sind. Vielleicht können uns RF-Leser weiterhelfen.

Unterschriftenlisten sind über unsere Kontaktadresse zu beziehen: Initiative Ilja Ehrenburg, c/o Rostocker Friedensbündnis, Jawaharlal-Nehru-Str. 32, 18147 Rostock, E-Mail: rostocker-friedensbündnis@web.de

WG Kollin-Schaffrath, Rostock

Neulich las ich in der hiesigen „Presse“, daß Harzer Wanderer aus Ost und West längst zusammengewachsen seien. Ich habe da andere Erfahrungen. Bei einer Wanderung zum Brocken setzten sich unweit der Eckertalsperre bei einer Rast vier Männer zu mir. Sie stammten aus der Goslarer Gegend. Wir kamen ins Gespräch. Zuerst wollten sie von mir, daß ich ihrer These, der „Kommunismus“ sei tot, zustimme. Als dies nicht verfiel, kamen sie mit Vermutungen, Unterstellungen und Halbwahrheiten. So behaupteten sie, die Grenzsoldaten der DDR hätten in „ihre“ Ecker gepinkelt. Ich verwies auf das Abkommen zwischen DDR und BRD über die Eckernutzung. Der Fluß gehörte zu gleichen Teilen beiden deutschen Staaten, deren Grenze in der Mitte verlief.

Doch Ecker hin, Ecker her. Meine Befürchtung, daß mich die vier „West-Wanderer“ am Ende für meinen Standpunkt loben würden, erwies sich als unbegründet. So war ich's zufrieden, als einer von ihnen unverblümt erklärte, niemals „einen solchen Vollidioten aus der Zone“ – ja, er gebrauchte wohl dieses antiquierte Wort – kennengelernt zu haben.

Günther Stegner, Ilsenburg/Harz

Als Charaktermasken des Kapitals, Werkzeuge ihrer eigenen Profitgier, untergraben die Bourgeois selbst ihre soziale Basis, sogar die ihrer

Manager. Diese bekommen entgegen der eigenen Erwartung jetzt nicht mehr das verdiente Gnadenbrot, wenn sie sich im Kampf gegen die Belegschaften und für die Erzielung von Höchstprofitten zugunsten ihrer Großaktionäre verschlissener haben. So wird neuerdings für eine Managerversicherung, z. B. gegen Mobbing und Entlassung, sogar im Fernsehen geworben. Ein ganz neuer Markt tut sich auf.

Dr. Walter Lambrecht, Gelbensande

Venezuela hat seine Mitgliedschaft im Internationalen Währungsfonds (IWF) und in der Weltbank aufgekündigt. Präsident Chávez klassifizierte beide als Instrumente des USA-Imperialismus.

Anfang April hatte Venezuela bekanntgegeben, es habe alle Schulden an IWF und Weltbank vorzeitig zurückgezahlt. Deren Büros in Caracas wurden danach geschlossen.

Die Venezuela vom IWF angelegten Daumenschrauben einer harschen Sparpolitik hatten 1985 zu Unruhen geführt, die von Polizei und Armee des alten Regimes blutig niedergeschlagen worden waren. Damals zählte man 300 Tote. Heute weiß das venezolanische Volk, daß Präsident Chávez die Erlöse aus der verstaatlichten Erdölindustrie für Zwecke des Gesundheitswesens und der Volksbildung sowie für die Schaffung von Arbeitsplätzen einsetzt. Er ist entschlossen, den Weg seines kubanischen Freundes Fidel Castro zu gehen, dessen Politik einen geradezu magischen Einfluß auf die Entwicklung in Mittel- und Südamerika ausübt.

Werner Juhlemann, Geithain

Günter Drews schreibt im RF: „Doch in den 70er und 80er Jahren rückte die Partei zunehmend von ihrer eigentlichen Verantwortung ab. Sie leistete nicht mehr vorrangig konzipierende und ideologische Arbeit, sondern mischte sich immer rigoroser und unmittelbarer in die Leitungsprozesse der Betriebe, VVB, Kombinate und Ministerien ein.“

Ich weiß allerdings von einer anderen Abfolge. Ab wann gab es denn diese Einmischung in die Wirtschaft? Soweit mir bekannt ist, von Anfang an. Es ging oder geht gar nicht anders, wenn man das Privateigentum aufhebt. Es gibt dann kein anderes ökonomisches Subjekt als den Aufhebenden. Da wären wir bei Walter Ulbricht wohl schlecht angekommen, hätten wir ihn auf konzeptionelles Eingreifen, also auf die Vorlage von Entwürfen und ideologische Arbeit, eingeeengt. Nein, die Partei der Arbeiterklasse mußte produktionsleitend sein. Nicht erst unter „Honecker“ mischte sich „die Partei“ in die Wirtschaft ein, sondern schon immer. Erst in den 60er Jahren gab es einen Plan, daß es auch anders sein könnte. Aber das Neue Ökonomische System scheiterte und Honecker griff nun wieder die „alte Linie“ auf. Eigentlich brauchte nichts wiederaufgenommen zu werden, da die Praxis durch das NÖS ja gar nicht aufgehoben worden war.

Hermann Jacobs, Berlin

Man sagt, der „RotFuchs“ hält immer, was er verspricht. Bei ihm handelt es sich nicht um Verpackungsschwindel.

Ganz anders können wir bei „Frau im Spiegel“ und „Look“ zwei Verpackungen für den gleichen Inhalt begegnen. Binnen zehn Jahren hatte sich die verkaufte Auflage halbiert, obgleich sich Gruner & Jahr bemühte, das wöchentliche Frauenblatt zu verjüngen. Mit jeder Änderung fühlten sich aber die Leserinnen (durchschnittlich 58,3 Jahre alt) immer mehr vergrault. So startete das Verlagshaus einen letzten Rettungsversuch. Neben „Frau im Spiegel“ gab es in zwei Bundesländern als Test die Zeitschrift „Look“ heraus. Während „Frau im Spiegel“ gelegentlich damit aufmachte, wie Boris Beckers uneheliche Tochter die Oma verzaubert, brachte „Look“ Claudia Schiffer auf dem Titel. Die Geschichten dazu stehen in beiden Blättern. Nur die Aufmachung unterscheidet sich: Anna Becker ist für die ältere, Claudia Schiffer für die jüngere Leserin.

Hier ist also im Unterschied zum „RotFuchs“ eindeutig der im Kapitalismus übliche Verpackungsschwindel im Spiel.

Rolf Lorenz, Berlin

Der interessante Artikel über John Heartfield (RF 114) bricht leider dort ab, wo es aktuell noch einmal spannend wird. Es ist schon erwähnenswert, daß es in Waldsiedersdorf immer noch das Sommerhaus von J. H. gibt (auch das kleine Kinderhaus daneben), wenn auch in einem erbarmungswürdigen Zustand, was sich nun ändern soll; daß sich schon vor mehreren Jahren im Ort ein rühriger Freundeskreis „John Heartfield“ gegründet hat, der sich der Bewahrung und Pflege seines Erbes verpflichtet fühlt und der neben der Ausstellung auch andere Veranstaltungen dazu (Filmaufführungen) organisiert hat; daß es nach jahrelangen Rechtsstreitigkeiten Gemeinde und Freundeskreis nun geschafft haben, von der Liegenschaftsgesellschaft die Genehmigung zum Erwerb des Grundstücks und des Sommerhauses zu erhalten, um diese einer würdigen Nutzung zuzuführen.

Das ehrgeizige Vorhaben, eine Erlebnis- und Begegnungsstätte vor allem auch für fortschrittliche Künstler zu schaffen, erfordert Arbeit und Geld, das Gemeinde und Freundeskreis allein nicht aufbringen können. Auch hier ist Solidarität gefragt. **Dr. Roland Bach, Berlin**

Mit Freude habe ich den Beitrag von Karl-Heinz Günther über die Kadettenschule der NVA gelesen und kann dem Autor nur zustimmen. Ich selbst war als Leutnant der NVA dort für die Arbeit der Pionier- und FDJ-Organisation mit verantwortlich. Für uns als junge Offiziere war es eine Auszeichnung, an der Kadettenschule zu dienen. Auch heute bin ich stolz darauf.

Werner Herzog, Königs Wusterhausen

Eine der heiligen Lieblingskühe mancher verspießerten „Gutmenschen“, aber auch ein Vorbild ewiggestriger kalter Krieger ist der Dalai Lama. Unlängst wurde er in Leipzig und Hamburg wieder einmal abgefeiert. Religiöse Sympathie für einen an sich völlig fremden Glauben kann nicht der wahre Grund dafür gewesen sein. Auch Solidarität mit dem „Freiheitsstreben der Tibeter“ sollte man hier nicht vermuten. Des Pudels Kern liegt ganz woanders: Es geht gegen China als Widersacher des amerikanischen Weltherrschaftsstrebens. Und gleichsam ist es auch die Todfeindschaft zum Kommunismus, die wie eh und je Bundesdeutschland zusammenhält. Nur deshalb wird der Dalai Lama in der BRD herumgereicht. **F. Gruppe, Merseburg**

Man sollte nicht nur sagen, was wir falsch oder nicht richtig und nicht konsequent genug getan haben, sondern auch nach Antworten suchen, warum wir es taten, obwohl wir es von der Theorie her doch besser wußten. Auch in Zukunft werden die Gestalter des Sozialismus überall auf der Erde mit dem erbitterten Widerstand des Imperialismus konfrontiert sein und mit Menschen, die als handelnde Individuen eigene Ziele verfolgen. Auch mit der Tatsache, daß die reale Praxis nicht so ist wie die vorge dachte Theorie. Das alles haben wir gewußt und durchaus nicht unterschätzt oder ignoriert. Viele kluge und aufopferungsvoll tätige Kommunisten, darunter hervorragende Wissenschaftler, auch etliche Autoren des „RotFuchs“, haben nach Lösungen gesucht, wie man Theorie und Praxis immer besser in Übereinstimmung bringt und dabei möglichst Irrtümer und Fehlentwicklungen vermeidet. Trotzdem wird es auch in Zukunft keine Theorie geben, die auf alle Wechselfälle und Widersprüche des Lebens eine im Vorhinein umfassende, absolut wahre, unumstößliche Antwort zu geben vermag. Gerade das haben uns die Klassiker des Marxismus-Leninismus gelehrt.

Weder neu noch überraschend ist auch die Erkenntnis, daß der bewußteste Teil der Gesellschaft und die große Masse der Menschen für lange Zeit, vielleicht über Generationen hinweg, bewußtseinsmäßig noch meilenweit von einander entfernt sein werden.

Klaus Liebrez, Rostock



Kapitalismus – global

Grafik: Klaus Parche

Generaloberst a. D. Werner Großmann in Güstrow!

Am **27. September** um **15.30 Uhr** spricht der frühere Leiter der Hauptverwaltung Aufklärung des MfS der DDR über sein Buch

Bonn im Blick

Lokal: Bürgerhaus (Saal) am Sonnenplatz 1. Mitglieder, Leser u. Freunde des „RotFuchs“ sind zu dieser spannenden Veranstaltung herzlich eingeladen.

„RotFuchs“-Chefredakteur **Dr. Klaus Steiniger** spricht am **15. September** um **10 Uhr** auf einer Veranstaltung der **Regionalgruppe Neubrandenburg** im Sozio-Kulturellen Zentrum „Arche N“, Reitbahnweg 38, über das Thema

Was gibt es Neues in der revolutionären Weltbewegung?

Gäste sind herzlich willkommen.

Der bekannte Schauspieler, Drehbuchautor und Regisseur **Rudi Kurz** kommt am **1. Oktober nach Rostock**. Um **14.30 Uhr** spricht er im Stadtteilzentrum Evershagen auf einer Veranstaltung der **RF-Regionalgruppe**, Maxim-Gorki-Straße 52, über das Thema

Das grüne und andere Ungeheuer

wobei er sein neues Buch vorstellt. Laßt Euch diese attraktive Veranstaltung nicht entgehen!

IMPRESSUM

Der im Februar 1998 gegründete „RotFuchs“ ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift für Politik und Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft.

Herausgeber:
„RotFuchs“-Förderverein e. V.

Chefredakteur: Dr. Klaus Steiniger (V.i.S.d.P.)
Teterower Ring 37, 12619 Berlin,
☎ 030/561 3404, Fax 030/56493965
E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de
(Redaktionsadresse)

Layout: Egon Schansker

Herstellung: Druckerei Bunter Hund

Internet: www.rotfuchs.net

Autorenkreis:

Dr. Matin Baraki
Rolf Berthold
Dr. Manfred Böttcher
Dr. Vera Butler (Melbourne)
Wolfgang Clausner
Prof. Dr. Götz Dieckmann
Ralph Dobra
Dieter Fechner
Dr. Peter Fisch
Bernd Fischer
Peter Franz
Günter Freyer
Prof. Dr. Georg Grasnick
Hans-Dieter Hesse †
Dr. Ernst Heinz
Dr. Dieter Hillebrenner
Manfred Hocke
Hans Horn

Dr. Klaus Huhn
Dr. Erhard Kegel
Dr. Hans-Dieter Krüger
Rudi Kurz
Prof. Dr. Hans Lutter
Wolfgang Mäder
Bruno Mahlow
Dr. Bernhard Majorow
Prof. Dr. Fred Mätho
Wolfgang Metzger
Prof. Dr. Harry Milke
Frank Mühlefeldt
Sokrates Papadopoulos (Thessaloniki)
Richard Georg Richter
Prof. Dr. Werner Roß
Walter Ruge
Gerhard Schmidt
Prof. Dr. Horst Schneider
Dr. Gerhard Steinmüller
Fritz Teppich
Dr.-Ing. Peter Tichauer

Künstlerische Mitarbeit:

Karlheinz Effenberger
Klaus Parche
Heinrich Ruynat

Internet-Präsentation des „RotFuchs“ und akustische Ausgabe
(für Sehbehinderte):
Sylvia Feldbinder

Versand und Vertrieb:
Armin Neumann
Salvador-Allende-Straße 35
12559 Berlin ☎ 030/654 56 34
arminneumann@ewt-net.de
Marianne Ahrens, Sonja Brendel,
Bruni Büdler, Hans Ludwig,
Harry Schreyer, Peter Barth
u. v. a. m.

Redaktionsschluß ist jeweils der **15.** des Monats.

Die Mitarbeit weiterer Autoren ist erwünscht. Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht immer mit denen der Redaktion übereinstimmen.

Unser Konto: „RotFuchs“-Förderverein, Konto-Nr. 2 143 031 400
Berliner Sparkasse (BLZ 100 500 00)

Finanzen: Jürgen Thiele, Wartenberger Str. 44,
13053 Berlin, ☎ 030/981 56 74